

Frauenfragen / Questions au féminin / Problemi al femminile

1/84

	Seite
Vernehmlassung zur Mitwirkung der Frau in der Gesamtverteidigung. Stellungnahme der Eidg. Kommission für Frauenfragen	2-10
Consultation concernant la participation de la femme à la défense générale. Prise de position de la Commission fédérale pour les questions féminines	11-20
La risposta della Commissione federale per i problemi della donna alla consultazione riguardante l'integrazione delle donne nella difesa globale	21-30
Die Tätigkeit der Eidg. Kommission für Frauenfragen im Jahre 1983	31-35
L'activité de la Commission fédérale pour les questions féminines en 1983	36-41
Le attività della Commissione federale per i problemi della donna durante il 1983	42-47
 Gertrud Heinzelmänn:	
Der Vatikan und die Frauen - Was Feministinnen am neuen kanonischen Recht interessieren könnte	48-53
Le Vatican et la Femme - Ce qui pourrait intéresser lés féministes dans le nouveau droit canonique	55-60
Il Vaticano e la donna - Ciò che potrebbe interessare le femministe nel nuovo diritto canonica	62- 67
Bibliographie	68-69
 Werner Moser:	
Problematische Familienbesteuerung. Bemerkungen zu den eidgenössischen Steuerharmonisierungsprojekten	70-75
 Elisabeth Kästli:	
Chronik der laufenden Ereignisse, September 83-Januar 84	76-79
 Martine Chaponnière:	
L'actualité au féminin, septembre 83-janvier 84	80-84
 Uebersicht über frauenrelevante Vorstösse in den kantonalen Parlamenten	85
Liste d'interventions parlementaires cantonales sur les questions féminines	
 Uebersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung Résumé des délibérations de l'Assemblée fédérale	86-93
 Passagen:	
Luise Rinser, "Mirjam"	41, 47, 60, 67, 79, 84
S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt a.M., 1983	

Frauenfragen
 Questions au féminin
 Problemi al femminile



7. Jahrgang, Nr. 1
 März 1984

herausgegeben von der Eidgenössischen
 Kommission für Frauenfragen. Bundesamt
 für Kulturpflege, Thunstrasse 20,
 3006 Bern, Tel. 031/61.92.75

Redaktion: Käthi Belser, Verena
 Laedrach-Feller, Elisabeth Veya

Abdruck der Beiträge unter Quellenangabe
 erwünscht

Die in diesem Heft erscheinenden Beiträge sollen unterschiedliche Meinungen zum Ausdruck bringen, die zu kennen und zu diskutieren sich lohnt, die sich aber nicht mit jenen der Eidg. Kommission für Frauenfragen zu decken brauchen.

Im Hirtenbrief der Schweizer Bischöfe zum kommenden Papstbesuch wird darauf hingewiesen, ein Ziel dieser Visite Papst Johannes Paul II. sei es, "seine Brüder zu stärken". - Nur seine Brüder?! - "Gott hat nicht nur starke Söhne" - dies ist nicht nur der Titel eines Buches von Catharina J.M. Halkes, Dozentin für Feminismus und Christentum an der Theologischen Fakultät der Universität Nijmegen, über die Grundzüge einer feministischen Theologie, sondern die selbstbewusste Feststellung vieler gläubiger Frauen heute - von Klosterfrauen und von "normalen" Christinnen. Sie wehren sich dabei gegen die jahrhundertelange Unterdrückung des weiblichen Geschlechtes durch das biblische und kirchliche Dogma. Ihre Kritik richtet sich gegen die fortgeschriebene Polarisierung der Frauen in Heilige und Sünderinnen, sie richtet sich auch ganz wesentlich gegen das hierarchische-patriarchalische Denken in Bezug auf Familie, Gesellschaft und Kirche.

Die "streibaren Schwestern" - um damit einen weiteren Titel aus der Literatur zu diesem Thema zu zitieren - setzen sich heute hörbarer denn je dafür ein,

eine aktivere Rolle in der Kirche übernehmen zu können, sie verlangen aber auch nach einer neuen christlichen Ethik, die keine Vorrechte der Gruppe, der Geburt, des Geschlechtes mehr duldet: "Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau" (Gal. 3,28). Das II. Vatikanische Konzil hatte dazu den Frauen Anlass zu Hoffnungen gegeben: die Rechtsgleichheit der Frau als Mensch und als Glied des Volkes Gottes ist in den Texten des Konzils festgehalten. Wieweit diesem Grundsatz im nun im Kraft getretenen revidierten kirchlichen Gesetzbuch, dem Codex canonicus, Rechnung getragen wurde, erläutert in diesem Heft Dr.iur. Getrud Heinzelmann, eine der ersten "streitbaren Schwestern".

Als künstlerische Umsetzung dieses Themas stellen wir diesmal unter den "Passagen" Luise Rinser's "Mirjam" vor. Die lange Zeit fälschlicherweise lediglich als die grosse Sünderin (Lk. 7) bezeichnete Maria Magdalena - Maria aus Magdala -, war eine der Jüngerinnen Jesu', stand unter dem Kreuz und sah als eine der Ersten den Auferstandenen; sie wird darin literarisch "rehabilitiert".

Elisabeth Veya

Vernehmlassung zur Mitwirkung der Frau
in der Gesamtverteidigung.
Stellungnahme der Eidg. Kommission für
Frauenfragen

I Vorbemerkungen

1 Gleiche Rechte - gleiche Pflichten

Im heutigen Frauenhilfsdienst, im Rotkreuzdienst, im Zivilschutz fehlen Frauen, die sich freiwillig für diese Dienste melden. In den übrigen Bereichen der Gesamtverteidigung - wirtschaftliche Landesversorgung, koordinierte Dienste, Gesundheitswesen - entstehen nach heutiger Berechnung im konkreten Ernstfall - wenn die Männer eingezogen werden - personelle Lücken. Auch im Bereich der militärischen Landesverteidigung sind nicht alle personellen Bedürfnisse gedeckt, die geburtenschwachen Jahrgänge kommen erst noch ins wehrpflichtige Alter. Es wäre deshalb von der Zentrale für Gesamtverteidigung erwünscht, wenn gewisse Funktionen im Rahmen der Gesamtverteidigung von Frauen übernommen werden könnten.

Nach der Aufnahme des Verfassungszusatzes der gleichen Rechte für Mann und Frau wird für den Bereich der Gesamtverteidigung nach den gleichen Pflichten gefragt: Der allgemeinen Wehrpflicht der Schweizer Männer steht kein Pendant für die Schweizerinnen gegenüber. Allerdings: die Schweizer Frauen haben seit jeher ein hohes Mass an Pflichten zugunsten unseres Landes erfüllt. So wird die Hausarbeit - unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren der übrigen Wirtschaft - bis heute fast ausschliesslich von Frauen geleistet; ebenso Frauensache ist nach wie vor die Betreuung der Kinder; das soziale Netzwerk wird zu einem wesentlichen Teil ehrenamtlich von Frauen geknüpft; dazu leistet eine beträchtliche Zahl von Ehefrauen Etliches an administrativen Hilfs-

arbeiten zugunsten der militärischen Funktionen ihrer Ehemänner.

Frauen haben dazu auch in den Kriegen dieses Jahrhunderts bewiesen, dass sie ohne organisierte Vorbereitung in der Lage sind, neue Situationen zu erfassen, in Krise und Katastrophe durchaus selbst zu überleben und das Richtige für die übrige Bevölkerung zu tun. Es kann sicher nicht damit argumentiert werden, Frauen erfüllten heute ihre Pflichten gegenüber der Gemeinschaft nicht.

Die Ausgangssituation für die Vernehmlassung basiert - wie eingangs erwähnt - im wesentlichen auf den bestehenden und zu erwartenden Bestandeslücken in den Diensten der Gesamtverteidigung. Dies geht auch daraus hervor, dass bei den einzelnen im Bericht Meyer vorgeschlagenen Modellen dieses Kriterium bei der Abwägung der Vor- und Nachteile immer wieder herangezogen wird. Gleichberechtigung auf der einen Seite - Bestandeslücken auf der andern: die beiden Ausgangspositionen lassen sich in der vorgesehenen Form kaum zur Deckung bringen. Wenn es in erster Linie darum gehen soll, Frauen in entstehende Lücken einzusetzen, kann nicht mehr von Gleichberechtigung gesprochen werden, sondern muss dies als erneute Diskriminierung der Frauen gewertet werden.

2 Das Konzept der Gesamtverteidigung

Unsere Demokratie, die Neutralität, die Armee, die übrigen Mittel der Gesamtverteidigung sind für das Erreichen der sicherheitspolitischen Ziele der Schweiz - nämlich Wahrung des Friedens in Unabhängigkeit, Wahrung der Handlungsfreiheit, Schutz der Bevölkerung und Behauptung des Staatsgebietes (vgl. Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz von 1973 sowie Zwischenbericht des Bundesrates zur Sicherheitspolitik von 1979) unabdingbar. Die Kommission ist jedoch der Auffassung, diese

Konzeption sei lückenhaft und werde der Situation der 80er Jahre nicht mehr gerecht. Eine Erweiterung des Konzeptes im Sinne einer stärkeren Anlehnung an die sicherheitspolitischen Ziele drängt sich unbedingt auf.

Die vorgesehenen Massnahmen sind zu einseitig auf die Reaktion, auf die Bedrohungssituationen und zu wenig auf deren Ursachen ausgerichtet. Dies können sein: soziale Spannungen (national und international), Entfremdung der Arbeitswelt vom Privatbereich, allgemeine Wertkrise, Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, Zerstörung der Umwelt, Gefälle Nord-Süd, usw.

Bei der Aufzählung der strategischen Mittel fehlt deshalb ein Instrument, das sich in einem positiven, präventiven Sinn auf die allgemeine Friedenssicherung und Krisenbewältigung - beides ausdrücklich erwähnte strategische Hauptaufgaben der Gesamtverteidigung - konzentriert. Auch im Bereich der Aussenpolitik dürfte das ständige Bemühen der Schweiz um Leistung eines Beitrages bei der Wahrung des Friedens noch nicht an seiner Grenze angelangt sein - insbesondere auch, was die humanitäre Hilfe und technische Zusammenarbeit mit der III. Welt angeht.

Im Rahmen einer Neukonzeption der Gesamtverteidigung, wie sie im Zwischenbericht des Bundesrates zur Sicherheitspolitik in Aussicht gestellt wurde - müsste deshalb auch die Schaffung von zusätzlichen, nicht-militärischen Instrumenten zur Friedenssicherung, diskutiert werden. In diesem Zusammenhang müssten auch die Fragen des personellen Bedarfes neu gestellt und beantwortet werden.

Das Verhalten in gewissen Situationen, wie sie aufgrund des heutigen Standes von Technik und Technologie entstehen können (Giftgas-Katastrophe, Lebensmittelvergiftung, radioaktive Verseuchung) setzt besondere Kenntnisse voraus. Eine neu zu schaffende spezielle Ausbildung für diese Fälle ist deshalb durchaus zu begrüssen - sie darf jedoch nicht nur auf Frauen beschränkt werden, sondern muss die gesamte erwachsene Bevölkerung umfassen.

Hingegen ist in keiner Weise wünschbar, Fähigkeiten zur Meisterung des Alltages in

seiner heutigen Komplexität im Rahmen der Gesamtverteidigung zu vermitteln. Es soll Ziel des obligatorischen Unterrichtes und der Allgemeinbildung sein, jede Person in Stand zu setzen; sich selbständig in allen Lebenslagen zu behaupten und die Verantwortlichkeit ändern gegenüber wahrzunehmen. Zu dieser Allgemeinbildung gehören auch Informationen über Menschenrechte, über die Zusammenhänge unserer Probleme mit denjenigen der III. Welt, über die Notwendigkeit von Toleranz, Solidarität zu und mit anderen Kulturen und Sitten. Dies bedingt einen gemeinsamen Einsatz und die Sensibilisierung von Elternhaus, Schule und Medien.

3 Der Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung

Aus historisch verständlichen Gründen haben die Frauen bei der Schaffung der heute gültigen Gesamtverteidigungskonzeption nichts mitzureden gehabt. Die einzelnen Massnahmen zielen im wesentlichen auf die Abwehr von möglichen oder tatsächlichen Bedrohungen; der wichtigste, komplizierteste, aufwendigste und dadurch dominante Bereich der Gesamtverteidigung ist deshalb der militärische, die Armee. Just dieser ist - mit Ausnahme von FHD (in Zukunft MFD) und Rotkreuzdienst - ausschliesslich in Männerhand.

Die Kommission erachtet es als falsch, bei der Diskussion um den Einbezug neuer Personengruppen in die Gesamtverteidigung diesen keine Möglichkeit zu geben, sich zum System als solches äussern zu können, sondern ihnen lediglich eine sehr beschränkte Auswahl von Plätzen "zuzuweisen". Dieses Vorgehen steht mit dem verfassungsrechtlichen Gebot der Gleichberechtigung der Geschlechter nicht im Einklang. Wie auf dem Arbeitsmarkt besteht auch hier die Gefahr, dass Frauen einmal mehr in die Lage geraten, zu einer flexiblen "Reservearmee" zu werden, ohne aber selbst die eigenen Ansprüche geltend machen zu können. So ist denn auch die Auswahl der Modelle im Bericht - die den Frauen in diesem Konsultationsverfahren überhaupt zur Diskussion vorgestellt werden - willkürlich.

Befremdlich ist auch, dass im Gegensatz zu anderen Bereichen, wo Art. 4 Abs. 2 BV der Realisierung harrt, die Frage nach den Kosten nicht gestellt wird.

Dem Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung kann daher nur zugestimmt werden, wenn damit auch die Garantie abgegeben wird, dass Frauen mit ihren allenfalls neuen und eigenen Vorstellungen zum Erreichen der sicherheitspolitischen Ziele ernst genommen werden und wenn eine Neukonzeption der Gesamtverteidigung im genannten Sinne an die Hand genommen wird. Weniger aus biologischen als aus Gründen

jahrhundertelanger Sozialisierung setzen Frauen im Alltag und möglicherweise auch im politischen und sicherheitspolitischen Bereich Prioritäten anders als Männer. Diesen Erfahrungsschatz gilt es auszunutzen: es ist deshalb wichtig, dass bei Konzept und Aufbau neuer Strukturen Frauen mindestens paritätisch mitwirken. Wir werden bei der Beantwortung des Fragebogens darauf zurückkommen.

* * * * *

II Allgemeine Fragen

(Vernehmlassungsfragen)

1 Sind Sie der Meinung, dass die Mitwirkung in der Gesamtverteidigung heute grundsätzlich als gemeinsame Aufgabe von Mann und Frau anzusehen ist?

(Stellungnahme der Kommission)

Die Aufrechterhaltung des Friedens und die Verteidigung unseres Landes gegen einen Angriff oder eine Drohung eines anderen Staates erachtet die Kommission in der Tat als eine grundsätzlich gemeinsame Aufgabe von Frau und Mann. Auch an dieser Stelle sei jedoch darauf hingewiesen, dass die Kommission die bestehende Gesamtverteidigungskonzeption als unvollständig und einseitig erachtet, weshalb diese - falls tatsächlich die gesamte erwachsene Bevölkerung einbezogen werden soll - im Sinne der einleitenden Bemerkungen neu diskutiert und ergänzt werden muss.

2 Sehen Sie Zusammenhänge zwischen dem neuen Art. 4 Abs 2 BV und der Frage des Einbezuges der Frauen in die Gesamtverteidigung? Wenn ja, welche?

Das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichbehandlung der Geschlechter gilt grundsätzlich für die gesamte Rechtsordnung. Rechtlich kontrovers ist jedoch auch heute noch die Frage, ob bereits aufgrund von Art. 4 Abs. 2 BV eine obligatorische Erfassung der Frauen im Rahmen der Gesamtverteidigung eingeführt werden kann.

Gleichberechtigung von Frau und Mann im Bereich der Gesamtverteidigung dürfte sich allerdings nicht darauf beschränken, Frauen in einzelne bestehende Institutionen einzugliedern. Soll dem Grundsatz der Gleichberechtigung ernsthaft Rechnung getragen werden, muss den Frauen auch die Möglichkeit gegeben werden, bei der Neukonzeption, auch bei Planung, Gestaltung, Entwicklung und Vollzug der einzelnen Bereiche gleichgewichtig mitreden zu können. Konsequenterweise heisst dies auch, dass Frauen und Männer inbezug auf Obligatorium

(Vernehmlassungsfragen)

(Stellungnahme der Kommission)

oder Freiwilligkeit und auch in bezug auf den Zugang zu allen Dienstbereichen - zivilen und militärischen - gleich gestellt werden müssen.

3 Sind Sie der Meinung, dass die Frauen für ein lagegerechtes Verhalten in Not- und Krisensituationen eine besondere Ausbildung benötigen?

Die Notwendigkeit einer Ausbildung für lagegerechtes Verhalten in einer Not- und Krisensituation besteht nicht nur für Frauen. Eine solche Instruktion ist heute angebracht, sollte jedoch die gesamte erwachsene Zivilbevölkerung erfassen.

4 Sind Sie der Meinung, dass Frauen im Rahmen der Gesamtverteidigung heute genügend Leistungen erbringen?

Die in diesem Zusammenhang relevanten Leistungen dürfen nicht auf den Bereich der Gesamtverteidigung beschränkt werden. Im Rahmen der Sicherheitspolitik unseres Landes leisten Frauen seit jeher auf allen Ebenen Beachtliches zum Wohle der Gemeinschaft, ohne dazu gesetzlich verpflichtet zu sein. Dies hat der Bundesrat bereits in seiner Botschaft vom 23.12.1969 über die Einführung des Frauenstimmrechtes (BB1 1970 I 85f) ausgeführt. Er war damals der Auffassung (und hat sie in der Botschaft zur Volksinitiative "Gleiche Rechte für Mann und Frau" bestätigt), bei der Anrechnung der Leistungen von Mann und Frau müssten auch die Lasten, welche Frauen zugunsten der Gemeinschaft tatsächlich tragen, mit denjenigen der Militärdienst leistenden Männer verglichen werden. Die Kommission erachtet dies als eine immer noch zutreffende Feststellung.

5 Sollte die Mitwirkung der Frauen in der Gesamtverteidigung grundsätzlich auf Freiwilligkeit oder auf einem Obligatorium beruhen?
Bezüglich der vorbereitenden Ausbildung?
Bezüglich der Einteilung in eine Institution der Gesamtverteidigung?

Die Frage ist in dieser Pauschalität nicht beantwortbar. Zum einen hängt eine Antwort darauf davon ab, wie die rechtliche Konsequenz von Art. 4 Abs. 2 BV beurteilt wird. Zum andern kann sie sicher nicht beantwortet werden, solange nicht klar ist, in welchem Masse beim Erfassen der Frauen in der Gesamtverteidigung dem Prinzip der Gleichberechtigung Rechnung getragen wird. Wird Art. 4 Abs. 2 BV in dem Sinne realisiert, dass Frauen und Männer in allen Bereichen der Gesellschaft gleiche Rechte und Pflichten ausüben und erfüllen, und dass Frauen in allen Phasen von Planung, Aufbau, Weiterentwicklung und Vollzug der verschiedenen Zweige der Gesamtverteidigung beigezogen werden, wird ein Obligatorium erwogen werden können. Es versteht sich von selbst, dass dabei auch die Dispositionsregelungen für Dienstpflichtige

(Vernehmlassungsfragen)

6 Sollten für die Frauen zusätzlich zu den bestehenden (FHD, Rotkreuzdienst, Zivilschutz) noch neue Organisationen in der Gesamtverteidigung geschaffen werden? Wenn ja, in welcher Form?

7 Sollten auch Ausländerinnen in der Gesamtverteidigung mitwirken?

8 Besondere Vorschläge im Hinblick auf die Mitwirkung der Frau bei der Friedenssicherung?

(Stellungnahme der Kommission)

(weibliche und männliche) mit Familienpflichten neu konzipiert werden müssten.

Sind diese Postulate der Gleichberechtigung nicht garantiert, dürften neue Dienstleistungen nur auf dem Prinzip der Freiwilligkeit eingeführt werden, wobei - wie beim heutigen FHD - damit nach der freiwilligen Anmeldung durchaus eine obligatorische Dienstpflicht verbunden sein könnten.

Wie bereits in den einleitenden Bemerkungen festgestellt wurde, ist die Schaffung neuer Organisationen notwendig. Die Kommission ist der Auffassung, Gestaltung und Zielsetzung dieser neuen Organisationen sollten von den Frauen massgeblich mitbestimmt werden, schliesslich aber - wie die übrigen Dienste - beiden Geschlechtern offen stehen.

Soweit damit die Instruktion in lagegerechtem Verhalten in Krisen- und Katastrophenfällen gemeint ist, sollte die gesamte erwachsene Zivilbevölkerung erfasst werden, die keine andere Dienstpflicht im Rahmen der Gleichberechtigung zu erfüllen hat. Eine obligatorische Dienstpflicht (im Sinne einer "aktiven Tätigkeit") für Ausländerinnen und Ausländer im Rahmen der Gesamtverteidigung liesse sich kaum durchsetzen.

Die in der Gesamtverteidigungskonzeption der Schweiz vorgesehenen Instrumente zur Friedenssicherung sind zu wenig umfassend. Die Mittel konzentrieren sich auf die Erfassung von Bedrohungsformen, auf die Abwehr der Bedrohung, nicht aber auf deren Verhinderung. Friedenssicherung heisst jedoch u.a. auch Erhaltung des sozialen Gleichgewichtes auf nationaler und internationaler Ebene. Einsatz für die Erhaltung der natürlichen Umwelt, Erziehung zu und aktiver Einsatz bei der Achtung der Menschenrechte. Einsatzprogramme in diesen Bereichen könnten unter dem Mantel einer noch zu schaffenden Organisation entwickelt werden.

Einige Bereiche, wo besonders - aber nicht ausschliesslich - Frauen auf ihre Möglichkeiten bei Friedenssicherung und Friedensarbeit angesprochen werden könnten, sind

(Vernehmlassungsfragen)

(Stellungnahme der Kommission)

- Kindererziehung, die in der Familie, im Vorschul- und ersten Schulalter faktisch fast ausschliesslich in Frauenhand ist;
- Politik und Wirtschaft, wo Frauen noch nicht in genügender Zahl vertreten sind und hier neue Impulse geben könnten;
- Diplomatie, die noch weitgehende Männerdomäne ist. Dies könnte sich auch in einer verstärkten Präsenz der Frauen in den Delegationen für internationale Konferenzen äussern;
- Frauenorganisationen, denen gerade im Bereich der internationalen, nicht-gouvernementalen Zusammenarbeit Wege offen stehen, die der "offiziellen" Politik aus Prestige-gründen oft verwehrt sind. Ihre internationale Arbeit zu unterstützen, könnte ein echter Beitrag zur internationalen Friedenssicherung sein.

III Die einzelnen Modelle

Die folgenden Kommentare sind unter dem Vorbehalt der einleitenden Bemerkungen zu verstehen.

1. Freiwilliger Frauendienst im bisherigen Rahmen

11 Sind Sie der Meinung, dass Anstrengungen im Bereich der Organisation, Finanzierung, Information usw. unternommen werden sollten, um eine vermehrte freiwillige Mitwirkung der Frauen im Frauenhilfsdienst, Rotkreuzdienst und Zivilschutz zu fördern?

11 Die Frage ist verwirrt. Modell 1 geht davon aus, dass heute keine zusätzlichen organisatorischen Massnahmen notwendig sind (vgl. S. 28 des Berichtes): nur wird aber gerade nach dieser Notwendigkeit gefragt. - Die Kommission ist der Auffassung, eine Veränderung dürfe sich nicht darin erschöpfen, die Randbedingungen zu modifizieren, d.h. Finanzierung, Propaganda, usw. Eine bessere Motivierung der Frauen zur freiwilligen Mitwirkung bei FHD, Rotkreuzdienst und Zivilschutz kann nur erreicht werden, wenn diese Dienste grundsätzlich neu durchdacht werden.

2 Erweiterung der freiwilligen Frauendienste

21 Würden Sie eine Erweiterung der Möglichkeiten für freiwillige Dienstleistungen der Frauen im Rahmen der Gesamtverteidigung befürworten? Wenn ja:

21 Die Kommission hat bereits bei Punkt II Frage 6 darauf hingewiesen, dass die Schaffung neuer Dienste wünschbar ist und auch motivierend sein könnte für ein vermehrtes Engagement der Frauen in der Gesamtverteidigung.

22 auf die wirtschaftliche Landesversorgung?

23 auf Koordinierte Dienste? wenn ja, auf welche?

22 Neue Dienste wären in allen Bereichen der Sicherheitspolitik anzubieten. Sie müssten sich dazu nicht bloss defensiv auf die bestehende oder eine mögliche Bedrohung beziehen, sondern auch präventiv auf die Sicherung des

24 auf andere Bereiche im Rahmen der Gesamtverteidigung? wenn ja, auf welche?

(Vernehmlassungsfragen)

- 25 Wenn Sie eine Erweiterung der freiwilligen Dienstleistungen bejahen: Auf welcher Stufe (Bund, Kantone, Gemeinden) sollen in den entsprechenden Fällen die Verantwortlichkeiten hinsichtlich Gesetzgebung und Vollzug liegen?

3 Freiwillige Ausbildung

Sollten Ihrer Meinung nach vermehrt freiwillige Kurse angeboten werden

- 31 für aktive Angehörige von Berufsgruppen, deren Dienst für das Ueberleben wichtig ist?
- 32 für ehemalige Angehörige von Berufsgruppen, deren Dienst für das Ueberleben wichtig ist?
- 33 für andere Gruppen von Frauen? wenn ja, welche?
- 34 Wenn Sie eine Ausdehnung des freiwilligen Kursangebotes bejahen: Bei wem sollen in den entsprechenden Fällen die Verantwortlichkeiten für die Durchführung liegen (Bund, Kantone, Bemeinden)?

(Stellungnahme der Kommission)

Friedens ausrichten. Wie erwähnt, sollte die Konzeption dieser Dienste von Frauen mitbestimmt werden. Es ist jedoch nicht möglich, konkretere Vorstellungen bereits im Rahmen dieser Vernehmlassung zu präsentieren.

- 25 Diese Frage - wie auch Frage 34, 52, 64 - lässt sich in dieser Abstraktheit nicht abschliessend beantworten. Allerdings sind bei jedem neu zu schaffenden Dienst soweit möglich die folgenden Grundsätze zu beachten:

Rechtsgrundlagen sind - zumindest als Rahmengesetzgebung - unter Mitarbeit der Frauen und der Frauenorganisationen auf eidgenössischer Ebene zu legen. Die Verantwortung für den Vollzug sollte so nahe als möglich bei der betroffenen Bevölkerung liegen - d.h. Gemeinde, Kantone, gegebenenfalls sogar private Organisationen (Rotes Kreuz, Berufsverbände, usw.). Da es sich um eine öffentliche Aufgabe handelt, müssten die Kosten von der öffentlichen Hand übernommen werden.

- 31 Die Kommission befürwortet diesen Vorschlag, unter der Voraussetzung, dass damit alle aktiven und ehemaligen Angehörigen spezieller Berufsgruppen angesprochen werden und nicht nur die weiblichen.

- 33 Es ist unklar, für welche Aufgaben welchen Gruppen von Frauen eine freiwillige Ausbildung angeboten werden soll. Die im Bericht (S. 29) genannten Ausbildungsmöglichkeiten sollten zum einen nicht nur auf Frauen und zum anderen - in dieser allgemeinen Form - nicht nur auf einzelne Gruppen von Frauen beschränkt werden, sondern der gesamten erwachsenen Zivilbevölkerung offen stehen, die keine andere Dienstpflicht zu erfüllen hat.

Für den beruflichen Bereich wäre es wichtig, darauf hinzuweisen, wie notwendig es ist, bereits in Friedenszeiten bei der Besetzung von Kaderposten auf die gleichmässige Durchmischung von Dienstpflichtigen und Nicht-Dienstpflichtigen zu achten.

- 34 Vgl. Frage 25: Gesetzgebung beim Bund. Finanzierung durch die öffentliche Hand, Vollzug dezentralisiert, ev. sogar durch private Träger, z.B. Berufsorganisationen.

(Vernehmlassungsfragen)

- 4 Obligatorischer Schulunterricht
- 41 Befürworten Sie einen obligatorischen Schulunterricht in Sicherheitspolitik und Gesamtverteidigung? Wenn ja:
- 42 Soll dessen Einführung durch Bundesvorschrift erfolgen?
- 5 Ausbildungsobligatorium für Frauen
Falls Sie verneint haben, dass die Mitwirkung der Frauen in der Gesamtverteidigung grundsätzlich bezüglich der vorbereitenden Ausbildung auf Freiwilligkeit beruhen sollte (vgl. Frage 5):
- 51 Befürworten Sie eine entsprechende Ausbildungspflicht für alle nicht freiwillig im Gesamtverteidigungsbereich eingeteilten Frauen. Wenn ja, welche?
- 52 Auf welcher Stufe (Bund, Kantone, Gemeinden) sollen die Verantwortlichkeiten hinsichtlich Gesetzgebung und Vollzug liegen?
- 6 Dienstpflicht für Frauen bestimmter Berufe
Falls Sie die Freiwilligkeit der Mitwirkung der Frauen in der Gesamtverteidigung grundsätzlich ablehnen (vgl. Frage 5): Befürworten Sie eine obligatorische zivile Dienstverpflichtung
- 61 für aktive Angehörige von Berufsgruppen, deren Dienst für das Ueberleben wichtig ist?
- 62 für ehemalige Angehörige dieser Berufsgruppen, deren Dienst für das Ueberleben wichtig ist? Wenn ja:
- 63 Befürworten Sie für nicht mehr berufs-

(Stellungnahme der Kommission)

- 41 Ein spezieller Unterricht in Sicherheitspolitik und Gesamtverteidigung im Rahmen der obligatorischen Schulpflicht ist nicht zu befürworten. Die Kommission ist jedoch der Auffassung, im Rahmen des obligatorischen Schulunterrichtes müssten den Jugendlichen - im Zusammenhang mit verschiedenen Fächern - vermehrt die internationalen Zusammenhänge unserer Zeit, die Unantastbarkeit der Menschenwürde, Erziehung zur Achtung der Menschenwürde, die Problematik der Entwicklungsländer, usw. näher gebracht werden. Eines der Lernziele sollte auch darin bestehen, Konflikte - auch im kleinen Rahmen - gewaltfrei lösen zu können und Toleranz und Verständnis gegenüber Andersdenkenden zu üben.
- 42 Entfällt.
- 51 Die Kommission befürwortet eine obligatorische Ausbildungspflicht für alle Personen, die nicht in einem Dienst im Rahmen der Gesamtverteidigung eingeteilt sind. Der übrigen Zivilbevölkerung, z.B. Ausländern, ist der Zugang für die Ausbildung - soweit sie Ueberleben in Not- und Krisensituationen, Leben im Schutzraum, AC-Schutz, Erste Hilfe, usw. beinhaltet - auf freiwilliger Basis zu ermöglichen.
- 52 Vgl. Frage 25.
- 61 Diesem Vorschlag kann nicht befürwortet werden. Die Wahl des Berufes darf nicht eine obligatorische Dienstverpflichtung im Rahmen der Gesamtverteidigung zur Folge haben. Damit würden zum einen diese Berufsgruppen im Vergleich zu andern zu sehr belastet, zum andern könnte damit die Motivation zur Wahl dieser Berufe - die ja zum Ueberleben auch im Frieden wichtig sind - geschwächt werden. Im übrigen wäre es ausserordentlich schwierig, ehemalige Angehörige dieser Berufsgruppen und "nicht mehr berufstätige Frauen solcher Berufsgruppen" überhaupt zu erfassen.

(Vernehmlassungsfragen)

tätige Frauen solcher Berufsgruppen eine zusätzliche Ausbildung?

- 64 Wenn Sie eine obligatorische zivile Dienstverpflichtung für Angehörige bestimmter Berufsgruppen bejahen: Auf welcher Stufe Bund, Kantone, Gemeinden sollen die Verantwortlichkeiten hinsichtlich Gesetzgebung und Vollzug liegen?

- 7 Allgemeine Dienstpflicht bei einmaliger Dienstleistung für die Grundausbildung

Falls Sie die Freiwilligkeit der Mitwirkung der Frauen in der Gesamtverteidigung grundsätzlich ablehnen (vgl. Frage 5): befürworten Sie eine

- 71 Allgemeine Dienstpflicht ohne wiederholte Dienstleistungen (einmalige Grundschulung, allfälliger aktiver Dienst)?

- 8 Allgemeine Dienstpflicht mit wiederholter Dienstleistung

Falls Sie die Freiwilligkeit der Mitwirkung der Frauen in der Gesamtverteidigung grundsätzlich ablehnen (vgl. Frage 5): befürworten Sie eine

- 81 Allgemeine Dienstpflicht (Grundschulung, zusätzliche Dienstleistungen, allfälliger Ernstfalleinsatz)?

(Stellungnahme der Kommission)

- 71 Dieser Kombination kann aus den im Bericht (S. 35) genannten Gründen nicht zugestimmt werden.

- 81 Sobald die von der Kommission erwähnten Voraussetzungen erfüllt sind, - d.h. volle Gleichberechtigung der Geschlechter in der Gesellschaft, Erweiterung der Konzeption der Gesamtverteidigung sowie Gleichberechtigung bei Planung, Vollzug und Zugang zu den Diensten der Gesamtverteidigung - wird einer allgemeinen Dienstpflicht mit wiederholter Dienstleistung für alle erwachsenen Schweizerinnen und Schweizer im Rahmen der Zielsetzungen von Art. 2 BV nicht mehr opponiert werden können. Für Dienstpflichtige mit Familienpflichten müssen jedoch entsprechende Dispensationsmöglichkeiten vorgesehen werden. Im Rahmen der Neukonzeption wird zusätzlich zu entscheiden sein, ob an einer strikten Dienstpflicht festgehalten werden soll

Consultation concernant la participation de la femme à la défense générale.

Prise de position de la Commission fédérale pour les questions féminines

I Remarques préliminaires

1 Mêmes droits - mêmes devoirs

Dans le service complémentaire féminin, le service de la Croix-Rouge, la protection civile, on manque aujourd'hui de femmes qui se portent volontaires pour ces services. Dans les autres domaines de la défense générale - la défense nationale économique, les services coordonnés, la santé publique - on estime, selon les calculs actuels, qu'en cas de conflit sérieux - si les hommes étaient mobilisés - il y aurait pénurie de personnel. Dans le domaine de la défense militaire, tous les besoins de personnel ne seraient ainsi pas couverts, d'autant plus que les classes d'âge à faible natalité arrivent à l'âge militaire. L'office central de la défense générale souhaiterait donc que certaines fonctions dans le cadre de la défense générale puissent être prises en charge par les femmes.

Après l'insertion de l'additif constitutionnel de l'égalité des droits entre hommes et femmes, on demande à présent l'égalité des devoirs dans le domaine de la défense générale. Le service militaire obligatoire des hommes suisses n'a pas d'équivalent chez les Suissesses. Cependant: les femmes ont toujours rempli un nombre très élevé de devoirs envers notre pays. C'est ainsi que le travail ménager - condition essentielle pour le fonctionnement du reste de l'économie - a été fourni jusqu'à présent presque exclusivement par les femmes; la prise en charge et l'éducation des femmes restent également l'affaire de la femme; le réseau social est en grande partie assuré bénévolement par

les femmes; de plus, un grand nombre d'épouses effectuent également de nombreux travaux administratifs pour soutenir les fonctions militaires de leurs maris.

En outre, les femmes ont prouvé dans les guerres de ce siècle qu'elles sont en mesure, sans préparation organisée, de saisir les nouvelles situations, de survivre elles-mêmes en temps de crise et de catastrophes et de faire ce qu'il fallait pour le reste de la population. On ne peut donc sûrement pas utiliser l'argument, selon lequel les femmes ne remplissent pas leurs devoirs face à la communauté.

La situation de départ pour la consultation est basée, comme nous l'avons mentionné au début - essentiellement sur les effectifs manquants actuellement ou dont on prévoit qu'ils feront défaut dans les services de la défense générale. Cela ressort aussi dans le fait que pour les différents modèles proposés dans le rapport Meyer, ce critère est toujours utilisé pour en évaluer les avantages et les désavantages. Egalité des droits d'une part - effectifs manquants d'autre part - les deux situations de départ ne peuvent guère se compléter dans la forme prévue. S'il doit s'agir avant tout d'utiliser les femmes pour combler des lacunes, on ne peut plus parler d'égalité des droits, mais plutôt considérer cela comme une nouvelle discrimination des femmes.

2 La conception de la défense générale

Notre démocratie, la neutralité, l'armée, les autres moyens de la défense générale sont essentiels pour atteindre les buts de la politique de sécurité de la Suisse, c'est-à-dire la sauvegarde de la paix dans l'indépendance, la sauvegarde de la liberté du commerce, la protection de la population et le maintien

de l'intégralité du territoire de l'état (voir rapport du Conseil fédéral sur la politique de sécurité de la Suisse de 1973, ainsi que le rapport intermédiaire du Conseil fédéral sur la politique de sécurité de 1979). La commission est cependant d'avis que cette conception a des lacunes et qu'elle ne correspond pas à la situation des années 80. Un élargissement de cette conception dans le sens d'un plus grand rapprochement vers les buts de la politique de sécurité s'impose absolument.

Les mesures prévues sont axées trop exclusivement sur la réaction, sur la menace, et trop peu sur la prévention de la menace. Les causes en sont par exemple aussi des tensions sociales (sur le plan national et international), l'aliénation du monde du travail par rapport à la sphère privée, une crise générale des valeurs, l'exploitation des ressources naturelles, la destruction de l'environnement, les divergences Nord-Sud etc.

Lors de l'énumération des moyens stratégiques donc, il manque un instrument qui prévoit, dans un sens positif et préventif, d'assurer la paix et de surmonter les crises - alors qu'il s'agit là de deux tâches principales et explicitement nommées de la défense générale. Dans le domaine de la politique extérieure, les efforts constants de la Suisse pour contribuer au maintien de la paix ne semblent pas encore avoir atteint leur limite - notamment aussi dans le domaine de l'aide humanitaire et de la collaboration technique avec le Tiers Monde.

Dans le cadre d'une nouvelle conception de la défense générale, telle qu'elle fut annoncée dans le rapport intermédiaire du Conseil fédéral sur la politique de sécurité, il faudrait donc également discuter de la création d'instruments supplémentaires et non-militaires pour assurer la paix. C'est dans ce contexte aussi qu'il faudrait repenser les questions des besoins en personnel et y répondre.

Le comportement dans certaines situations, telles qu'elles peuvent se présenter au-

jourd'hui de part le niveau actuel de la technique et de la technologie (catastrophe de gaz toxique, intoxication alimentaire, contamination radioactive), exige des connaissances spéciales. Une formation spéciale, qui serait créée pour ces cas, est donc tout à fait souhaitable - cependant, elle ne doit pas se limiter aux femmes, mais concerner l'ensemble de la population adulte.

Il n'est en revanche nullement souhaitable d'enseigner les capacités nécessaires pour maîtriser la vie quotidienne dans sa complexité actuelle dans le cadre de la défense générale. Ceci est le but de l'enseignement obligatoire et de la formation générale qui doit permettre à toute personne de s'imposer de façon indépendante dans toutes les situations de la vie et de prendre ses responsabilités face aux autres. Font partie également de cette formation générale les informations sur les droits de l'homme, sur l'interrelation entre nos problèmes et ceux du Tiers Monde, sur la nécessité de la solidarité avec d'autres cultures et coutumes et de la tolérance envers elles. Ceci exige un effort commun et la sensibilisation des parents, de l'école et des médias.

3 L'insertion des femmes dans la défense générale

Pour des raisons historiques, les femmes n'ont rien eu à dire lors de l'élaboration de l'actuelle conception de la défense générale. Les différentes mesures ont avant tout pour but de repousser des menaces possibles ou réelles; le domaine le plus important, le plus compliqué, le plus coûteux et donc dominant de la défense générale, c'est le domaine militaire, l'armée donc. Celle-ci est précieusement - à l'exception du SCF (à l'avenir SFA) et du service de la Croix-Rouge - exclusivement l'affaire des hommes.

La commission pense que dans la discussion sur l'insertion de nouveaux groupes de personnes dans la défense générale, c'est une erreur de ne pas permettre à celles-ci de se prononcer sur le système en tant que tel, mais de leur "attribuer" simplement un nombre très restreint de places. Cette façon de pro-

céder n'est pas en accord avec la disposition de la constitution qui exige une égalité de droits entre hommes et femmes. Tout comme sur le marché du travail, il existe ici aussi le danger que les femmes risquent de devenir une "armée de réserve" flexible, sans pouvoir faire valoir leurs propres exigences. C'est ainsi que dans le rapport, le choix des modèles qui sont proposés aux femmes dans cette procédure de consultation, est tout à fait arbitraire.

Il est étrange aussi que contrairement à d'autres domaines, où l'art. 4 al. 2 de la CF attend encore d'être appliqué, on ne pose pas ici la question des coûts.

On ne peut donc approuver une insertion des femmes dans la défense générale que si la garantie est également donnée que

les femmes sont prises au sérieux avec d'éventuelles idées nouvelles qui leur sont propres pour atteindre les buts de la politique de sécurité, et pour autant qu'une nouvelle conception de la défense générale soit effectivement entreprise dans ce sens. Pour des raisons qui ne sont pas tant biologiques mais dues à une socialisation différente pendant de nombreux siècles, les femmes ont d'autres priorités que les hommes dans la vie quotidienne, mais éventuellement aussi dans le domaine politique et dans celui de la politique de sécurité. Il faut profiter de cette expérience: c'est pourquoi il est important que les femmes participent au moins de façon paritaire à la conception et à l'élaboration de nouvelles structures. Nous y reviendrons dans les réponses données dans le cadre du questionnaire.

* * * * *

II Questions générales

(Questions de consultation)

- 1 Estimez-vous que de nos jours, la participation à la défense générale est l'affaire commune des hommes et des femmes?

- 2 Voyez-vous un lien entre l'égalité des hommes et des femmes en ce qui concerne leurs droits (article 4, alinéa 2 de la Constitution fédérale) et la question de la participation de la femme à la défense générale? Si oui, lequel?

(Réponses de la Commission)

Le maintien de la paix et la défense de notre pays contre une attaque ou une menace d'un autre pays sont effectivement considérés par la commission comme une affaire commune fondamentale des hommes et des femmes. Mais nous voulons une fois de plus rappeler ici que la commission considère que la conception de défense générale telle qu'elle existe aujourd'hui, est incomplète et mal équilibrée, et qu'il faudrait donc - si l'on veut vraiment insérer l'ensemble de la population adulte - la rediscuter et la compléter selon les remarques faites dans l'introduction.

La disposition constitutionnelle du traitement égal des hommes et des femmes vaut en principe pour l'ensemble de l'ordre public. La question de savoir si, en se basant simplement sur l'art. 4 al. 2 CF, on peut introduire l'insertion obligatoire des femmes dans le cadre de la défense générale, reste juridiquement encore controversée. L'égalité des droits entre hommes et femmes dans le domaine de

(Questions de consultation)

- 3 Estimez-vous nécessaire d'enseigner dûment aux femmes, comment il conviendrait qu'elles se comportent en situations de détresse et de guerre?
- 4 Estimez-vous suffisante la part que prennent aujourd'hui les femmes à la défense générale?

(Réponses de la Commission)

la défense générale ne devrait cependant pas se limiter uniquement à insérer les femmes dans les différentes institutions existantes. Si l'on veut sérieusement tenir compte du principe de l'égalité des droits, les femmes doivent également avoir la possibilité de participer de façon paritaire aux discussions sur la nouvelle conception, sur la planification, la réalisation, l'évolution et l'exécution des différents domaines. Par conséquent, cela signifie aussi que les hommes et les femmes, pour ce qui est de l'obligatoire ou du volontariat et concernant aussi l'accès aux différents services - civils et militaires - doivent être mis sur un pied d'égalité.

La nécessité d'enseigner dûment, comment il convient de se comporter en situations de détresse et de guerre n'existe pas seulement pour les femmes. Une telle instruction est indiquée de nos jours, mais elle devrait englober l'ensemble de la population civile adulte.

Les prestations importantes dans ce contexte ne doivent pas être limitées au domaine de la défense générale. Dans le cadre de la politique de sécurité de notre pays, les femmes accomplissent depuis toujours à tous les niveaux des choses remarquables pour le bien de la communauté sans y être contraintes par la loi. Ceci avait d'ailleurs été indiqué par le Conseil fédéral dans son message du 23.12.1969 sur l'introduction du droit de vote pour les femmes (FF 1970 I 61)

Il était à l'époque d'avis (un avis qu'il a d'ailleurs confirmé dans le message sur l'initiative populaire "Egalité des droits entre hommes et femmes), qu'en évaluant les prestations des hommes et des femmes, il fallait comparer les charges que supportent les femmes en faveur de la communauté avec celle des hommes qui accomplissent le service militaire. La commission estime que cette constatation reste valable.

(Questions de consultation)

5 La participation de la femme à la défense générale devrait-elle être volontaire ou obligatoire sous les deux aspects suivants: Préparation des femmes à leur rôle de caractère privé en situations de détresse et de guerre. Incorporation des femmes dans des institutions concourant à la défense générale?

6 Estimez-vous qu'il faudrait créer ou rendre accessibles aux femmes d'autres institutions de défense générale que le service complémentaire féminin, le service de la Croix-Rouge, ainsi que la protection civile. Si oui, sous quelle forme?

7 Estimez-vous qu'il conviendrait de faire participer aussi des étrangères à la défense générale?

(Réponses de la Commission)

On ne peut répondre à une question aussi globale. D'une part, la réponse dépend de la conséquence juridique que l'on donnera à l'art. 4 al. 2 CF. D'autre part, on ne peut certainement pas y répondre, tant qu'on ne sait pas dans quelle mesure on tiendra compte, pour la participation des femmes dans la défense générale, du principe de l'égalité des sexes. Si l'art. 4 al. 2 de la CF est réalisé dans le sens que femmes et hommes exercent et jouissent des mêmes droits et obligations dans tous les domaines de la société et que les femmes participent dans toutes les phases de la planification, de la structure, du développement et de l'exécution des différentes branches de la défense générale, on pourra alors envisager un service obligatoire. Il va de soi qu'il faudrait alors aussi une nouvelle conception des règlements de dispensation pour les personnes astreintes au service (hommes et femmes) avec charges familiales.

Si ces postulats de l'égalité des sexes ne sont pas garantis, de nouvelles prestations ne pourraient être introduites que sur le principe du volontariat, l'inscription volontaire pouvant alors être liée à un service ultérieur obligatoire - comme c'est le cas dans le SCF.

Comme nous l'avons déjà constaté dans nos remarques d'introduction, la création de nouvelles institutions est nécessaires. La commission est d'avis que les femmes devraient largement participer à la création et à la fixation des buts de ces nouvelles institutions qui devraient cependant être ouvertes - tout comme les autres services - aux deux sexes.

Pour autant que l'on songe à une instruction concernant le comportement à adopter en situations de détresse et de guerre, celle-ci devrait englober l'ensemble de la population civile adulte qui n'a pas à effectuer un autre service obligatoire dans le cadre de la défense générale. Un service obligatoire (dans le sens d'une véritable "activité") pour les étrangères et les étrangers dans le cadre de la défense générale ne pourrait guère être imposé.

(Questions de consultation)

8 Avez-vous des propositions à formuler en vue de la contribution de la femme au maintien de la paix? Si oui, lesquelles?

(Réponses de la Commission)

Les instruments prévus dans la conception de la défense générale de la Suisse pour assurer la paix ne sont pas assez complets. Les moyens se concentrent sur le recensement des formes de menace: comment repousser celles-ci, mais non comment les empêcher. La sécurité de la paix signifie cependant entre autres aussi le maintien de l'équilibre social au niveau national et international, les efforts pour protéger l'environnement naturel, l'enseignement et l'application active pour le respect des droits de l'homme. Des programmes d'initiatives dans ces domaines pourraient être développés dans le cadre d'une organisation qui reste à créer. Quelques domaines, où on pourrait inviter les femmes - mais pas seulement elles - à étudier leurs possibilités pour assurer la paix et pour le travail de la paix, sont

- l'éducation des enfants qui, dans la famille, à l'âge préscolaire et à l'école primaire, reste presque exclusivement l'affaire des femmes;
- la politique et l'économie, où les femmes ne sont pas encore représentées en assez grand nombre et où elles pourraient donner de nouvelles impulsions;
- la diplomatie, qui reste dans une large mesure un domaine des hommes. Cela pourrait aussi se manifester par une présence renforcée des femmes dans les délégations aux conférences internationales;
- les organisations féminines, qui précisément dans le domaine de la collaboration internationale, ont des possibilités qui, pour des raisons de prestige, ne sont souvent pas ouvertes à la politique "officielle". Le soutien de leur travail international pourrait être une véritable contribution à la sécurité de la paix internationale.

III Les différents modèles

Les commentaires suivants s'entendent sous réserve des remarques d'introduction.

(Questions de consultation)

- 1 Service volontaire selon la solution actuelle
- 11 Estimez-vous que, afin d'attirer davantage de volontaires vers le service complémentaire féminin, vers le service de la Croix-rouge ou vers la protection civile, il faudrait consentir un gros effort pour améliorer leur organisation, augmenter leurs moyens financiers et intensifier la propagande en leur faveur?
- 2 Service volontaire élargi à d'autres institutions
- 21 Approuveriez-vous une multiplication des possibilités pour les femmes de participer à titre volontaire à la défense générale? Si oui:
- 22 dans le domaine de la défense nationale économique?
- 23 dans des services coordonnés?
Si oui, lesquels?
- 24 dans d'autres domaines/institutions?
Si oui, lesquelles?
- 25 L'institution éventuelle, respectivement la mise en application de cette extension, devrait-elle incomber:
 - à la Confédération
 - aux cantons
 - aux communes?

(Réponses de la Commission)

- 11 La question prête à confusion. Le modèle 1 part du fait qu'aujourd'hui aucune mesure d'organisation supplémentaire n'est nécessaire (voir p. 28 du rapport); alors que l'on pose précisément la question de cette nécessité. La commission est d'avis qu'un changement ne peut pas se limiter à modifier les conditions-cadre, c'est-à-dire le financement, la propagande etc. Une meilleure motivation des femmes à une participation volontaire au SCF, au service de la Croix-Rouge et à la protection civile ne peut être obtenue que si ces services sont fondamentalement repensés.
- 21 La commission a déjà indiqué dans le point II de la question 6 que la création de nouveaux services est souhaitable et qu'elle pourrait motiver les femmes à un plus grand engagement dans la défense générale.
- 22 De nouveaux services devraient être offerts dans tous les domaines de la politique de sécurité. Ils ne devraient pas seulement se référer d'une façon défensive à la menace existante ou à une menace possible, mais également comprendre l'élément préventif pour assurer la paix. Comme nous l'avons déjà mentionné, les femmes devraient participer à la conception de ces services. Il n'est cependant pas possible de présenter déjà des idées concrètes dans le cadre de cette consultation.
- 25 Etant donné le côté abstrait de cette question, comme d'ailleurs des questions 34, 52, 64, on ne peut y répondre de façon définitive. Notons cependant que dans chaque service à créer il faut, dans la mesure du possible, veiller au respect des principes suivants: Les bases juridiques doivent - du moins dans la législation - cadre - être posés au niveau de la Confédération, avec la collaboration des femmes et des organisations féminines; la responsabilité pour l'exécution devrait se trouver aussi près que pos-

(Questions de consultation)

- 3 Instruction facultative
Convierait-il de créer des cours d'instruction facultatifs:
- 31 A l'intention des femmes exerçant une profession d'importance déterminante pour la survie en situations de détresse et de guerre?
- 32 A l'intention des femmes ayant exercé une telle profession?
- 33 A l'intention d'autres catégories de femmes? Si oui, lesquelles?
- 34 A qui:
- Confédération
- cantons
- communes
devrait incomber la responsabilité des cours que vous préconisez?
- 4 Enseignement scolaire obligatoire
- 41 Approuveriez-vous l'institution d'un enseignement scolaire obligatoire en matière de politique de sécurité et de défense générale?
- 42 Si oui, faudrait-il charger la Confédération d'instaurer cet enseignement?

(Réponses de la Commission)

- sible de la population concernée - c.à.d. la commune, les cantons, le cas échéant, même des organisations privées (Croix-Rouge, associations professionnelles etc.). Etant donné qu'il s'agit d'une tâche publique, les frais devraient être pris en charge par les autorités.
- 31 La commission approuve cette proposition,
- 32 à la condition que l'on s'adresse à tous les membres actifs et anciens des groupes professionnels spéciaux et non seulement aux femmes dans ces professions.
- 33 On ne sait pas, à quels groupes de femmes et pour quelles tâches une instruction facultative serait offerte. Les possibilités d'instruction indiquées dans le rapport (p. 29) ne devraient, d'une part, pas être limitées aux femmes et d'autre part - dans cette forme générale - ne pas être limitées non plus à des groupes de femmes, mais plutôt ouvertes à toute la population civile adulte qui ne doit pas remplir une autre obligation de service.
Pour le domaine professionnel, il serait important d'indiquer, à quel point il est nécessaire de veiller, en temps de paix déjà, lorsque l'on pourvoit les postes de cadre, à une répartition régulière entre les personnes soumises à l'obligation de servir et celles qui n'y sont pas soumises.
- 34 Voir question 25: législation au niveau fédéral, financement par les autorités publiques, exécution décentralisée, event. même par des privés, par ex. les organisations professionnelles.
- 41 Un enseignement scolaire obligatoire en matière de politique de sécurité et de défense générale n'est pas à préconiser. La commission est cependant d'avis que, dans le cadre de l'enseignement scolaire obligatoire, il faudrait sensibiliser d'avantage les adolescents - dans les différentes matières - aux liens internationaux de notre époque, à l'inviolabilité de la dignité humaine, à l'éducation au respect des

(Questions de consultation)

- 5 Services d'instruction obligatoires
Si, en répondant à la question 5, vous avez rejeté le principe du volontariat pour la préparation des femmes aux situations de détresse et de guerre, vous êtes prié(e) de répondre aux questions ci-après:
- 51 Approuveriez-vous l'instauration de services d'instruction obligatoires pour les femmes qui ne demandent pas à être incorporées dans des institutions concourant à la défense générale?
- 52 Si vous préconisez des services d'instruction obligatoires, leur instauration respectivement leur exécution devrait-elle incomber:
- à la Confédération
 - aux cantons
 - aux communes?
- 6 Obligation de servir pour les femmes de certaines professions
Si, en répondant à la question 5, vous avez rejeté le principe du volontariat pour la participation de la femme à la défense générale, vous êtes prié(e) de répondre aux questions ci-après:
- 61 Approuveriez-vous l'instauration d'une obligation de servir (de caractère purement civil) pour les femmes exerçant une profession d'importance déterminante en situations de détresse et de guerre (santé publique, défense nationale économique, instruction et administration publiques)?
- 62 Approuveriez-vous aussi la mesure ci-dessus pour les femmes ayant cessé d'exercer une telle profession?

(Réponses de la Commission)

droits de l'homme, aux problèmes des pays en voie de développement etc. Un des buts de l'enseignement devrait également être, de pouvoir résoudre les conflits sans violence - même à une petite échelle - et d'exercer la tolérance et la compréhension face à des personnes n'ayant pas les mêmes opinions.

42 Néant.

51 La commission approuve un service d'instruction obligatoire pour toutes les personnes qui ne sont pas affectées à un service dans le cadre de la défense générale. Le reste de la population civile, par ex. les étrangers, doit pouvoir accéder de manière facultative à l'instruction - pour autant qu'elle comprenne la survie dans les situations de détresse et de guerre, la vie dans les abris, la protection AC, les premiers secours, etc.

52 Voir question 25.

61 Cette proposition de servir pour les femmes de certaines professions ne doit pas entraîner une obligation de servir dans le cadre de la défense générale. D'une part, les membres de ces professions seraient ainsi surchargés par rapport aux autres, d'autre part, la motivation pour le choix de ces professions - qui sont par ailleurs également importantes pour survivre en temps de paix - pourrait en être affaiblie. En outre, il serait d'ailleurs extrêmement difficile de recenser d'anciens membres de ces professions et les femmes ayant cessé d'exercer une telle profession.

(Questions de consultation)

63 Si vous avez répondu oui à la question 62 ci-dessus, approuveriez-vous l'instauration de cours de rafraîchissement pour ces femmes?

64 L'instauration, respectivement l'application de l'obligation de servir pour les femmes de certaines professions, si vous en approuvez le principe, devrait-elle incomber:

- à la Confédération
- aux cantons
- aux communes?

7 Obligation générale de servir (service unique pour l'obtention d'une formation de base)
Si en répondant à la question 5, vous avez rejeté le principe du volontariat pour la participation de la femme à la défense générale, vous êtes prié(e) de répondre aux questions ci-après:

71 Approuveriez-vous l'instauration d'une obligation générale de servir en matière de défense générale, comportant un seul service de formation initiale (pas de service répétés) et du service actif éventuel?

8 Obligation générale de servir (avec des services répétés)

81 Approuveriez-vous l'institution d'une obligation générale de servir dans le cadre de la défense générale, comportant un service de formation initiale, puis des services répétés ainsi qu'un engagement éventuel en cas de crise ou de catastrophe?

(Réponses de la Commission)

71 Cette combinaison se peut être approuvée pour les raisons indiquées dans le rapport (p. 35)

81 Dès que les conditions indiquées par la commission seront remplies - c.à.d. égalité complète des sexes dans la société, élargissement de la conception de la défense générale, ainsi que l'égalité des sexes lors de la planification, de l'exécution et de l'accès aux services de la défense générale - on ne pourra plus s'opposer à une obligation générale de servir avec services répétés pour toutes les Suissesses et pour tous les Suisses adultes dans le cadre des buts de l'art 2 de la CF. Il faudra cependant prévoir des possibilités de dispense pour les personnes soumises à l'obligation de servir qui ont des charges familiales. Dans le cadre d'une nouvelle conception, il faudra en outre décider, si on doit maintenir une obligation stricte de servir.

La risposta della Commissione federale per i problemi della donna alla consultazione riguardante l'integrazione delle donne nella difesa globale

I Note introduttive

1 Stessi diritti - stessi doveri

Attualmente nel Servizio complementare femminile, nella Croce Rossa, nella Protezione civile sono carenti le donne che si arruolano volontariamente. Negli ulteriori settori della difesa globale - approvvigionamento economico del paese, servizi coordinati, servizi sanitari - mancherebbe pure del personale, secondo i calcoli odierni, qualora gli uomini venissero chiamati sotto le armi in caso di bisogno. Ma anche il settore della difesa militare del paese non dispone degli effettivi necessari, senza contare che le coorte a bassa natalità non hanno ancora raggiunto l'età del reclutamento. L'Ufficio centrale della difesa vedrebbe di buon occhio che le donne si assumessero determinati compiti nell'ambito della difesa globale.

Da quando, nella Costituzione, è stato introdotto il principio della parità nei diritti tra donna e uomo, si parla della parità dei doveri nel campo della difesa globale. L'obbligo generale di prestare servizio militare che grava sugli uomini svizzeri non trova nessun corrispondente per le donne svizzere. Si ricordi comunque che da sempre le donne svizzere svolgono innumerevoli mansioni a favore del paese. Basti pensare al lavoro domestico - indispensabile premessa affinché il resto dell'economia funzioni a puntino - fino a oggi quasi esclusiva prerogativa delle donne; tuttora riservato alle donne è pure il lavoro educativo; i servizi assistenziali sono in buona parte assicurati dalle donne a regime di volontariato; e non si scordi

infine che un gran numero di mogli sbrigano non pochi lavori amministrativi derivanti dalle funzioni militari dei loro consorti.

Nelle guerre del nostro secolo le donne hanno dimostrato di essere capaci - senza tanti preparativi organizzati - di afferrare nuove situazioni, di sopravvivere esse stesse e di fare quanto occorreva per il bene comune. Se c'è un argomento che sicuramente è fuori luogo, è dire che oggi le donne vengono a meno nei loro doveri verso la collettività.

Il punto di partenza della consultazione - come già detto sopra - sta essenzialmente nella mancanza, attuale e futura, di effettivi nei servizi della difesa globale. Lo si può altresì desumere dal fatto che questo è il criterio usato ogniqualvolta si debbano soppesare vantaggi e svantaggi dei singoli modelli proposti dal rapporto Meyer. Parità dei diritti da una parte - mancanza di effettivi dall'altra: due esigenze difficilmente conciliabili nel modo previsto. Se l'operazione mira a piazzare donne dove mancano uomini, non si può più parlare di parità dei diritti: è un'ulteriore discriminazione ai danni delle donne.

2 La concezione della difesa globale

La democrazia, la neutralità, l'esercito, gli ulteriori mezzi della difesa globale sono le chiavi della politica di sicurezza della Svizzera: una politica tesa a garantire la pace nell'indipendenza, la libertà d'azione, la protezione della popolazione e la sovranità sul territorio (cfr. rapporto del Consiglio federale sulla politica di sicurezza della Svizzera, del 1973, e rapporto intermedio del Consiglio federale sulla politica di sicurezza, del 1979). Alla Commissione, questa concezione pare però lacunosa e poco

adeguata alla realtà degli anni 80. E' assolutamente indispensabile che la concezione venga estesa in modo da aderire maggiormente agli obiettivi della politica di sicurezza. I provvedimenti previsti si orientano troppo unilateralmente alla reazione e alla minaccia, e troppo poco alla prevenzione dell'insorgere della minaccia. Fra le cause occorre annoverare anche le tensioni nazionali e internazionali, l'alienazione del mondo del lavoro rispetto al mondo del privato, la crisi generale nell'ordine dei valori, lo sfruttamento delle risorse naturali, la distruzione dell'ambiente, il contrasto nord-sud, ecc.

Nell'elenco dei mezzi strategici manca pertanto lo strumento destinato in modo preventivo e costruttivo a garantire la pace e sormontare le crisi - ambedue citati espressamente quali compiti strategici essenziali della difesa globale. Ma anche nel campo della politica estera, il costante intervento della Svizzera a favore della pace può essere potenziato, in particolare per quanto riguarda l'aiuto umanitario e la collaborazione tecnica con il Terzo Mondo.

Nell'ambito di una rielaborazione della concezione della difesa globale - quale è stata ventilata dal Consiglio federale nel suo rapporto intermedio concernente la politica di sicurezza - andrebbe perciò discussa la creazione di ulteriori strumenti non militari atti ad assicurare la pace. In tale ambito si dovrà sollevare di nuovo tutta la problematica degli effettivi.

Il comportamento in determinate situazioni, come potrebbero presentarsi in conseguenza dell'attuale livello tecnico e tecnologico (catastrofe conseguente all'impiego di gas tossici, avvelenamenti alimentari, inquinamento radioattivo), richiede conoscenze particolari. Un'istruzione specifica, da creare appositamente per tali evenienze, è indubbiamente auspicabile, ma non deve rimanere riservata alle donne, bensì essere dispensata a tutta la popolazione adulta.

Per contro, non è affatto auspicabile che le conoscenze richieste per destreggiar-

si nell'odierna complessa vita quotidiana debbano venir trasmesse nell'ambito della difesa globale. L'obiettivo dell'insegnamento scolastico e post-scolastico deve essere di rendere ogni persona capace di padroneggiare autonomamente tutte le situazioni esistenziali e assumere responsabilità verso gli altri. Rientrano in questa cultura generale anche l'informazione sui diritti umani, sul legame tra i nostri problemi e quelli del Terzo Mondo, sulla necessità di essere tolleranti e la solidarietà con la gente d'altre culture e altri costumi. Tutto ciò richiede l'intervento congiunto e la coscientizzazione da parte della famiglia, della scuola e dei mezzi di comunicazione.

3 L'integrazione delle donne nella difesa globale

Per cause storiche, le donne non hanno avuto parte alcuna nell'elaborazione della concezione della difesa globale tuttora valida. Lo scopo dei singoli provvedimenti è la difesa dalle minacce, potenziali o effettive. Il settore più importante, più complicato, più costoso e, pertanto, dominante della difesa globale è perciò l'esercito. E proprio questo settore - a eccezione del SCF (in futuro SMF) e della Croce Rossa - è saldamente in mano maschile.

La Commissione reputa sbagliato che, nella discussione sull'integrazione di una nuova cerchia di persone nella difesa globale, a queste non venga data la facoltà di esprimersi riguardo al sistema come tale, ma che si attribuisca loro semplicemente un ventaglio molto ristretto di posti. Questo modo di fare non si concilia con l'imperativo costituzionale della parità dei diritti. Come sul mercato del lavoro, anche qui c'è il pericolo che le donne, una volta in più, finiscano per diventare la solita "massa di manovra", senza che riescano ad avanzare le proprie pretese. Così, la scelta dei modelli presentati nel rapporto - e sui quali le donne possono esprimersi in questa consultazione - risulta arbitraria.

Sorprende inoltre il fatto che, contrariamente a quanto avviene in altri settori dove occorre concretare l'art. 4 cpv.

2 Cost., qui invece la questione dei costi non è neppure posta. All'integrazione delle donne nella difesa globale si può perciò dare il proprio assenso solo in cambio della garanzia che le idee, magari nuove, delle donne su come raggiungere gli obiettivi della politica di sicurezza verranno tenute in debito conto e quando si inizieranno i lavori per una nuova concezione della difesa globale, nel

senso descritto sopra. E' meno per cause biologiche che per secolare socializzazione, che le donne conoscono altre priorità nella vita di tutti i giorni e, magari, nel campo politico e della politica di sicurezza. E' ora di attingere a queste esperienze: nella concezione e creazione di nuove strutture le donne dovranno partecipare almeno pariteticamente. Nella nostra risposta al questionario torneremo su questo argomento.

* * * * *

II Domande generiche

(Questioni della consultazione)

1 Condividete il parere che la partecipazione alla difesa globale debba oggi essere ritenuta compito comune di uomini e donne?

(Risposta della Commissione)

Il mantenimento della pace e la difesa del paese contro un attacco o una minaccia da parte di un altro Stato sono effettivamente ritenuti dalla Commissione compiti fondamentalmente comuni di donne e uomini. Ma anche qui si noti che la Commissione considera incompleta e unilaterale la vigente concezione della difesa globale per cui essa - qualora si volesse effettivamente arruolare tutta la popolazione adulta - andrà ridiscussa e completata nel senso delle osservazioni introdotte.

2 Trovate un nesso tra il nuovo art. 4 cpv. 2 Cost. e la questione dell'integrazione delle donne nella difesa globale? Se si, quale?

L'imperativo costituzionale della parità di trattamento tra donna e uomo riguarda per principio tutto l'ordinamento legale. Tuttora controversa dal profilo giuridico è la questione se già in base all'art. 4 cpv. 2 Cost. sia possibile integrare le donne nella difesa globale. In nome della parità dei diritti tra donna e uomo non ci si può comunque limitare a inserire le donne in singole istituzioni esistenti della difesa globale. In ossequio al principio dell'eguaglianza, alle donne deve essere data la facoltà di partecipare in uguale misura alla rielaborazione della concezione come pure alla progettazione, pianificazione, realizzazione e allo sviluppo dei singoli settori. Logicamente ciò implica che le donne e gli uomini dovranno essere posti su piano di parità sia per quanto riguarda l'obbligatorietà o la volontarietà del servizio sia per quanto riguarda l'accesso a tutti i settori, civili e militari.

(Questioni della consultazione)

- 3 Pensate che le donne necessitino di un'istruzione specifica per potersi comportare in modo adeguato in momenti di bisogno e di crisi?
- 4 Pensate che l'odierno contributo delle donne nell'ambito della difesa globale sia sufficiente?
- 5 Ritenete che la partecipazione delle donne alla difesa globale debba per principio basarsi sulla volontarietà o sull'obbligatorietà?
Rispetto all'addestramento preparatorio? Rispetto all'inserimento in un'istituzione della difesa globale?

(Risposta della Commissione)

Un addestramento specifico che permetta di comportarsi in modo adeguato in caso di bisogno e di crisi non serve solo alle donne. Una simile istruzione è senz'altro opportuna al giorno d'oggi, ma deve essere impartita a tutta la popolazione adulta.

Le prestazioni rilevanti in questo contesto non sono solo quelle a diretto favore della difesa globale. Da sempre, le donne dimostrano un profondo impegno a tutti i livelli per il bene della collettività, agendo in tal modo nell'ambito della politica di sicurezza senza esservi tenute per legge. E questo corrisponde a quanto il Consiglio federale già affermava nel suo messaggio del 23.12.69 concernente l'introduzione del suffragio femminile (BBl 1970 I 85f, versione tedesca). L'opinione allora prevalente (riconfermata poi nel messaggio riguardante l'iniziativa popolare "per l'eguaglianza dei diritti tra uomo e donna") era che, computando le prestazioni degli uomini e delle donne, agli oneri derivanti per gli uomini dal servizio militare andavano contrapposti gli oneri effettivamente assunti dalle donne a favore della collettività. La Commissione reputa tuttora valida tale constatazione.

Una domanda tanto poco differenziata non può avere risposta. L'eventuale risposta dipende da quale conseguenza legale si vorrà dare all'art. 4 cpv. 2 Cost. In secondo luogo non si può certamente rispondere prima di chiarire in quale misura verrà rispettato il principio dell'eguaglianza nel processo d'integrazione delle donne nella difesa globale. Se l'art. 4 cpv. 2 Cost. vien tradotto in pratica nel senso che donne e uomini esercitano gli stessi diritti e doveri in tutti i settori della vita pubblica e che le donne partecipano a tutte le fasi di pianificazione, messa a punto, sviluppo e realizzazione dei vari rami della difesa globale, allora si potrà discutere sull'obbligatorietà. Va da sé che andrà poi rielaborata tutta la regolamentazione concernente le dispensa da accordare alle persone (di sesso femminile e maschile) con impegni famigliari soggette al servizio.

(Questioni della consultazione)

6 Ritenete che, in seno alla difesa globale, per le donne debbano essere creati nuovi organismi oltre quelli esistenti (SCF, Croce Rossa, Protezione civile)? Se sì, in che forma?

7 Alla difesa globale dovranno pure partecipare le donne di nazionalità straniera?

8 Proposte particolari per la partecipazione delle donne a garantire la pace

(Risposta della Commissione)

Senza la garanzia di tali premesse, nuovi servizi potranno essere introdotti solo su base volontaria, anche se - come per l'attuale SCF - all'arruolamento volontario potrà essere abbinato in seguito l'obbligo di servire.

Riprendendo quanto detto nella nota introduttiva, nuovi organismi sono necessari. La Commissione è del parere che le donne debbano avere una parte determinante nella creazione e nella definizione degli scopi di tali nuovi organismi che poi, come tutti gli altri servizi, dovranno essere accessibili alle persone di ambo i sessi.

Per quanto rientra nell'addestramento al comportamento adeguato in caso di crisi e catastrofi, occorre raggiungere tutta la popolazione civile adulta non soggetta ad altro servizio nell'ambito della difesa globale. Ma è poco probabile che si possa imporre un servizio obbligatorio (nel senso di un'attività concreta) a donne e uomini di altra nazionalità.

Gli strumenti atti a garantire la pace, quali sono previsti dalla concezione della difesa globale della Svizzera, non abbracciano tutte le possibilità. Essi si limitano a registrare forme di minaccia, a difendere dalle minacce, ma non a prevenire tali minacce. Garantire la pace significa però, tra l'altro, mantenere l'equilibrio sociale nazionale e internazionale, impegnarsi per la conservazione dell'ambiente naturale, educare i giovani al rispetto dei diritti umani e, come adulti, impegnarsi attivamente in tal senso. I programmi d'intervento in questi nuovi settori potrebbero essere sviluppati sotto l'egida di un organismo ancora da crearsi.

In alcuni campi dovrebbe essere possibile sensibilizzare in particolare - ma non esclusivamente - le donne riguardo al loro ruolo e il loro impegno per la pace; essi sono:

- l'educazione, che, in famiglia, nel periodo prescolastico e durante i primi anni di scuola, grava quasi esclusivamente sulle donne;

(Questioni della consultazione)

(Risposta della Commissione)

- la politica e l'economia, dove le donne non sono ancora presenti in numero sufficiente e dove potrebbero dare nuovi impulsi;
- la diplomazia, territorio tuttora riservato agli uomini; una maggiore presenza femminile potrebbe manifestarsi pure in seno alle delegazioni inviate alle conferenze internazionali;
- le organizzazioni femminili, le quali, proprio nell'ambito della collaborazione internazionale non-governativa, possono imboccare strade precluse, per motivi di prestigio, alla politica "ufficiale". Sostenere il loro operato internazionale rappresenterebbe un vero contributo alla pace nel mondo.

III I singoli modelli

I seguenti commenti sono da leggersi nell'ottica delle note introduttive.

(La Commissione deplora nel sua lettera accompagnatoria che il rapporto e il questionario non sia a disposizione anche in lingua italiana).

- 1 Service volontaire selon la solution actuelle
- 11 Estimez-vous que, afin d'attirer davantage de volontaires vers le service complémentaire féminin, vers le service de la Croix-rouge ou vers la protection civile, il faudrait consentir un gros effort pour améliorer leur organisation, augmenter leurs moyens financiers et intensifier la propagande en leur faveur?
- 2 Service volontaire élargi à d'autres institutions
- 21 Approuveriez-vous une multiplication des possibilités pour les femmes de participer à titre volontaire à la défense générale? Si oui
- 22 dans le domaine de la défense nationale économique?
- 23 dans des services coordonnées? si oui, lesquels?

La domanda confonde. Il modello I parte dalla premessa che oggi non sono necessari ulteriori provvedimenti organizzativi (cfs. pag. 28 del rapporto, versione tedesca); la domanda viene però posta in riferimento a questa necessità. La Commissione ritiene comunque che un cambiamento non possa esaurirsi nella modificazione delle condizioni marginali, tali il finanziamento, la propaganda, ecc. Per motivare maggiormente le donne alla partecipazione volontaria al SCF, alla Croce Rossa e alla Protezione civile, è indispensabile ristrutturare questi servizi.

- 21 La Commissione ha già accennato al punto II domanda 6 che la creazione di nuovi servizi sarebbe auspicabile e che potrebbe tradursi in una migliore motivazione e un maggiore impegno delle donne in seno alla difesa globale
- 22 Nuovi servizi dovrebbero essere creati in tutti i settori della politica di sicurezza. Essi non dovrebbero riferirsi solo in modo difensivo alle minacce esistenti o possibili, bensì avere an-

(Questioni della consultazione)

- 24 dans d'autres domaines/institutions?
si oui, lesquels?
- 25 L'institution éventuelle, respectivement la mise en application de cette extension, devrait-elle incomber:
- à la Confédération
 - aux cantons
 - aux communes?

- 3 Instruction facultative
Conviendrait-il de créer des cours d'instruction facultatifs:
- 31 A l'intention des femmes exerçant une profession d'importance déterminante pour la survie en situations de détresse et de guerre?
- 32 A l'intention des femmes ayant exercé une telle profession?
- 33 A l'intention d'autres catégories de femmes? Si oui, lesquelles?
- 34 A qui:
- Confédération
 - cantons
 - communes
- devrait incomber la responsabilité des cours que vous préconisez?

(Risposta della Commissione)

che un orientamento preventivo a tutela della pace. Come già detto, le donne devono poter partecipare alla concezione di tali servizi. Nell'ambito di questa consultazione non è ancora possibile presentare un progetto più concreto.

- 25 Questa domanda - come d'altronde le domande 34, 52, 64 - astratta come è, non può avere una risposta conclusiva. Comunque, per ogni nuovo servizio da creare, devono essere rispettati, nella misura del possibile, i seguenti principi: le basi legali - perlomeno la legge quadro - debbono essere regolate a livello federale in collaborazione con le donne e le organizzazioni femminili; la responsabilità dell'applicazione dovrebbe trovarsi il più vicino possibile alla popolazione direttamente interessata - cioè: comuni, cantoni, eventualmente addirittura enti privati (Croce Rossa, associazioni professionali, ecc.). Trattandosi di un compito pubblico, è l'ente pubblico che dovrebbe assumere il finanziamento
- 31 La Commissione appoggia questa proposta
- 32 a condizione che sia indirizzata a tutte le persone, tuttora attive o che furono attive, in determinate professioni, e non solo al personale femminile.
- 33 Non risulta chiaro per quali compiti si vorrebbe offrire un addestramento volontario a quali gruppi di donne. Le possibilità di formazione elencate nel rapporto (pag. 29, versione tedesca) non dovrebbero né essere limitate alle donne né, in questa forma generica, essere limitate a determinati gruppi di donne, bensì essere offerte a tutta la popolazione civile adulta non soggetta ad altri servizi. Per quanto riguarda il settore professionale, è importante ricordare la necessità di badare, già in tempo di pace, a una ripartizione equilibrata dei posti quadro tra persone soggette e persone non soggette al servizio.
- 34 Cfr. la domanda 25: legislazione di competenza della Confederazione, finanziamento assicurato dall'ente pubblico, applicazione decentralizzata, as-

(Questioni della consultazione)

(Risposta della Commissione)

sicurata eventualmente addirittura da organismi privati, p.es. associazioni professionali.

- 4 Enseignement scolaire obligatoire
- 41 Approuveriez-vous l'institution d'un enseignement scolaire obligatoire en matière de politique de sécurité et de défense générale?
- 42 Si oui, faudrait-il charger la Confédération d'instaurer cet enseignement?
- 5 Services d'instruction obligatoires
Si, en répondant à la question 5, vous avez rejeté le principe du volontariat pour la préparation des femmes aux situations de détresse et de guerre, vous êtes prié(e) de répondre aux questions ci-après:
- 51 Approuveriez-vous l'instauration de services d'instruction obligatoires pour les femmes qui ne demandent pas à être incorporées dans des institutions concourant à la défense générale?
- 52 Si vous préconisez des services d'instruction obligatoires, leur instauration respectivement leur exécution devrait-elle incomber:
- à la Confédération
 - aux cantons
 - aux communes?

- 41 Un'istruzione speciale sulla politica di sicurezza e la difesa globale non è auspicabile nell'ambito dell'obbligo scolastico. La Commissione ritiene però che, la scuola dell'obbligo, dispensando l'istruzione in altre materie, debba maggiormente avvicinare i giovani alla comprensione dei problemi internazionali del nostro tempo, della problematica dei paesi emergenti, dell'inviolabilità della dignità della persona ed educarli al rispetto dei diritti umani, ecc. Uno degli obiettivi dell'apprendimento dovrebbe essere di sviluppare la capacità di risolvere conflitti - anche nel proprio ambito ristretto - senza ricorso alla violenza e di esercitare la tolleranza e la comprensione verso chi la pensa diversamente.

42 E' fuori causa.

- 51 La Commissione approva un addestramento obbligatorio per tutte le persone non incorporate in un servizio della difesa globale. All'ulteriore popolazione civile, p.es. gli stranieri, deve essere consentito l'accesso su base volontaria nella misura in cui la formazione prepara alla sopravvivenza in caso di crisi e catastrofi, alla vita nel rifugio, alla protezione AC, al pronto soccorso, ecc.

52 Cfr. la domanda 25.

(Questioni della consultazione)

- 6 Obligation de servir pour les femmes de certaines profession
Si, en répondant à la question 5, vous avez réjeté le principe du volontariat pour la participation de la femme à la défense générale, vous êtes prié(e) de répondre aux questions ci-après:
- 61 Approuveriez-vous l'instauration d'une obligation de servir (de caractère purement civil) pour les femmes exerçant une profession d'importance déterminante en situations de détresse et de guerre (santé publique, défense nationale économique, instruction et administration publiques)?
- 62 Approuveriez-vous aussi la mesure ci-dessus pour les femmes ayant cessé d'exercer une telle profession?
- 63 Si vous avez répondu oui à la question 62 ci-dessus, approuveriez-vous l'instauration de cours de rafraîchissement pour ces femmes?
- 64 L'instauration, respectivement l'application de l'obligation de servir pour les femmes de certaines professions, si vous en approuvez le principe, devrait-elle incomber:
- à la Confédération
- aux cantons
- aux communes?
- 7 Obligation générale de servir (service unique pour l'obtention d'une formation de base)
Si en répondant à la question 5, vous avez rejeté le principe du volontariat pour la participation de la femme à la défense générale, vous êtes prié(e) de répondre aux questions ci-après:
- 71 Approuveriez-vous l'instauration d'une obligation générale de servir en matière de défense générale, comportant un seul service de formation initiale (pas de services répétés) et du service actif éventuel?

(Risposta della Commissione)

- 61 Questa proposta non può essere approvata.
- 62 La scelta di una professione non può avere come conseguenza l'obbligo di servire nell'ambito della difesa globale. Ciò rappresenta un onere troppo gravoso per i lavoratori di determinate categorie rispetto agli altri e, inoltre, si arrischia così di incidere negativamente sulla motivazione che porta a tali professioni - importanti per la sopravvivenza anche in periodo di pace. Sarebbe poi quasi impossibile reperire gli ex-lavoratori di queste categorie e "le donne non più attive in tali categorie professionali".
- 71 Questa combinazione non può essere approvata in virtù dei motivi esposti nel rapporto (pag. 35, versione tedesca).

(Questioni della consultazione)

- 8 Obligation générale de servir (avec des services répétés)
- 81 Approuveriez-vous l'institution d'une obligation générale de servir dans le cadre de la défense générale, comportant un service de formation initiale, puis des services répétés ainsi qu'un engagement éventuel en cas de crise ou de catastrophe?

(Risposta della Commissione)

- 81 Quando saranno realizzate le condizioni elencate dalla Commissione - cioè: completa eguaglianza tra donna e uomo nella società, estensione della concezione della difesa globale, eguaglianza in sede di pianificazione e realizzazione della difesa globale come pure in fatto di accesso ai vari servizi - allora non ci si potrà più opporre a un obbligo generale di prestare servizio con ripetuti periodi di servizio esteso, in ossequio all'art. 2 Cost. a tutte le persone adulte di nazionalità svizzera. Per le persone con oneri familiari soggette al servizio dovrebbero comunque essere previste delle dispense. Al momento di rielaborare la concezione, bisognerà inoltre decidere se si vuole mantenere l'obbligo generale di prestare servizio.

(Traduzione: Romana Camani-Pedrina)

Die Tätigkeit der Eidg. Kommission für Frauenfragen im Jahre 1983

1983 ist die Eidg. Kommission für Frauenfragen etwas weniger an die Öffentlichkeit getreten als in vorangehenden Jahren. Hat sie an Schwung verloren? Ist sie geschlagen aus dem "verflixten siebten Jahr" hervorgegangen? Keineswegs. Im Gegensatz zum Vorjahr, als vieles geernet werden konnte, wurde nun wiederum eher gesät, gesetzt und aufgezo-gen. Das UNO-Jahrzehnt der Frauen neigt sich dem Ende zu: es gilt, national und international eine Bilanz über die Veränderungen, die Verbesserungen, schlimmstenfalls über die Verschlechterung oder die Stagnation der Stellung der Frau zusammenzustellen. Diese Fakten müssen erst gesammelt, gesichtet und geordnet werden. Gesichtet und geordnet wurden auch die einzelnen Beiträge zum letzten Teil der Berichterstattung über die Stellung der Frau in der Schweiz: im letzten Jahr konzipiert und in Auftrag gegeben, werden Bundesrat und interessierte Öffentlichkeit 1984 diesen Bericht über die Frauenszene der Schweiz und das Verhältnis der Frauen zu Politik, Medien, Wissenschaft, usw. in Händen halten. Anhand dieser Bestandaufnahme wird sich das Arbeitsprogramm für die nächste Legislaturperiode aufstellen lassen. Der verhältnismässig geringen Öffentlichkeitsarbeit der Kommission in diesem Jahr stehen häufige, grundsätzliche und intensive Diskussionen innerhalb der Kommission gegenüber, die für deren künftige Arbeit von nicht minderer Bedeutung sind.

Wiederum nicht stattgefunden hat der Dialog mit der einsetzenden Behörde, dem Bundesrat. Immer noch fehlt es an einem direkten Feed-back bezüglich der in verschiedenen Berichten formulierten Empfehlungen und bezüglich der frauenpolitischen Linie der Kommission. Beraten -

so wie es im Auftrag der Kommission steht - kann jedoch nur, wer als Gesprächspartner angehört und ernst genommen wird. Eine echte Auseinandersetzung über die Arbeit der Kommission steht jedoch noch aus. Immerhin fand ein erster Kontakt mit dem neuen Departementschef, Herrn Bundesrat Egli, statt.

Anders in der Beziehung zur Öffentlichkeit: die Berichte "Biographien und Rollennorm" und "Gewalt an Frauen in der Schweiz" haben auch noch 1983 nachgewirkt und wurden in Frauen- und anderen Kreisen intensiv diskutiert.

1 Sitzungen

11 Plenarsitzungen

Die Intensität der Kommissionsarbeit lässt sich auch an der Zahl der Plenarsitzungen ablesen: an insgesamt sieben Sitzungstagen (7.2. / 31.5. / 20.6. / 26.8. / 22.-23.9. / 30.11.) wurden folgende Themen diskutiert: Gesamtverteidigung und Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung; die heute bestehenden Frauenorganisationen und ihre Geschichte; Verhältnis und Funktion der Frauen in der Politik, in den Medien, in der Wissenschaft, usw., dazu im Rahmen der Konsultationsverfahren die Vorschläge zur Revision bzw. Teilrevision der gesetzlichen Grundlagen zu den politischen Rechten der Auslandsschweizer sowie der Begrenzung der Zahl der erwerbstätigen Ausländer in der Schweiz.

12 Arbeitsgruppen

Zur Vorbereitung der Stellungnahme der Kommission zur Frage des Einbezuges der Frauen in die Gesamtverteidigung fand sich ein 7-köpfiger ad-hoc-Ausschuss zu insgesamt vier Sitzungen zusammen.

2 Publikationen

21 Lexikon "Ausgelaugt bis Zärtlichkeit"

Bei der Erstaussgabe des Lexikons wurde in Aussicht gestellt, dieses in Form einer Loseblattsammlung ständig zu ergänzen und auf weitere Stichwörter auszudehnen. Es hat sich aber herausgestellt, dass der Aufwand für ständige Nachlieferungen zu gross ist, als dass dieses Versprechen eingelöst werden könnte. Eine neue Durchsicht der ursprünglich im Vorfeld der Abstimmung über den Verfassungszusatz "Gleiche Rechte für Mann und Frau" zusammengestellten Fakten zur Emanzipation von Mann und Frau zeigte, dass - neben der Aufnahme neuer Stichwörter - viele Grundlagen geändert hatten und mittlerweile neues Zahlenmaterial zugänglich geworden war. Eine Neuauflage drängte sich auf. Es wurde versucht, den aktuellen Stand der Diskussionen, Revisionen und Statistiken einzuarbeiten - im Wissen um die erneute Kurzlebigkeit dieser Gültigkeiten. In dem anfangs Oktober der Öffentlichkeit vorgestellten neuen Lexikon (das zum Preis von 10 Franken bei der EDMZ, 3000 Bern, zu beziehen ist) steht nun wiederum viel Wissenswertes zu rund 150 Begriffen. Neu ist die französische Uebersetzung, die den Titel "d'Adaptation à Zèle" trägt. Auch die neue Auflage des Lexikons trifft auf reges Interesse.

22 Wegweiser zu Beratungsstellen

Das im letzten Jahr versprochene Verzeichnis der Beratungsstellen liegt nun vor. Es listet - nach Kantonen und Ortschaften geordnet - die in Städten und Dörfern Frauen zur Verfügung stehenden Beratungsstellen nach ihren Schwerpunkten auf. Schwerpunkte sind z.B. Rechtsprobleme, Budgetfragen, Auskünfte zu Familienplanung und Sexualität. Es ist zu hoffen, dass der Wegweiser im Laufe der Zeit in Zusammenarbeit mit den Beraterinnen, Beratern und der Ratsuchenden ergänzt und vervollständigt werden kann und so zu einer unentbehrlichen Hilfe für jede Frau wird. Der Wegweise kann - solange Vorrat - gratis beim Sekretariat der Kommission bezogen werden.

23 F-Frauenfragen

Das Bulletin ist 1983 in zwei Nummern erschienen. Eine zusätzlich geplante Nummer, in welcher von kompetenter Seite auf Einzelheiten der Folgerungen von "Biographien und Rollenorm" hätte eingegangen werden sollen, fiel ins Wasser, weil die versprochenen Beiträge wegen Ueberlastung der Autoren und Autorinnen nicht eintrafen. Dazu kommt, dass die Kapazität des Sekretariates durch andere, "im Hause" gemachte Arbeiten (Lexikon, Beratungsstellen-Verzeichnis) ausgelastet war. Die Themen der Bulletins 1/83 und 2/83 waren: Namensrecht der verheirateten Frau, Teilzeitarbeit, Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung, Frauen und Männer in den Medien, entwicklungspsychologische Aspekte der Wertverteilung zwischen den Geschlechtern. Regelmässig erscheinen dazu die Ueberblicke über das frauenrelevante Geschehen im eidgenössischen und in den kantonalen Parlamenten sowie die Chronik der laufenden Ereignisse, die nun endlich auch ihr welsches Pendant gefunden hat.

24 Pressemappe / Dokumentationsstelle

Die monatlich von der Dokumentationsstelle für Frauenfragen zusammengestellte Pressemappe hat sich als ein ausserordentlich nützlich Arbeitsinstrument herausgestellt. Die Dokumentationsstelle selbst hat weiterhin ihren Bestand an Publikationen zu Frauenfragen, zur rechtlichen und gesellschaftlichen Situation der Frauen, zu Politik, Sexualität und Feminismus usw. erweitert. Die Bücher und Broschüren sind an Ort und Stelle einzusehen, können ausgeliehen werden oder werden auf Wunsch auch zugesandt.

3 Stellungnahmen

31 Politische Rechte der Auslandschweizer

Die Kommission konnte dem Vorschlag des Eidg. Departementes für auswärtige Angelegenheiten zustimmen, in Zukunft allen Auslandschweizern und -schweizerinnen die Möglichkeit zuzugestehen, brieflich über eidgenössische Vorlagen abzustimmen. Dies war bislang nur den im Ausland im Einsatz stehenden Beamten und Angestellten

des Bundes möglich gewesen. Damit waren namentlich deren Ehegatten diskriminiert worden, die ja in den meisten Fällen ebenfalls ihren Wohnsitz ins Ausland verlegt haben dürften.

32 Fremdarbeiterregelung 1983/1984

In der Teilrevision der Verordnung des Bundesrates über die Zahl der erwerbstätigen Ausländer wird neu vorgesehen, dass volljährige ausländische Kinder von Schweizern oder Schweizerinnen unter die Begrenzungsmassnahmen fallen. Die Kommission hat sich dieser Bestimmung widersetzt in der Auffassung, dies diskriminiere in erster Linie die Kinder einer mit einem Ausländer verheirateten Schweizerin. Da die mit einer Ausländerin verheirateten Schweizer ihr Bürgerrecht automatisch auf ihre Kinder übertragen, wird die oben genannte Konstellation (Ehe einer Schweizerin mit einem Ausländer) diejenige sein, wo die neue Regelung am häufigsten spürbar wird. Die dadurch entstehende faktische Ungleichbehandlung von Frau und Mann kann die Kommission nicht gutheissen. (Die neue Bestimmung wurde aufgrund der Vernehmlassung gestrichen).

33 Einbezug der Frau in die Gesamtverteidigung

Wie auch die Zahl der Sitzungen, die für die Erarbeitung dieser Stellungnahme eingesetzt wurde, zeigt, hat sich die Kommission ihre Arbeit nicht leicht gemacht. Die Grundsätze der Stellungnahme sind die folgenden: Die Ausgangssituation für die Vernehmlassung basiert im wesentlichen auf den bestehenden und zu erwartenden Bestandeslücken in den Diensten der Gesamtverteidigung. Dies geht auch daraus hervor, dass bei den einzelnen im Bericht Meyer vorgeschlagenen Modellen dieses Kriterium bei der Abwägung der Vor- und Nachteile immer wieder herangezogen wird. Gleichberechtigung auf der einen Seite - Bestandeslücken auf der andern: die beiden Ausgangspositionen lassen sich in der vorgesehenen Form kaum zur Deckung bringen. Wenn es in erster Linie darum gehen soll, Frauen in entstehende Lücken einzusetzen, kann nicht mehr von Gleichberechtigung gesprochen werden, sondern muss dies als erneute Dis-

kriminierung der Frauen gewertet werden. Die Kommission steht zur bewaffneten Neutralität der Schweiz; sie ist der Ansicht, die damit verbundenen Aufgaben lägen in der Verantwortung von Frau und Mann. Allerdings ist die Kommission der Ansicht, die heute vorgesehenen Mittel und Dienste genügen zum Erreichen der sicherheitspolitischen Ziele der Schweiz nicht und müssten - unter paritätischer Mitarbeit der Frauen - neu gestaltet und ergänzt werden. Solange diese Gleichberechtigung weder im Bereich von Sicherheitspolitik und Gesamtverteidigung noch in den übrigen gesellschaftlichen Bereichen realisiert ist, sollten Frauen keiner obligatorischen Dienstpflicht unterstellt werden. Nichts einzuwenden ist jedoch gegen eine Erweiterung des Angebotes an freiwilligen Dienstleistungen sowie gegen eine obligatorische Ausbildung im Verhalten im Kriegs- und Katastrophenfall, der sich jedoch alle erwachsenen Schweizer und Schweizerinnen, die in keinem Dienst im Rahmen der Gesamtverteidigung eingeteilt sind, unterziehen sollten.

4 Verschiedenes

41 UNO-Weltaktionsplan zur Besserstellung der Frauen - Motion "Gleiche Rechte für Mann und Frau"

Die aufgrund des UNO-Weltaktionsplanes zur Besserstellung der Frau bei Parteien, Verbänden, Gewerkschaften und in Erfüllung der parlamentarischen Motion in Zusammenarbeit mit dem EJPD bei den Kantonen durchgeführte Umfrage zur heutigen Situation der Frauen und zu den Zielsetzungen im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter ist im Laufe des Sommers abgeschlossen worden. Die Unterlagen sind nicht durchwegs gleich informativ, sie spiegeln dazu die unterschiedliche Bereitschaft, die Diskriminierung der Frauen wahrzunehmen und zu beseitigen. Trotzdem wir die Kommission versuchen, zur Vorbereitung und zu Handen der UNO-Weltfrauenkonferenz von 1985 dem Ist-Zustand einen Soll-Zustand entgegenzusetzen und die einzelnen Fortschritte aufzulisten.

42 Zusammenkünfte

Speziell im Zusammenhang mit der laufenden 10. AHV-Revision, die ihr ursprüngliches Versprechen, Änderungen zugunsten der

Frauen vorzunehmen, nur teilweise einzulösen im Begriffe ist, fanden Zusammenkünfte mit der Spitze der AUF (Arbeitsgemeinschaft unverheirateter Frauen) sowie den Präsidentinnen der übrigen Frauen-Dachverbände statt. Es herrschte Einigkeit darüber, dass der von der AHV-Kommission vorgelegte Entwurf nicht akzeptierbar sei und dass man sich zur Erarbeitung neuer Vorschläge zusammensetzen müsse. Der Entwurf hatte im wesentlichen auf Kosten des Rentenalters 62 für Frauen ein flexibles Rentenalter für Mann und Frau unter denselben Bedingungen vorgehen. Auf die Postulate der Frauen, beide Geschlechter sowohl in bezug auf Prämien als auch in bezug auf die Leistungen gleich zu stellen, war er nur sehr beschränkt eingegangen.

43 Mitwirkung

Da die Arbeiten an der 10. AHV-Revision immer noch andauern, besteht die eigens dazu zusammengesetzte Sonderkommission weiterhin. Die Kommission ist mit vier Personen darin vertreten, die versuchen, zusammen mit anderen Mitgliedern, der schwierigen Situation einige frauenfreundliche Entscheide abzutrotzen.

Trotz Abschluss des Berichtes "Meyer" zum Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung besteht die dafür zuständige Arbeitsgruppe weiter. Die Kommission wird darin durch ihre Präsidentin und durch ein ehemaliges Mitglieder vertreten. Die Arbeitsgruppe soll 1984 die zahlreich eingegangenen Vernehmlassungen auswerten.

Die Kommission hat sich mit den Frauen-Dachverbänden zu einer Trägerschaft zusammengeschlossen, die gemeinsam - aufgrund bestehender Projekte einer privaten Beratungsgemeinschaft - eine Ausstellung ausarbeiten, die in leicht fassbarer und verständlicher Form die Problematik und die Zwiespältigkeit des weiblichen Lebenszusammenhanges, die Diskrepanz zwischen dem "offiziellen" Bild der Frau und den verschiedenen Realitäten aufzeigen soll. Die Ausstellung soll an der MUBA 1984 erstmals gezeigt werden und wird darauf den interessierten Sektionen der Frauenorganisationen und anderen Gruppen zur Verfügung gestellt.

Der Kontakt zwischen der Kommission und internationalen Gremien, die sich mit Frauenfragen befassen, ist insofern gewährleistet, als beim Europarat die Kommissionssekretärin die Schweiz im Comité pour l'égalité entre les femmes et les hommes (CAHEM) und im Comité d'experts sur la situation des femmes dans la vie politique (DH-WPP) vertritt. Im Juni hatte in Strassburg ein gemeinsam von CAHEM und Comité directeur sur les moyens de communication de masse (COMM) organisiertes Seminar zu "la contribution des medias à la promotion de l'égalité entre les femmes et les hommes" stattgefunden, an welchem ein Mitglied der Kommission teilnahm.

* * *

Programm 1984

Teil IV des Berichtes über die Stellung der Frau in der Schweiz

Da nun die einzelnen Teilberichte dieses Bandes vorliegen und diskutiert wurden, wird sich die Kommission als Ergänzung dazu überlegen müssen, welche Folgerungen aus dieser Bestandesaufnahme der Frauenszene sowie des Verhältnisses der Frauen zu organisierten Bereichen des Staates - Politik, Medien, Wissenschaftsbetrieb zu ziehen sind. Der Kommentar wird versuchen, die Schwachstellen in diesen Systemen aufzuzeigen, soweit möglich wird er auch Wege suchen, diese auszumerzen.

Gesundheitszustand der Frauen / Postulat Josi Meier

Nachdem nun über lange Zeit und über verschiedene Quellen versucht worden ist, Daten zum Gesundheitsprofil der Frauen in ihren verschiedenen Lebensformen zusammenzutragen, hat sich gezeigt, dass solche Grundlagen bereits im Rahmen eines Nationalen Forschungsprojektes erhoben wurden. Sie werden nun im Hinblick auf die Diskussion um verschiedene Zweige der Sozialversicherung (AHV, Krankenversicherung usw.) zu beantwortenden Fragen abgerufen und in einem kurzen Bericht zusammengefasst.

Motion "Gleiche Rechte für Mann und Frau"

Bei der parlamentarischen Behandlung der Initiative Gleiche Rechte für Mann und Frau hatte das Parlament - als Ersatz für die im Gegenvorschlag des Bundesrates eliminierte Frist zur Ausmerzung der Ungleichheiten verlangt, dass der Bundesrat in Zusammenarbeit mit der Eidg. Kommission für Frauenfragen einen Katalog der Ungleichheiten im Bundes- und im kantonalen Recht aufstelle und ihn mit einem Rechtsetzungsprogramm ergänze. Der Katalog für das Bundesrecht ist letztes Jahr von der Kommission erstellt worden. Das Bundesamt für Justiz hat diese Vorschläge geprüft und ist daran, mit den betroffenen Aemtern die Umsetzung der Vorschläge vorzunehmen. Für die kantonalen Rechtsordnungen hat das EJPD eine umfassende Umfrage durchgeführt. Die vorhandenen Angaben von Ist- und Soll-Zustand in Bund und Kantonen werden in einem gemeinsam vom EJPD und der Kommission erarbeiteten Bericht publiziert.

UNO-Weltfrauen-Konferenz / UNO-Weltaktionsplan

Die Vorarbeiten zu der dritten, abschliessenden UNO-Weltfrauenkonferenz haben bereits begonnen. Die aufgrund des UNO-Weltaktionsplanes in der Schweiz durchgeführte Umfrage wird auf diesen Zeitpunkt hin ausgewertet und wird - neben oder gemeinsam mit der Gesamtpublikation (vgl. 2) über die Entwicklung in der Schweiz Bericht erstatten.

Gesamtpublikation "Stellung der Frau in der Schweiz"

Seit Beginn der Arbeiten an den Berichten über die Stellung der Frau in der Schweiz sind rund sieben Jahre vergangen. Viele der Grundlagen, die namentlich für den Teil I "Gesellschaft und Wirtschaft" benutzt wurden, haben geändert, Neues ist dazugekommen, als Beispiel allein schon Art. 4 Abs. 2 der Bundesverfassung, der doch langsam seine Kreise in manchen Lebensbereichen zu ziehen beginnt (Erziehung, Arbeit). Anstatt Bericht für Bericht auf seine einzelnen Daten hin zu revidieren, werden nun in einer Gesamtpublikation alle Berichte der Kommission auf die Gültigkeit ihrer Aussagen, ihrer

Folgerungen und Empfehlungen hin überarbeitet. So wird zum Schluss der UNO-Dekade der Frau eine Uebersicht über Bestand und Bewegung der Frauenfrage in der Schweiz vorliegen.

Frauen und Medien

Ausgehend von der Diskussion zu einem der Kapitel in Teil IV des Berichtes über die Stellung der Frau in der Schweiz wurde festgestellt, dass dieses Thema in diesem Rahmen zu wenig umfassend behandelt werden kann. In einem Sonderband soll im Detail auf die Problematik der Frau als Medien-schaffende einerseits und als "Thema" in den Medien andererseits eingegangen werden.

F-Frauenfragen

Das Bulletin wird wieder in der bisherigen Frequenz von mindestens drei Nummern über die Arbeiten der Kommission sowie sonstige Themen berichten.

Uebrig

Unnötig zu betonen, dass die Kommission weiterhin versuchen wird, den Finger am Puls der Zeit zu haben und zu aktuellen Fragen Stellung zu nehmen, Probleme aufzugreifen und gemäss ihrem Auftrag im Bereiche der eidgenössischen Politik an der Erarbeitung von Lösungen mitzuarbeiten. Aktuell wird im Laufe des nächsten Jahres die Diskussion um die Initiative "Recht auf Leben", die wegen ihrer Bedeutung für die Frauen in einer speziellen Arbeitsgruppe der Kommission diskutiert werden soll. Viel liegt der Kommission an der Fortführung der Zusammenarbeit mit anderen Gremien, zuvorderst mit den Frauenorganisationen namentlich im Bereich der Neuerung in der AHV, aber auch mit der Eidg. Kommission für Jugendfragen. Neu aufnehmen möchte die Kommission den Kontakt mit den bisherigen und den neugewählten Parlamentarierinnen und Parlamentariern, die sich speziell für Fragen der Emanzipation von Frau und Mann einsetzen.

L'activité de la Commission fédérale pour les questions féminines en 1983

Au cours de l'année 1983, la Commission fédérale pour les questions féminines s'est un peu moins manifestée au grand public que les années précédentes. A-t-elle perdu de son élan? Est-elle sortie battue de cette "sacrée" septième année? Pas du tout, car contrairement à l'année précédente, où on avait beaucoup récolté, on a plutôt semé et élaboré au cours de 1983. La décennie de la femme des Nations Unies touche à sa fin; il s'agit à présent, tant sur le plan national qu'international, de faire un bilan sur les changements, les améliorations ou au pire, sur les aggravations ou la stagnation de la situation de la femme. Ces faits doivent d'abord être rassemblés, triés et classés. On a également trié et classé les différents articles concernant la dernière partie du rapport de la commission sur la situation de la femme en Suisse: ce rapport conçu et commandé l'année dernière qui informe sur la situation de la femme en Suisse et sur les rapports des femmes avec la politique, les médias, la science etc., sera remis au Conseil fédéral et au public intéressé en 1984. Grâce à cet inventaire, on pourra établir le programme de travail pour la prochaine période législative. Les relations publiques de la Commission ayant été relativement réduites, on s'est d'autant plus concentré cette année sur les discussions de principe fréquentes et intenses au sein de la Commission, dont l'importance n'est certainement pas moindre pour le travail futur de celle-ci.

On a encore regretté le manque de dialogue avec l'autorité qui nous a instituée, le Conseil fédéral. Il manque toujours une réaction directe concernant les recommandations formulés dans les

différents rapports et concernant la ligne de la politique en faveur de la femme suivie par la Commission. On ne peut cependant conseiller - ce qui a été demandé à la commission - que si on est écouté et pris au sérieux en tant que véritable partenaire. Il manque toujours une véritable discussion sur le travail de la Commission. Un premier contact a toutefois déjà eu lieu avec le nouveau chef du Département, Monsieur le Conseiller fédéral A. Egli.

Il n'en va pas de même pour les relations avec le public: les rapports "Biographies et rôle" et "La violence contre les femmes en Suisse" ont continué à susciter des réactions en 1983 et ont été passionnément discutés dans les divers groupes de femmes et autres.

1 Séances

11 Séances plénières

L'intensité du travail de la Commission se voit également dans le nombre des séances plénières: lors de sept journées de séance (7.2. / 31.5. / 20.6. / 26.8. / 22.-23.9. / 30.11.) les thèmes suivants ont été discutés: Défense générale et participation des femmes à la défense générale; les organisations féminines actuelles et leur histoire; les rapports et les fonctions des femmes dans la politique, dans les médias, dans la science etc., ainsi que dans le cadre de la procédure de consultation, les propositions pour la révision resp. la révision partielle des principes juridiques concernant les droits politiques des Suisses à l'étranger, ainsi que la limitation du nombre des étrangers travaillant en Suisse.

12 Groupes de travail

Afin de préparer la prise de position de la Commission face à la question de la participation des femmes à la

défense générale, un comité ad-hoc de 7 membres s'est réuni en 4 séances.

2 Publications

21 Lexique "d'Adaptation à Zele"

Lors de la première publication de ce lexique, on avait envisagé de le compléter régulièrement sous forme de feuilles détachées et de l'étendre à d'autres mots-clés. Il s'est cependant révélé qu'il s'agissait d'un trop grand travail pour continuellement adapter cet ouvrage. Un nouvel examen des données qui avaient à l'origine été réunies pour la votation sur l'additif constitutionnel de l'Egalité des sexes, a montré que - en-dehors des nouveaux mots-clés - bien des données fondamentales avaient changé et qu'on disposait également de nouveaux chiffres. Une réimpression s'imposait donc. On a essayé d'y inclure la situation actuelle en ce qui concerne les discussions, les révisions et les statistiques - en étant toutefois conscient de la courte validité de ces données. Dans le nouveau lexique présenté début octobre 1983 au public (que l'on peut obtenir à l'Office fédéral des imprimés et du matériel, 3000 Berne), on trouve la description et le commentaire sur env. 150 termes. Il existe à présent aussi une traduction française qui porte le titre "d'Adaptation à Zèle". La nouvelle édition du lexique est de nouveau très appréciée par le public.

22 Index des services de consultation pour femmes

L'index des services de consultation pour femmes, promis l'année passée, a maintenant paru. On y trouve - par ordre des cantons et des localités - les services de consultation auxquels peuvent s'adresser les femmes dans les villes et les villages, en citant leurs "spécialités", par ex. les problèmes juridiques, les questions de budget, les renseignements sur le planning familial et la sexualité. On espère que cet index pourra progressivement être complété en collaboration avec les conseillères, les conseillers et les personnes qui

cherchent de l'aide et de l'information, pour devenir ainsi un outil indispensable pour chaque femme. L'index peut être obtenu gratuitement auprès du secrétariat de la Commission (jusqu'à épuisement du stock).

23 Questions au féminin

Deux numéros ont paru en 1983. Un numéro supplémentaire qui était prévu et dans lequel des personnes compétentes devaient se prononcer en détail sur les conclusions de "Biographies et rôle" n'a pu être réalisé, étant donné que les auteurs des articles promis étaient surchargés de travail. En outre, la capacité du secrétariat était bloquée par d'autres travaux "maison" (lexique, index des services de consultation pour femmes). Les thèmes des bulletins 1/83 et 2/83 étaient: Règlementation du nom dans le futur droit du mariage, travail à temps partiel, participation des femmes à la défense générale, femmes et hommes dans les médias, aspects psychologiques et évolutifs dans la répartition des valeurs entre les sexes. Régulièrement, il paraît aussi le résumé des délibérations de l'Assemblée fédérale et la liste des interventions dans les parlements cantonaux sur les questions féminines, ainsi qu'une chronique des événements courants: l'Actualité au féminin.

24 Dossier de presse / Service de documentation

Le dossier de presse établi chaque mois par le service de documentation pour les questions féminines, s'est révélé comme un instrument de travail extrêmement utile. Le service de documentation a d'ailleurs élargi son choix de publications sur les questions féminines, sur la situation juridique et sociale des femmes, sur la politique, la sexualité et le féminisme, etc. Les livres et les brochures peuvent être consultés sur place ou empruntés, et seront même envoyés sur demande.

3 Prises de position

31 Droits politiques des Suisses de l'étranger

La Commission a pu approuver la proposition du Département fédéral des affaires étrangères, de permettre à l'avenir à tous les Suisses et à toutes les Suissesses de l'étranger, de voter par correspondance sur les projets de loi fédérales. Jusqu'à présent, seuls les fonctionnaires et employés de la Confédération en poste à l'étranger bénéficiaient de cette possibilité. Leurs épouses notamment étaient alors discriminées, car dans la plupart des cas, elles avaient également établi leur domicile à l'étranger.

32 Règlement des travailleurs étrangers 1983/1984

Dans la révision partielle de l'ordonnance du Conseil fédéral sur le nombre des étrangers travaillant en Suisse, on prévoit une nouvelle disposition, selon laquelle les enfants étrangers adultes d'un Suisse ou d'une Suissesse tombent sous le coup des mesures de limitation. La Commission s'est opposée à cette disposition, estimant qu'elle discriminait avant tout les enfants d'une Suissesse mariée à un étranger. Etant donné que les Suisses mariés à une étrangère transmettent automatiquement leur droit de cité à leurs enfants, la situation ci-dessus (mariage d'une Suissesse avec un étranger) sera celle, où le nouveau règlement se fera le plus sentir. L'inégalité de traitement de fait des hommes et des femmes ne peut pas être approuvée par la Commission. (Suite à la consultation, la nouvelle disposition a été supprimée).

33 Participation de la femme à la défense générale

La Commission n'a pas émis cette prise de position à la légère, comme le montre d'ailleurs le nombre des séances qui ont eu lieu pour l'élaborer. Les principes de la prise de position sont les suivants: La situation de départ pour la consultation est basée avant tout sur les pénuries de personnel existantes et futures dans les services de la défense générale. Cela ressort également du fait que dans les diffé-

rentes modèles proposés par le rapport Meyer, ce critère est toujours mentionné dans l'évaluation des avantages et désavantages. Egalité des sexes d'une part - pénuries d'effectifs d'autre part: les deux positions de départ ne peuvent guère être conciliées dans la forme prévue. S'il s'agit avant tout de placer des femmes dans les brèches qui se créent au fur et à mesure, on ne peut plus parler d'égalité des sexes, mais plutôt d'une nouvelle discrimination des femmes. La Commission soutient la neutralité armée de la Suisse; elle est d'avis que les tâches qui en découlent doivent être attribuées aux hommes et aux femmes. La Commission pense cependant que les moyens et les services actuellement prévus pour atteindre les buts de la politique de sécurité de la Suisse ne suffisent pas et qu'il faudrait les élaborer et les compléter - en collaboration paritaire avec les femmes. Tant que cette égalité n'est réalisée ni dans le domaine de la politique de sécurité et de la défense générale, ni dans les autres domaines sociaux, les femmes ne devraient pas être soumises à une obligation de servir. Aucune objection n'est cependant faite à un élargissement de l'offre de services volontaires, ainsi qu'à une instruction obligatoire concernant le comportement en situations de détresse et de guerre, à laquelle devraient se soumettre tous les Suisses et les Suissesses adultes qui ne font partie d'aucun service dans le cadre de la défense générale.

4 Divers

41 Plan d'action mondiale des Nations Unies pour une meilleure situation de la femme - motion "Egalité des droits entre hommes et femmes"

L'enquête entreprise à la suite du plan d'action mondiale des Nations Unies pour une meilleure situation de la femme auprès des partis, des associations, des syndicats, et effectuée - suite à la motion parlementaire - en collaboration avec le Département fédéral de justice et police auprès des cantons, concernant la situation actuelle des femmes et les buts dans le domaine de

de l'égalité des sexes, a été terminée dans le courant de l'été. Toutes ces informations ne se valent cependant pas, et celles reflètent en outre les dispositions divergentes qu'il y a, de percevoir la discrimination des femmes et de la supprimer. Malgré tout, la Commission tentera, à l'intention et pour la préparation de la Conférence mondiale des femmes des N.U. de 1985, d'opposer la situation actuelle à la situation voulue et d'énumérer les différents progrès.

42 Réunions

Des réunions ont eu lieu avec la présidence de la AUF (Arbeitsgemeinschaft unverheirateter Frauen - communauté de travail des femmes célibataires), ainsi qu'avec les présidentes des autres organisations féminines, concernant la 10e révision de l'AVS qui ne tient que partiellement compte des promesses qui avaient été faites, de procéder à des modifications en faveur des femmes. D'un commun accord, il a été décidé que le projet soumis par la commission de l'AVS n'était pas acceptable et qu'il fallait se réunir pour élaborer de nouvelles propositions. Le projet avait prévu notamment, en contrepartie de l'âge de la retraite de 62 ans pour les femmes, un âge de la retraite flexible pour les hommes qui tendaient à mettre les deux sexes sur un pied d'égalité, tant pour les primes que pour les prestations, n'ont été que partiellement pris en considération.

43 Participation

Etant donné que les travaux pour la 10e révision de l'AVS sont toujours en cours, la commission spéciale instituée à cet effet continue à exister. La Commission y est représentée avec 4 personnes qui tentent, avec d'autres membres, d'obtenir dans cette situation difficile, quelques décisions favorables aux femmes.

Bien que le rapport "Meyer" sur la participation des femmes à la défense générale soit terminé, le groupe de travail correspondant n'a pas encore été dissous. La Commission y est représentée par sa présidente et par un ancien membre. Le groupe de travail devra en 1984 évaluer les nombreuses prises de position suite à la consultation.

La Commission s'est réunie avec les organisations féminines pour élaborer en commun - en se basant sur des projets existants d'une association privée de consultation - une exposition qui, sous une forme très accessible, montrera les problèmes et les ambiguïtés de la vie des femmes, la divergence entre l'image "officielle" de la femme et les différentes réalités. L'exposition sera montrée pour la première à la Foire d'Echantillons de Bâle 1984 et sera ensuite mise à la disposition des sections intéressées des organisations féminines et d'autres groupes.

Le contact entre la Commission et les instances internationales qui s'occupent des questions féminines est garantie dans la mesure où la secrétaire de la Commission représente la Suisse auprès du Conseil de l'Europe dans le Comité pour l'égalité entre les femmes et les hommes (CAHEM) et le Comité d'experts sur la situation des femmes dans la vie politique (DH-WPP). En juin 1983 a eu lieu à Strasbourg un séminaire organisé conjointement par le CAHEM et le comité directeur sur les moyens de communication de masse (COMM), concernant la "Contribution des médias à la promotion de l'égalité entre les femmes et les hommes", auquel a participé un membre de la Commission.

* * * * *

Programme 1984

Quatrième partie du rapport sur la situation de la femme en Suisse

Disposant des différents rapports partiels de ce volume qui ont été discutés, la Commission devra maintenant réfléchir, quelles conséquences sont à tirer de cet "inventaire" de la situation des femmes ainsi que des rapports des femmes face aux domaines organisés de l'état - politique, les médias, les sciences. Le commentaire essaiera de montrer les points faibles de ces systèmes en cherchant aussi, dans la mesure du possible, à les éliminer.

Etat de santé des femmes / postulat Josi Meier

Après avoir tenté depuis longtemps et par plusieurs sources, de récolter des données sur la santé des femmes dans leurs différentes formes de vie, il s'est révélé que de telles données avaient déjà été réunies dans le cadre d'un projet du Fonds national de la recherche. Elles seront ressorties en vue de la discussion sur les différentes branches de l'assurance sociale (AVS, assurance-maladie etc.) et résumées dans un bref rapport.

Motion "Egalité des droits entre hommes et femmes"

Lors de la discussion parlementaire de l'initiative "Egalité des droits entre hommes et femmes", le parlement - pour compenser dans le contre-projet du Conseil fédéral l'élimination du délai pour supprimer les inégalités - avait demandé que le Conseil fédéral, en collaboration avec la Commission fédérale pour les questions féminines, établisse un catalogue des inégalités dans le droit fédéral et cantonal, en le complétant par un programme de législation. Le catalogue pour le droit fédéral a été élaboré l'année dernière par la Commission. L'Office fédéral de la justice a examiné ces propositions et est en train de les concrétiser avec les autorités concernées. En ce qui concerne les droits cantonaux, le Département fédéral de justice et police a entrepris une importante enquête. Les indications sur l'état actuel et sur l'état voulu au niveau de la Confédération et des cantons seront publiées dans un rapport élaboré conjointement par le DFJP et la Commission.

Conférence mondiale des femmes des N.U. / Plan d'action mondiale des N.U.

Les travaux préliminaires pour les troisième et dernière Conférence mondiale des femmes des N.U. ont déjà commencé. L'enquête entreprise en Suisse à la suite du plan d'action mondiale des N.U. sera évaluée jusque là et rendra compte - avec ou à côté de la publication d'ensemble (voir 2) - de l'évolution en Suisse.

Publication d'ensemble "Situation de la femme en Suisse"

Environ 7 années ont passé depuis le début des travaux sur les rapports concernant la situation de la femme en Suisse. Bien des éléments qui ont servi notamment pour la première partie "Société et économie", ont changé, de nouveaux éléments s'y sont ajoutés, par exemple l'art. 4 al. 2 de la Constitution fédérale qui, dans de nombreux domaines de la vie, commence quand même à montrer ses effets (éducation, travail). Au lieu de réviser les différentes données de chaque rapport, on réexaminera dans une publication d'ensemble tous les rapports, en se concentrant sur la validité actuelle des constatations, conclusions et recommandations. Ainsi, on disposera à la fin de la décennie de la femme des N.U., d'une vue d'ensemble sur la situation et l'évolution des questions féminines en Suisse.

Femmes et médias

Partant de la discussion concernant un des chapitres de la quatrième partie du rapport sur la situation de la femme en Suisse, on a constaté que ce thème n'a pas été traité d'une façon assez complète dans ce cadre. Dans un volume spécial, on étudiera en détail les problèmes de la femme en tant que collaboratrice des médias d'une part, et en tant que "sujet" des médias d'autre part.

F - Questions au féminin

Le bulletin paraîtra de nouveau au moins trois fois et informera sur les travaux de la Commission et sur d'autres sujets.

Divers

Il n'est sans doute pas nécessaire de souligner que la Commission tentera, comme au passé, de garder le contact avec "son temps", de prendre position face à des questions d'actualité, de soulever des problèmes et de collaborer, selon son mandat, dans le domaine de la politique fédérale, à l'élaboration de solutions. La discussion sur l'initiative "Droit à la vie" sera d'une grande actualité au cours de l'année prochaine; étant donné son importance pour les femmes,

l'initiative sera d'ailleurs discutée dans un groupe de travail spécial de la Commission. La Commission tient beaucoup à continuer la collaboration avec d'autres instances, avant tout les associations féminines, notamment dans le domaine de la révision de l'AVS, mais également avec la Commission fédérale pour la jeunesse. La Commission aimerait également reprendre contact avec les anciens et les nouveaux parlementaires qui interviennent tout spécialement dans les questions concernant l'émancipation des femmes et des hommes.

(Traduction: Liliane Vindret-Meier)



Maria Magdalena nennt ihr mich. Ihr sollt mich bei meinem richtigen Namen nennen: Mirjam. In Aramäisch, meiner Muttersprache, bedeutet Mirjam: die Schöne und auch die Bittere. Auf mich trifft beides zu: schön war ich, und viel Bitterkeit war in mir von Jugend auf, bis ich Jeschua traf, und neue Bitterkeit wurde mir zugeteilt, als er getötet wurde. Magdala ist der Name der Stadt, aus der ich stamme. Ein Städtchen im Galil, eine Anhäufung weissgekalkter Steinwürfel, so weiss, dass sie in der Sonne blenden und im Mondschein leuchten. Eine Händlerstadt, eine Stadt der starken Gerüche, Gestank und Duft gemischt: Fischgeruch vom See Kineret her und vom Salzplatz, Durft nach Waren, mit denen mein Vater Grosshandel trieb: Sandelholz, Myrrhe, Balsam, parüfmirtes Olivenöl, dazu der Geruch der Männer, der Händler und Karawanenführer, die aus der Wüste kamen. Wenn der Nordwind wehte, blies er die Luft rein, dann roch die Stadt für eine Weile nach Wüste und nach dem Schnee auf dem fernen Hermon. Meine Heimatstadt. Von den Fischern hat sie ihren alten Namen: Migdal Nunaja, Fischburg. Die Griechen, die in der östlichen Nachbarprovinz lebten, in der Dekapolis, nannten sie Tarichäia, und auch dieser Name hängt mit den Fischen zusammen.

Le attività della Commissione federale per i problemi della donna durante il 1983

Nel 1983 la Commissione federale per i problemi della donna è apparsa in pubblico meno spesso che non negli anni precedenti. Che abbia perso lo slancio? Che sia uscita perdente dal fatidico "settimo anno"? Niente di tutto ciò. Contrariamente all'anno precedente, dove le messi furono abbondanti, l'83 è stato piuttosto l'anno di nuove semine, di trapianti, di coltura delle piantine. Il Decennio della donna indetto dall'ONU sta volgendo al termine: ora occorre fare un bilancio, a livello nazionale e internazionale, dei cambiamenti, dei miglioramenti o, nel peggiore dei casi, del degrado o della stagnazione della posizione della donna. In un primo tempo, questi fatti andranno raccolti, visionati e ordinati. All'elaborazione conclusiva vanno pure sottoposti i contributi per l'ultima parte del rapporto su "La situazione della donna in Svizzera". Concepita e commissionata lo scorso anno, quest'indagine sul mondo femminile svizzero, sul rapporto che le donne hanno con la politica, i mezzi di comunicazione di massa, la scienza, ecc., verrà trasmessa al Consiglio federale e al pubblico interessato entro quest'anno. Sulla base di questo inventario si potrà stabilire il programma per la prossima legislatura. Le rare apparizioni in pubblico della Commissione durante l'83 sono bilanciate da frequenti, intense discussioni interne di portata fondamentale e di grande importanza per l'indirizzo futuro dei lavori commissionali.

Anche questa volta non c'è stato il dialogo con l'autorità che ha creato questa commissione, il Consiglio federale. Manca tuttora quel contatto diretto che consentirebbe di conoscere la reazione alle proposte formulate nei vari rapporti

e anche riguardo alla linea seguita dalla Commissione in fatto di politica femminista. La consulenza - questo è il compito attribuito alla Commissione - può essere praticata solo se si è ascoltati e stimati. Una vera discussione sul lavoro della Commissione non si è comunque ancora avuta. Per lo più, un primo contatto ha avuto luogo con il nuovo Capo di Dipartimento, Consigliere federale A. Egli.

Di tutt'altro genere è il legame con il pubblico: i rapporti "Biografie e ruoli normativi" e "Violenza contro le donne in Svizzera" hanno riscontrato successo anche nel 1983 e sono stati discussi intensamente negli ambienti femminili e in altre cerchie.

1 Sedute

11 Sedute plenarie

L'intensità dei lavori commissionali può essere desunta dalla frequenza delle sedute plenarie: durante le sette riunioni (7.2./31.5./20.6./26.8./22.-23.9./30.11.1983) vennero trattati i temi seguenti: difesa globale e integrazione delle donne nella difesa globale; le odierne organizzazioni femminili e la loro storia; rapporto e funzioni della donna nella politica, nei mass-media, nella scienza, ecc.; inoltre, nell'ambito delle consultazioni, le proposte di revisione, risp. revisione parziale, delle basi legali concernenti i diritti politici degli svizzeri all'estero e la limitazione del numero dei lavoratori stranieri in Svizzera.

12 Gruppi di lavoro

La risposta della Commissione alla consultazione sull'integrazione delle donne nella difesa globale è stata preparata da un gruppo di lavoro ad hoc di 7 persone riunitosi in quattro sedute.

2 Pubblicazioni

21 Lessico "d'Adaptation à Zèle" / "Ausgelaugt bis Zärtlichkeit"

Al momento della pubblicazione del lessico, si era prospettata la possibilità di completarlo continuamente, sotto forma di raccolta di schede sciolte, con l'aggiunta di nuove voci. Ci si è purtroppo dovuti rendere all'evidenza che questo sistema sarebbe troppo dispendioso, motivo per il quale la promessa non può essere mantenuta. D'altronde la revisione di questi fatti concernenti l'emancipazione dell'uomo e della donna - la raccolta era stata realizzata quando ci si preparava a votare sull'articolo costituzionale concernente la parità dei diritti tra uomo e donna - ha mostrato che, oltre alle nuove voci da aggiungere, si sarebbero dovuti correggere molti dati fondamentali, senza contare che, nel frattempo, erano diventati accessibili dati più recenti. Occorreva pertanto pensare a una nuova edizione. Dapprima si dovette analizzare il nuovo livello raggiunto nella discussione della problematica, studiare le revisioni e le statistiche - ben sapendo che anche la validità dei dati più recenti avrebbe la vita breve. Il nuovo lessico, presentato al pubblico all'inizio del mese di ottobre, offre molti spunti interessanti su circa 150 voci. Nuova è la versione francese. Anche la redazione del lessico riscontra un notevole interesse. (Il lessico è ottenibile in francese e tedesco presso l'UCFSM, 3000 Berna, al prezzo di 10 franchi).

22 Repertorio dei consultori

Il repertorio, la cui pubblicazione era stata promessa lo scorso anno, è ora disponibile. In esso si trovano - ordinati secondo i cantoni e le località - i consultori aperti alle donne nelle città e nelle borgate. I consultori sono raggruppati secondo il loro settore di specializzazione, p.es. problemi giuridici, questioni finanziarie, informazioni sulla pianificazione familiare e la sessualità. C'è da sperare che con l'andar del tempo questo repertorio possa essere completato ed esteso in collaborazione con il personale dei consultori e le loro clienti, affinché diventi l'indispensabile compagno

di ogni donna. Fino a esaurimento della scorta, il repertorio può essere richiesto gratuitamente presso la segreteria della Commissione.

23 F - Problemi al femminile

Nel 1983 sono usciti due numeri del bollettino. 'ulteriore numero in programma, nel quale da parte competente si dovevano discutere i dettagli delle conclusioni presentate nel rapporto "Biographien und Rollennorm" / "Biographies et rôle", non è apparso per la semplice ragione che l'eccessivo lavoro non ha permesso alle autrici e agli autori di rispettare la scadenza. A questo va aggiunta l'impossibilità del segretario di svolgere ulteriori lavori, essendo già impegnato con il lessico e il repertorio dei consultori. Fra i temi dei bollettini 1/83 e 2/83 troviamo: il diritto del nome della donna coniugata, il lavoro a tempo parziale, l'integrazione delle donne nella difesa globale, donne e uomini nei mass-media, aspetti dell'ineguale valorizzazione della donna e dell'uomo dal profilo della psicologia evolutiva. Regolarmente appaiono inoltre le panoramiche su quanto avviene di importante per la promozione della donna nei parlamenti federale e cantonali, e la cronaca degli avvenimenti correnti, redatta ora in tedesco e francese.

24 Dossier per la stampa / Centro di documentazione

Il dossier composto mensilmente dal Centro di documentazione per le questioni femminili si è rivelato come un ottimo strumento di lavoro. Quanto al Centro di documentazione, si è di nuovo provveduto ad ampliare lo stock di pubblicazioni riguardanti le questioni femminili, la situazione giuridica e sociale delle donne, la politica, la sessualità, il femminismo, ecc. I libri e gli opuscoli possono essere consultati sul posto, essere richiesti in prestito e anche spediti.

3 Prese di posizione

31 Diritti politici degli svizzeri all'estero

La Commissione ha approvato la proposta del Dipartimento federale degli affari esteri di consentire, in futuro, a tutti gli svizzeri e le svizzere all'estero di votare per corrispondenza in occasione delle consultazioni federali. Finora tale possibilità veniva offerta solo ai funzionari e impiegati federali residenti all'estero; con ciò si discriminavano i loro coniugi che, nella stragrande maggioranza dei casi, avranno pure trasferito il loro domicilio all'estero.

32 Regolamentazione concernente i lavoratori stranieri 1983/84

Con la revisione parziale dell'ordinanza del Consiglio federale concernente il numero dei lavoratori stranieri si intendevano sottoporre i giovani stranieri maggiorenni, figli di svizzeri o svizzere, ai provvedimenti limitativi. La Commissione si è opposta a tale disposizione nell'opinione che questa avrebbe discriminato soprattutto i figli delle donne svizzere coniugate con uno straniero. Siccome gli svizzeri sposati con una straniera trasmettono automaticamente il loro diritto di cittadinanza ai figli, la nuova regolamentazione si sarebbe dovuta applicare principalmente appunto nel caso dei matrimoni tra una svizzera e uno straniero. La disparità di fatto che sarebbe sorta in tal caso non può certo essere approvata dalla Commissione. (Il disposto è stato stralciato in base ai risultati della consultazione).

33 Integrazione delle donne nella difesa globale

Come mostra il numero di sedute necessarie per elaborare la risposta alla consultazione, la Commissione non ha preso il suo compito alla leggera. La risposta si fonda sui seguenti principi. Punto di partenza è la mancanza, attuale e futura, di effettivi nei servizi della difesa globale. Ciò trova conferma nel fatto che per i singoli modelli presentati nel rapporto "Meyer", questo

è il criterio usato per soppesare vantaggi e svantaggi. Parità dei diritti da un lato - mancanza di effettivi dall'altro: due posizioni impossibili da conciliare nel modo previsto. Se il problema è di inserire le donne nei posti che divengono vacanti non si può parlare di eguaglianza, ma si tratta piuttosto di una nuova discriminazione ai danni delle donne. La Commissione approva la neutralità armata della Svizzera e ritiene che i compiti che ne derivano debbano essere affidati alla responsabilità della donna e dell'uomo. La Commissione ritiene altresì che i mezzi e i servizi previsti oggi per realizzare gli obiettivi di politica di sicurezza della Svizzera non siano sufficienti e che debbano essere rielaborati e completati in collaborazione paritetica con le donne. Fintanto che quest'eguaglianza non sarà stata raggiunta, né nell'ambito della politica di sicurezza e della difesa globale né negli altri campi della vita sociale, le donne non dovrebbero essere tenute a prestare un servizio obbligatorio. Nulla da ridire, invece, se vengono aumentate le possibilità di prestare servizio volontariamente, e se viene introdotto un addestramento obbligatorio al comportamento corretto in caso di crisi e di guerra, destinato a tutti gli svizzeri e a tutte le svizzere adulte che non sono incorporati in alcun servizio della difesa globale.

4 Varia

41 Piano d'azione mondiale dell'ONU per la promozione della donna - Mozione "Parità dei diritti tra uomo e donna"

Nel corso dell'estate venne conclusa l'indagine sull'odierna situazione della donna e sugli obiettivi in fatto di parificazione dei diritti, indagine svolta in collaborazione con il DFGP presso i cantoni in base al Piano d'azione mondiale dell'ONU per la promozione della donna nei partiti, nelle associazioni e nei sindacati, e per evadere la mozione parlamentare. I documenti raccolti non hanno tutti lo stesso valore informativo e, inoltre, rispecchiano anche il vario grado di disponibilità a percepire la discriminazione delle donne e a combatterla. Nondimeno la Commissione tenterà

di porre a confronto la situazione effettiva e la situazione auspicabile, dando risalto ai singoli progressi, e ciò in preparazione e all'attenzione della Conferenza mondiale delle donne, indetta dall'ONU per il 1985.

42 Convegni

In relazione con la 10a revisione dell'AVS tuttora in corso - revisione che sta venendo a meno alla promessa di realizzare delle modifiche a favore delle donne - vi sono state delle riunioni con le responsabili dell'AUF (comunità di lavoro delle donne non sposate) e con le presidenti delle altre federazioni mantello femminili. Vigeva unità di vedute sul fatto che il progetto presentato dalla Commissione dell'AVS non sia accettabile, e che ci si debba trovare ancora per elaborare nuove proposte. Il progetto prevedeva essenzialmente che, a spese del limite di 62 anni per le donne, venisse introdotto un limite flessibile quale età per il pensionamento donne e uomini, alle stesse condizioni. Nel progetto si è inoltre tenuto poco conto della richiesta delle donne di parificare ambo i sessi, sia per i premi sia per le prestazioni.

43 Collaborazioni

Poiché la 10a revisione dell'AVS è tuttora in corso, la competente Commissione speciale è ancora in carica. La Commissione per i problemi della donna vi è rappresentata da quattro persone che, unitamente ad altri membri, si sforzano, nonostante la difficile situazione, di stimolare qualche decisione favorevole per le donne.

Benché il rapporto "Meyer" sull'integrazione delle donne nella difesa globale sia concluso, il gruppo di lavoro non viene sciolto. La Commissione vi è rappresentata dalla presidente e da un ex-membro. Nel 1984, il gruppo di lavoro dovrà vagliare le risposte giunte in grande numero per questa consultazione.

La Commissione si è unita con le federazioni mantello delle associazioni femminili per assumere il patronato di un'esposizione da realizzarsi in comune sulla base di un progetto esistente, elaborato

da una comunità di consulenza privata. Scopo dell'esposizione è di presentare in forma chiara e semplice la problematica e le contraddizioni della vita della donna, e la discrepanza tra l'immagine "ufficiale" della donna e le diverse realtà. L'esposizione verrà presentata per la prima volta alla MUBA 1984 e passerà in seguito alle sezioni delle organizzazioni femminili interessate e ad altri gruppi che ne faranno richiesta.

Il contatto tra la Commissione e i gremi internazionali che si occupano dei problemi della donna è assicurato, per il Consiglio d'Europa, dalla segretaria della Commissione, che rappresenta la Svizzera in seno al Comité pour l'égalité entre les femmes et les hommes (CAHEM) e al Comité d'experts sur la situation des femmes dans la vie politique (DH-WPP). Il mese di giugno vi fu a Strasburgo un convegno, organizzato congiuntamente dal CAFEM e dal Comité directeur sur les moyens de communication de masse (COMM), sul contributo dei mass-media alla promozione dell'eguaglianza tra le donne e gli uomini; un membro della Commissione ha partecipato pure a questo seminario.

* * * * *

Programma per il 1984

Parte IV del rapporto su "La situazione della donna in Svizzera"

Ora che ci sono i rapporti parziali di questo volume, e dopo averli discussi, la Commissione dovrà riflettere quali sono le conclusioni che si possono tirare da quest'inventario del vissuto della donna come pure dal rapporto che le donne hanno con i settori organizzati dello Stato, la politica, i mass-media, la scienza. Nel commento si cercheranno di evidenziare i punti deboli di questo sistema e, nella misura del possibile, si studierà il modo di eliminarli.

Lo stato di salute delle donne / Postulato Josi Meier

Dopo che per molto tempo e attingendo a diverse fonti si è cercato di raccogliere

dati sulla salute delle donne nelle varie situazioni della loro vita, ci si è anche accorti che simili dati vengono già elaborati nell'ambito di un progetto di ricerca nazionale. Essi verranno dunque richiesti in previsione della discussione delle questioni legate ai vari rami delle assicurazioni sociali (AVS, assicurazione contro le malattie, ecc.), indi raccolti in un breve rapporto.

Mozione "Parità dei diritti tra uomo e donna"

Al momento del dibattito sull'iniziativa "Parità dei diritti tra uomo e donna" - in sostituzione del termine entro il quale si sarebbero dovute eliminare le disparità, radiato nel controprogetto del Consiglio federale - il Parlamento aveva chiesto che il Consiglio federale, in collaborazione con la Commissione per i problemi della donna, allestisse un elenco delle disparità presenti nel diritto federale e cantonale, completandolo con un programma legislativo. L'anno scorso la Commissione ha compilato tale elenco. L'Ufficio federale di giustizia ha studiato le proposte e sta mettendole in atto con gli uffici competenti. Per quel che concerne invece le legislazioni cantonali, il DFGP ha svolto un'indagine dettagliata. I dati riguardanti la situazione effettiva e quella auspicata per la Confederazione e i cantoni verranno pubblicati in un rapporto edito congiuntamente dal DFGP e dalla Commissione.

Conferenza mondiale delle donne e Piano d'azione mondiale indetti dall'ONU

I lavori preliminari per la terza Conferenza mondiale delle donne, che sarà anche quella conclusiva, indetta dall'ONU, si sono già iniziati. I dati dell'indagine svolta in Svizzera in base al Piano d'azione mondiale dell'ONU verranno spogliati in previsione di questa conferenza e forniranno delle informazioni complementari al rapporto integrale (cfr. 2), in particolare sugli sviluppi avuti in Svizzera.

Rapporto integrale "La situazione della donna in Svizzera"

Sono passati sette anni dall'inizio dei lavori per il rapporto su "La situazione

della donna in Svizzera". Molti dei dati, in particolare quelli usati per il volume I "Società ed economia", sono cambiati, o nuovi fatti sono venuti ad aggiungersi, pensiamo solo all'art. 4 cpv. 2 Cost., del quale pian piano si notano le conseguenze in vari settori della vita sociale (educazione, lavoro). Invece di sottoporre ciascuna parte del rapporto a una minuziosa revisione, tutti i rapporti della Commissione verranno rielaborati, in un testo specifico, per quanto riguarda la validità delle asserzioni, delle deduzioni e delle raccomandazioni presentate. In questo modo, al termine del Decennio della donna indetto dell'ONU, sarà disponibile una panoramica sullo stato e l'evoluzione della questione femminile in Svizzera.

Donne e mass-media

Partendo dalla discussione su uno dei capitoli del volume IV del rapporto su "La situazione della donna in Svizzera", si è constatato che in questo ambito il tema non può essere trattato in modo sufficientemente approfondito. In un ulteriore volume verrà presentata dettagliatamente la problematica della donna attiva nel campo dei mezzi di comunicazione e della donna in quanto "argomento" dei mezzi di comunicazione.

F - Problemi al femminile

Il bollettino informerà, con l'abituale frequenza di tre numeri all'anno, sui lavori commissionali e altri argomenti.

Varia

E' inutile sottolineare che la Commissione seguirà attentamente anche in futuro l'evolversi della situazione, prenderà posizione su questioni attuali, solleverà nuovi problemi e collaborerà, nei termini del compito assegnatole nel campo della politica federale, all'elaborazione delle soluzioni. Nel corso del prossimo anno sarà di interesse immediato la discussione sull'iniziativa "Sì alle vite"; a causa dell'importanza ch'essa riveste per donne verrà discussa da uno speciale gruppo di lavoro della Commissione. La Commissione è sempre molto interessata alla collaborazione con altri gremi, in particolare con le organizzazioni fem-

minili soprattutto per ciò che riguarda le innovazioni nel campo dell'AVS, ma anche con la Commissione federale per le questioni giovanili. Nuova è invece l'intenzione di cercare il contatto con le deputate e i deputati impegnati nel promovimento dell'emancipazione della donna e dell'uomo.

(Traduzione: Romana Camani-Pedrina)



Was wisst ihr von mir? Ihr wisst, was ein paar Männer berichteten, die viel später aufschrieben, was sie hatten sagen hören über die Frau, die ich war. Eine Sünderin sei ich gewesen. So redete es einer dem andern nach. Was meinten sie damit? Was ihr damit meint, ist klar. Redet ihr von einer Sünderin, so meint ihr eine Ehebrecherin oder eine Hure. Ich war nicht das eine nicht das andere. Wie denn kam dieses Bild in die Geschichte?

Zwei Quellen gab es; die eine war ich selbst, denn ich war eine Einzelgängerin, nicht einzuordnen ins Bild von der jüdischen Frau. Als mein Vater starb, war ich sechzehn und nicht verlobt. Eine junge Frau in Jisrael, reich, schön und im Heiratsalter, die daheim sitzt und die Thora lernt wie ein Knabe, und keinen Mann will, das ist in sich schon ein Skandal. Stellte sie sich nicht mutwillig und sündhaft ausserhalb des heiligen Gesetzes, wenn sie sich weigerte, Kinder zu gebären? Hiess das nicht, Jisraels Heil aufs Spiel setzen, indem sie ihren Schoss dem Messias verschloss, den jede Jisraelitin gebären konnte, die aus königlichem Stamme war? So eine war eine Sünderin. Eine Unheimliche war sie auf jeden Fall. Warum war sie unverheiratet? War ein geheimer Makel an ihr?

Der Vatikan und die Frauen -
 Was Feministinnen am neuen kanonischen
 Recht interessieren könnte

von Dr. iur. Gertrud Heinzelmänn

Am 27. November 1983, dem ersten Advents-
 sonntag und zu Beginn des neuen Kirchen-
 jahres ist der neue Codex Iuris Canonici
 (CIC) - Gesetzbuch der römisch-katholi-
 schen Kirche - in Kraft getreten, der
 durch die Apostolische Konstitution*
 "Sacrae disciplinae leges" von Papst
 Johannes Paul II. am 25. Januar 1983
 promulgiert wurde. Derselbe ersetzt den
 alten Codex (promulgiert am Pfingstfest
 1917 durch Papst Benedikt XV., in Kraft
 seit 19.5.1918), welcher als erste Kodi-
 fikation im Stil westlicher Staaten das
 in vielen Rechtsquellen zerstreute Kir-
 chenrecht zusammenfasste. Die Revision
 geht auf die Initiative des Konzilpapstes
 Johannes XXIII. zurück, der am 28.3.1963
 die zunächst aus 30 Kardinälen bestehende
 "Pontifica Commissio Codici Iuris Canoni-
 ci recognoscendo" einsetzte. Erst nach
 Abschluss des Zweiten Vatikanischen Kon-
 zils begann die eigentliche Arbeit auf-
 grund einer richtungweisenden Ansprache
 von Papst Paul VI. vom 20.11.1965, der
 denn auch Fachleute aus aller Welt als
 Konsultoren berief.

Unter den für die Revisionsarbeiten bei-
 gezogenen Konsultoren waren keine Frauen.
 St. Joan's International Alliance (eine
 aus der englischen Stimmrechtsbewegung
 hervorgegangene Organisation katholischer
 Frauen) hat regelmässig anlässlich ihrer
 Delegiertenversammlung mit ihren im Va-
 tikan präsentierten Resolutionen den Bei-
 zug von Frauen verlangt, ferner bezüg-
 lich der Revision die Abschaffung der zu
 Lasten der Frauen bestehenden Diskrimi-
 nierungen sowie die Gleichstellung von

Frauen und Männern im gesamten kirch-
 lichen Bereich inklusive Ordination und
 Amtspriestertum. In Anlehnung an die in
 den westlichen Staaten erreichte Rechts-
 gleichheit sind im neuen CIC can.
 dreissig diskriminierende Vorschriften
 im administrativen Bereich gestrichen
 worden. Unter "laici" schlechthin sind
 Frauen und Männer zu verstehen. Von Be-
 deutung erscheint das grundsätzlich
 allen Laien zustehende Recht (CIC can.
 229), an kirchlichen Universitäten und
 Fakultäten sowie an klösterlichen wissen-
 schaftlichen Instituten Theologie zu
 studieren, akademische Grade zu erwer-
 ben und die theologischen Wissenschaften
 zu dozieren. Nach dem alten CIC can.
 1363 hatten die Bischöfe "filii legitimi"
 (ehelich geborene Söhne) in ihren Semi-
 narien aufzunehmen. Es ist das Verdienst
 der staatlichen deutschen katholisch-
 theologischen Fakultäten, in den Jahren
 nach 1950 Frauen zum Theologiestudium
 zugelassen und gegen 1960 erstmals pro-
 moviert zu haben. Der neue Codex konsoli-
 diert und verallgemeinert diesen Rechts-
 zustand für die Gesamtkirche.

Die im Zusammenhang mit dem neuen Codex
 geäußerte Behauptung, Diskriminierungen
 der Frauen seien nicht festzustellen,
 entspricht in keiner Weise den Tatsachen.
 Die Hoffnungen vieler, dass im Zug der
 Umsetzung der Beschlüsse des Zweiten
 Vatikanischen Konzils in die Praxis
 wenigstens eine Aufwertung der Frauen
 durch die Gleichstellung männlicher und
 weiblicher Laien als Glieder des "Gottes-
 volkes" erfolgen würde, sind längst ent-
 täuscht worden. Mit Gesetzeskraft ze-
 mentiert der neue CIC die gegen ein
 breites Volksempfinden verstossende, vom
 Vatikan seit Jahren forcierte Praxis der
 Diskriminierung weiblicher Laien in
 den liturgischen Diensten. "Viri laici"
 - ausdrücklich nur männliche Laien -
 können nach CIC can. 230 §1 in einer
 eigens dafür vorgesehenen liturgischen
 Feier mit dem Dienst des Lektors (Lesung

*) Vgl. Glossar auf S. 53.

der Epistel und der Fürbitten) und des Akolythen bestellt werden. Wohl können im Notfall alle Laien, wenn weder Lektoren noch Akolythen anwesend sind, den Dienst am Wort und die Fürbitten übernehmen, Taufe und Kommunion spenden. Jedoch nur die Not macht weibliche Laien zu Gleichberechtigten. Es darf mit Genugtuung bemerkt werden, dass in der Schweiz und in Deutschland wenigstens bisher Mädchen als Messdiener (Akolythen) fungieren und Frauen gelegentlich predigen. Die nicht geweihten Pastoralassistenten (Laien) - Frauen und Männer mit theologischer Ausbildung - werden im CIC nicht einmal erwähnt, vermutlich in der seit der holländischen Pastoral-synode greifbaren Befürchtung, es könnten im Laufe der weiteren Entwicklung nicht-geweihte Laien die ordinierten Priester und Diakone unterwandern. Bei wörtlicher Anwendung von can. 764 könnten jene im Normalfall nicht einmal mehr predigen, nur Priester und Diakone sind zugelassen. Bei uns war und ist der Einsatz dieser Pastoralassistenten bisher wesentlich vom jeweiligen Bischof und Pfarrer abhängig.

Doch der Enttäuschungen nicht genug: Zu dem in drei Stufen - Episkopat, Presbyterat und Diakonat - gegliederten "ordo" haben Frauen nach wie vor keinen Zutritt, das Weihesakrament kann auf allen Stufen gültig nur der geweihte Mann empfangen. Der neue can. 1024 wurde textgleich aus dem alten can. 968 übertragen ("Sacram ordinationem valide recepit solus vir baptizatus").

Im Zug der von Papst Johannes XXIII. gewünschten Erneuerung erschien die Öffnung des Diakonats für Frauen durchaus möglich; sie wurde in Deutschland und in der Schweiz im Anschluss an die durchgeführten Synoden mit Laienbeteiligung in Aussicht genommen. Der Beschluss der "Synode 72" von Chur, die Bischofskonferenz möge sich dafür einsetzen, dass auch Frauen die Diakonatsweihe empfangen und so in den kirchlichen Dienst als Diakone berufen werden können, wurde durch die gesamtschweizerische Synode 12.-14.9. 1975 verabschiedet und von der Bischofskonferenz genehmigt. In analoger Weise haben auch die deutsche und die niederländische Synode entschieden.

Die Notlage, welche Frauen als Laien zu Gleichberechtigten mit Männern macht, ist in der dritten Welt, vor allem in Brasilien und anderen Staaten Süd- und Zentralamerikas als Dauerzustand gegeben. Im Zug der propagierten Erneuerung hat schon bald nach Beendigung des Zweiten Vatikanischen Konzils in den Jahren 1966/67 der zuständige Bischof von Natal, Dom Eugenio Sales, erstmals eine Ordensschwester - Irany Vidal Bastos - als Pfarrvikarin von Nizia Floresta (60 km südlich von Natal berufen. Der Erfolg dieses Experimentes, welches mit Wissen und Zustimmung von Papst Paul VI. geschah, war so durchschlagend, dass wenig später, nach seiner Versetzung nach Salvador Bahia, Dom Eugenio Sales weitere Pfarrvikarinnen als Gemeindeführerinnen einsetzte. Als Kardinal-Erzbischof von Rio de Janeiro lässt er heute allein in Rio 25 Gemeinden nach dem Experiment Nizia Floresta durch Schwestern betreuen. Ueberdies hat er die Spanierin Sr. Maria Antonia Azcune Belderrain als Bischofsvikarin zur Koordination der pastoralen Tätigkeit der Schwestern berufen, welche in allen Versammlungen der Weihbischofe und Bischofsvikare das gleiche Stimmrecht wie diese besitzt.

Die trotz prekärer Rechtslage durch die Initiative von Dom Eugenio Sales de facto erfolgte Promotion der Ordensschwestern auf pastoralem Gebiet zeigt, was ein den Frauen wohlgesinnter Bischof aus einer Notlage machen kann. Es gehört zu den längst gewohnten Alltäglichkeiten, dass Schwestern (auch nordamerikanischer und europäischer Herkunft) Gemeinden leiten, taufen, aufgrund einer bischöflichen Trauungsvollmacht die Eheassistenz leisten, kirchliche Begräbnisfeiern und Wortgottesdienste durchführen und wie Pfarrer die katechetische und seelsorgerische Betreuung übernehmen. Ein ambulanter Priester feiert je nach seinem persönlichen Zeitplan gelegentlich oder häufiger in diesen von nicht ordinierten Schwestern geleiteten, bisweilen weit entfernten Gemeinden die Messe und erteilt in der Beichte die sakramentale Absolution, nachdem die Einwohner (Männer und Frauen) sich längst in informellen Beichtgesprächen den von ihnen geliebten

schwwestern die Papstansprache mit einem stehenden Protest begleiteten und die Präsidentin der organisierten Ordensoberinnen (Leadership Conference of Women Religious, LCWR), Sr. M. Theresa Kane RSM, in ihrer Begrüssungsadresse den Papst direkt mit den verletzten Gefühlen und der Denkweise der amerikanischen Frauen konfrontierte: "Ich ersuche Ew. Heiligkeit dringend, der Pein und der schweren Leiden zu gedenken, welche einen Teil des Lebens von vielen Frauen in den Vereinigten Staaten ausmachen. Ich fordere Sie auf, mit Mitgefühl den Anruf der Frauen anzuhören, welche die halbe Menschheit bilden. Als Frauen haben wir die kraftvolle Botschaft unserer Kirche vernommen, welche die Würde und Wertschätzung für jede Person verlangt. Unsere Kontemplation veranlasst uns zu erklären, dass die Kirche, um in ihrer Berufung zum Schutz der Wertschätzung und der Würde jeder menschlichen Person glaubwürdig zu sein, die Möglichkeit schaffen muss, Frauen als Personen in alle Dienstämter der Kirche einzuschliessen...". Papst Johannes Paul II., an improvisierte Reden gewöhnt, verliess den Schrein der "Unbefleckten Empfängnis" ohne ein Wort der Erwidern. Vor dem Portal begegnete er feministischen Demonstrantinnen mit Bannern, beschriftet mit Slogans wie "Sexismus ist Sünde, bereue" oder "wenn keine Frauenordination, dann keine Taufe". Dem schon vor dem Papstbesuch gestellten und danach wiederholten Ersuchen der LCWR um eine Audienz beim Papst wurde nicht entsprochen. Dem Dialog - zur Zeit des Zweiten Vatikanischen Konzils erwünscht - hat Papst Johannes Paul II. sich entzogen.

Für die progressiv gesinnten katholischen Frauen der ganzen Welt ist Amerika das Land der Hoffnung. Neben der erwähnten Organisation der Ordensoberinnen ist die NARW (National Assembly of Religious Women) sehr aktiv, welche nicht chargierte, vorwiegend in Sozialdiensten tätige Ordensfrauen (seit ca. zwei Jahren auch weltliche Frauen) umfasst. "Priests of Equality", eine Organisation von Welt- und Ordenspriestern, hat sich seit Jahren für die Frauenordination eingesetzt. Die "Women's Ordination

Conference" hat 1975 in Detroit die erste Grossveranstaltung auf nationaler Ebene durchgeführt; als bleibende Organisation beibehalten, hat sie Teilnehmer aus dem ganzen amerikanischen Kontinent und Europa im November 1978 in Baltimore zu einer eindrücklichen internationalen Veranstaltung vereinigt. Aufgrund dieses Erfolges haben ihre Vorstandsmitglieder mit Delegierten der Amerikanischen Bischofskonferenz langfristige Unterhandlungen geführt, welche mindestens den Abbau der sexistischen Sprache in der Kirche bewirkten. "Sisters against Sexism" und "WATER" (Women's Alliance for Theology, Ethics and Ritual) studieren und fördern die "Women's liturgies", gottesdienstliche, von Frauen für Frauen konzipierte Veranstaltungen, deren Texte ausschliesslich von Frauen verfasst sind. Der Vorstand der "Catholic Biblical Association" hat schon im August 1976 aus seinem Mitgliederkreis ein Komitee von bekannten Theologinnen berufen, welches auftragsgemäss in einem heute weit verbreiteten "Statement" wichtige Forschungsergebnisse der historisch-kritischen Methode im Hinblick auf die Frauen der Urkirche in leicht verständlicher Weise dargelegt und veröffentlicht hat. Ein Gefühl kollektiver Stärke erwächst überdies aus den auf breiter Basis an den Universitäten betriebenen "Women's studies" und der Forschungsarbeit engagierter Theologieprofessorinnen.

Die Erklärung 1976/77 hat auch in den USA dem feministischen Progressismus geschadet; sympathisierende Bischöfe haben sich seither kaum mehr in der früheren unbefangenen Weise für die Frauenordination ausgesprochen. (Der Vatikan soll neustens alle Bischofskandidaten ablehnen, welche nicht der festgelegten Linie Folge leisten). Die wachsende Repression zeigt sich in der Untersuchung über das Ordensleben (investigation), welche der Vatikan unter Umgehung der Ordensobern bei den amerikanischen Bischöfen angefordert hat. Informell ist bekannt geworden, dass die Untersuchung gegen die Schwestern gerichtet sei, von denen viele im Zug der "Erneuerung" seit zwanzig Jahren einen grossen sozialen, in Zentralamerika auch einen politischen Einsatz geleistet haben. Anlässlich der Tagung der NAWR vom 14.8.1983 gaben

Schwestern anvertraut haben. Das einmal gesetzte Beispiel hat weit über Brasilien hinaus gewirkt. Die positive Entwicklung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die nicht ordinierte Ordensschwester immer nur Vorarbeit leisten kann im Hinblick auf den ordinieren Männern vorbehaltenen sakramentalen Vollzug. Die Weiträumigkeit und Fülle missionarischer Tätigkeit vermag vielleicht die Bitterkeit etwas zu mildern, die in ihrer ganzen Schärfe in unseren Verhältnissen von den in Katechese*, Krankenpflege, Internatsschulen etc. tätigen Ordensschwestern empfunden wird. Hierüber hat sich in beredter Weise Sr. Raphaela Gasser, Direktorin der Dominikanerinnen von Ilanz ausgesprochen in ihrem Artikel "Versteht ihr, was ich euch getan? (Joh. 13, 12) Zum Priesterum der Frau" (1). Die Vorentahlung des Priestertums bedeutet ihr nichts anderes als eine willkürliche Beschneidung des Auftrags der Frau in der Kirche, ja der Frau schlechthin. "Frauen fühlen sich berufen, Priester zu sein, und zwar bestimmt nicht erst heute. Es ist mir bekannt, was die Kirche offiziell auf diesen Wunsch antwortet. Aber die Antwort befriedigt nicht. Es bleibt die Tatsache, dass das Engagement der Frau in der Kirche beschränkt bleibt".

Die anvisierte Antwort der Kirche ist im Sinn einer total gegenläufigen Reaktion zur progressiven Stimmung des Zweiten Vatikanischen Konzils erfolgt in der Erklärung zur Frage der Zulassung der Frauen zum Priesteramt vom 16.10.1976, publiziert am 27.1.1977 (2). Verfasst von der Kongregation für die Glaubenslehre wurde dieselbe von Papst Paul VI. mit dem Auftrag zur Veröffentlichung approbiert*, also vom gleichen Papst, der den vollen Erfolg der von Dom Eugenio Sales in Brasilien eingeleiteten Entwicklung kannte und der schon als Kardinal G.B. Montini von Mailand in seiner Ansprache vom 11.2.1961 den Ordensfrauen zugerufen hatte: "Ihr seid heute aufgerufen, die Diakonissen, die Priesterinnen (ministre) der Kirche Christi zu werden." (3).

Es wäre ferner Sache desselben Papstes Paul IV. gewesen, die Beantwortung der von ihm an die Päpstliche Bibelkommission in Sachen Frauenordination gestellten Fra-

gen zu berücksichtigen, zumal Kardinal F. Seper sowohl die Kongregation für die Glaubenslehre wie auch die Bibelkommission präsiidierte. Mit 17:0 Stimmen hat dieselbe befunden, dass das Neue Testament nicht in klarer Weise und ein für allemal festsetzte, ob Frauen ordinierte Priester werden können, mit 12:5 Stimmen, dass biblische Gründe allein nicht genügen, um die Frauenordination auszuschliessen, mit 12:5 Stimmen, dass der Heilsplan Christi nicht überschritten würde durch die Zulassung von Frauen zur Ordination. (4)

In der "Erklärung" findet sich nicht der geringste Niederschlag dieser von bekannten Theologen gefassten Beschlüsse. Der zentrale Satz: "Die Kirche hält sich aus Treue zum Vorbild ihres Herrn nicht dazu berechtigt, die Frauen zur Priesterweihe zuzulassen", wird untermauert teils durch sehr anfechtbare historische Argumente, teils durch eine im männlichen Geschlecht des historischen Christus verankerte Typologie, die angeblich nur den Mann zu dessen "Repräsentation" in der Eucharistiefeyer als befähigt erklärt. Die Behauptung: "Niemals ist die katholische Kirche der Auffassung gewesen, dass die Frauen gültig die Priester- und Bischofsweihe empfangen könnten", ist durch die Ergebnisse der im deutschsprachigen Europa und in den USA weit verbreiteten historisch-kritischen, der einzig wissenschaftlich arbeitenden kirchengeschichtlichen Methode leicht widerlegbar. Paulus, der als Erscheinungszeuge den Auferstandenen kraft seiner eigenen Berufung (Gal. 1, 16) unter den Heiden verkündigte - unabhängig und in teilweisem "dogmatischen" Gegensatz zur judenchristlichen Urgemeinde und ihren Vorstehern in Jerusalem - gründete unter den nichtjüdischen Völkerschaften Syriens, Kleinasiens und schliesslich Eurpas anders strukturierte, selbständige heidenchristliche Gemeinden. Die Evidenz des bei Frauen und Männern gleicherweise feststellbaren Charismas gab die Legitimation zu Gemeindefunktionen. Paulus übernahm von den Judenchristen weder die Beschneidung noch den rabbinistischen Berufungsritus der Handauflegung. Frauen als Prophetinnen waren aufgrund ihres Charismas anerkannt.

Nach der in Aegypten entstandenen Didache, der Lehre der zwölf Apostel (Datierung unterschiedlich 100-150 n.Chr.), war die Eucharistiefeyer nicht in erster Linie Opfer, sondern noch wörtlich verstandene "Danksagung", ihre wesentliche Bitte bestand in der Christusepiklese*: "Es komme der Herr und es vergehe die Welt. Hosanna dem Sohne Davids. Maranatha." Den Propheten war es erlaubt, das Dankgebet zu sprechen, wie sie wollten (Did. 10, 7). Es ergibt sich also der Schluss, dass Frauen als Prophetinnen den Eucharistiefeyern vorstehen und deren Gebete in freier Formulierung vortragen konnten. Ueberdies sprach man in der Frühkirche im Zusammenhang mit Brot und Wein von "den Abbildern" des geopferten Christus, so u.a. in der syrischen Didascalia Apostolorum (200 n.Chr.) (5). Es gab keinen Priester als juridisch verstandenen Repräsentanten des erhöhten, zur Rechten des Vaters sitzenden Christus, in dessen Person die in direkter Stellvertretung gesprochenen Einsetzungsworte als Wandlungsworte wirksam werden sollten. Diese Entwicklung ist erstmals greifbar im Eid, den Papst Gregor VII. anlässlich der Synode von Rom 1079 Berengar von Tours schwören liess; terminologisch wird die Transsubstantiationslehre* erstmals fassbar im 4. Laterankonzil von 1215 (6).

Die "repraesentatio" selber ist ein Produkt der Typologie, einem Schlussverfahren in willkürlich gewählten Aehnlichkeiten, das heute anerkannten geisteswissenschaftlichen Methoden zur Wahrheitsfindung widerspricht. Das Handeln "in persona Christi" als juridisch verstandene Stellvertretung soll die "natürliche Aehnlichkeit" zwischen Christus und seinem Diener in der sakramentalen Darstellung erfordern, die angeblich nicht gegeben sei, "wenn die Stelle Christi nicht von einem Mann vertreten wird: andernfalls würde man in ihm nur schwerlich das Abbild Christi erblicken. Christus selbst war und bleibt nämlich ein Mann".

Es bestehen keine wissenschaftlich fassbaren Gründe, weshalb im willkürlichen typologischen Schlussverfahren die "Aehnlichkeit" nicht hergestellt sein soll

durch das menschliche Angesicht und das gesprochene Wort, zumal durch die Einsetzungsworte die direkte Stellvertretung des historischen und erhöhten Christus sich ausschliesslich im Wort vollzieht (7). Auf die entscheidende Stelle Gal. 3, 28 wird in der "Erklärung" nur im Sinn der Wiederherstellung der nach dem Sündenfall zerstörten Einheit durch Christus hingewiesen; verschwiegen wird die ontologische* Umwandlung durch die Taufe, das "Anziehen des Christus", welche allein bewirkt, dass es "weder Jude noch Grieche, weder Sklave noch Freier, weder Mann noch Frau" gebe. Von jeher haben Frauen und Männer die Taufe mit allen Wirkungen in derselben Weise empfangen. Nach can. 87 des alten CIC wird durch die Taufe die Person in der Kirche Christi konstituiert; darüber hinaus werden nach der neuen Fassung von CIC can. 849 die "Christus gleichförmig gemachten" in die Kirche inkorporiert (Christo configurati Ecclesiae incorporantur). Die Transsexualität als geistige Wirklichkeit beginnt somit eindeutig bei der Taufe. Wenn die Kirche dieselbe bei der Eucharistie nicht mehr wahrhaben will, entfällt auf sie ein Teil des Verschuldens, wenn christliche Feministinnen seit der "Erklärung" einen männlichen Erlöser nur schwer akzeptieren können.

Die Vatikanische Erklärung 1976/77 hatte bei den Befürwortern der Frauenordination einen Sturm der Entrüstung zur Folge. In zahlreichen grösseren und kleineren Publikationen wurden auf breiter Basis Kritik und eine kaum übersehbare Fülle von Gegenargumenten vorgebracht. Aus formalen Gründen wird der Verpflichtungsgrad der "Declaratio" allgemein als gering eingestuft. Der Besuch der USA durch Papst Johannes Paul II. im Herbst 1979 wurde für die katholischen Feministinnen zum Anlass, trotz eines starken polizeilichen Gegendrucks in verschiedenen progressiv gestimmten Städte gegen den verpönten "Sexismus" der Kirche zu demonstrieren. Ihre Veranstaltungen waren am erfolgreichsten in Washington D.C., wo am 7.10.1979 im Schrein der Unbefleckten Empfängnis (Shrine of the Immaculate Conception) die 53 anwesenden Ordens-

unter Führung der Präsidentin Sr. Marjorie Tuite ihrer tiefen Besorgnis Ausdruck und beschlossen, sich einstweilen nicht an der Untersuchung zu beteiligen, zusammenzustehen, und sich auf keinen Fall nach dem Prinzip "divide et impera" aufspalten zu lassen. Einige Zuversicht wurde ihnen durch den anwesenden Bischof Michael McAuliffe von Jefferson City, Mo., zuteil, der selber in einer zweistündigen Audienz im Juni 1983 versucht habe, dem Papst Stellung und Mentalität der Frauen in Amerika zu erklären. Sieben von zehn der im Vatikan anwesenden amerikanischen Bischöfe hätten sich für das soziale Engagement der Schwestern ausgesprochen, jedoch hätten die Männer des Vatikans selber keine Ahnung von der amerikanischen Frau, ihrer Begabung und ihrem Platz in der Gesellschaft.

Der neue Codex ist wohl reich an Einblendungen mittelalterlicher Theologie, das urchristliche und zentrale Wort Charisma findet sich darin nicht. Dieses wichtigste konstitutionelle Element der paulinischen Gemeinden sei 1982 gegen Ende der Vorbereitungsarbeiten gestrichen worden. Es prävaliert* im CIC die handfeste, rechtlich fassbare Institution, die Amtskirche, die schon die Prophetinnen der frühen Kirche verdrängt hat und die sich heute gegen die religiös engagierten Frauen Amerikas wendet. Damit ja kein Machtmittel ausfallen kann, wurde in das Strafrecht eine für das moderne Rechtsdenken ungeheuerliche Generalklausel in CIC can. 1399 eingebaut, welche auch ausserhalb der formulierten Straftatbestände generell eine Bestrafung "von äusseren Verletzungen göttlicher oder kanonischer Gesetze gestattet, wenn die Schwere der Verletzung eine Bestrafung erfordert, die Notwendigkeit dazu zwingt, Skandale verhütet oder repariert werden sollten." Das Charisma, das viele gerade im geistigen Aufschwung religiöser Frauen Amerikas erfahren, ist wohl ausdrücklich in der Konstitution Lumen Gentium Ziff. 12 des Zweiten Vatikanischen Konzils anerkannt. Das Urteil über Echtheit und Gebrauch jedoch steht bei "jenen, die in der Kirche die Leitung haben und denen es in besonderer Weise zukommt, den Geist nicht auszulöschen."

Anmerkungen

- 1) Festschrift für Prof. P. Heinrich Stirnimann OP Fribourg "Unterwegs zur Einheit", hrg. von Johannes Brantschen und Pietro Selvatico, Fribourg, Universitätsverlag 1980.
- 2) Acta Apostolicae Sedis (AAS) 1977, S. 98ff. Declaratio "Inter insigniores".
- 3) Gertrud Heinzemann, Die getrennten Schwestern, Interfeminas-Verlag, Zürich und Benglen, 1967, S. 84.
- 4) Leonard & Arlene Swidler, Women Priests, Paulist Press New York 1977, S. 25ff. und 388ff.
- 5) Klaus Gamber, Sacrificium Missae, Kommissionsverlag F. Pustet Regensburg 1980, S. 40, 41.
- 6) Mysterium fidei, Rundschreiben von Papst Paul VI. vom 3.9.1965, deutsche Ausgabe der Tipografia Poliglotta Vaticana S. 39.
- 7) Denzinger-Schönmetzer Enchiridion Nr. 1321 "...Nam ipsorum verborum virtute substantia panis...et substantia vini...convertuntur".

* Glossar *

Apostolische Konstitution - Form der päpstlichen Gesetzgebung

Katechese - Christlicher Elementarunterricht

approbiert - genehmigt

Christusepiklese - feierliche Anrufung des Christus

Transsubstantiationslehre - Lehre von der Wesensverwandlung von Brot und Wein durch die im Messopfer vollzogene Konsekration

ontologisch - seinsmässig, zum Sein gehörig

prävaliert - vorherrschen, überwiegen.



Aus: Franziska Becker, Power. Diogenes Verlag AG, Zürich, 1983
Sprechblasentext siehe ebenda

Le Vatican et la Femme -

Ce qui pourrait intéresser les féministes dans le nouveau droit canonique

par Dr.iur. Gertrud Heinzelmänn

Le 27 novembre 1983, le premier dimanche d'Avent, début de la nouvelle année ecclésiastique, est entré en vigueur le nouveau Codex Iuris Canonici (CIC), le code juridique de l'Eglise catholique romaine qui a été promulgué le 25 janvier 1983 par la constitution apostolique "Sacrae disciplinae leges" du pape Jean Paul II. Celui-ci remplace l'ancien Codex (promulgué le dimanche de Pente-Côte 1917 par le pape Bénédict XV, en vigueur depuis le 19.5.1918), qui en tant que première codification dans la forme juridique des états occidentaux, réunissait le droit canonique, jusqu' alors dispersé dans de nombreuses sources juridiques. La révision remonte à l'initiative du pape du concile Jean XXIII, qui, le 28.3.1963, institua la "Pontifica Commissio Codici Iuris Canonici recognoscendo", composée au début de 30 cardinaux. C'est seulement, à la fin du Deuxième Concile du Vatican que commença le travail proprement dit, en s'inspirant d'un discours du pape Paul VI du 20.11.1965 qui appelait alors aussi des experts du monde entier en tant que conseillers.

Parmi les conseillers consultés pour les travaux de révision, il n'y avait aucune femme. La St. Joan's International Alliance (une organisation de femmes catholiques issue du mouvement anglais pour le droit de vote des femmes) a régulièrement, lors de ses Council Meetings (assemblées des déléguées), demandé dans ses résolutions présentées au Vatican que l'on fasse appel aussi aux femmes; de plus, à l'occasion de la révision, elles exigeaient aussi la suppression de toutes les discriminations envers les femmes, ainsi que l'égalité des

droits entre hommes et femmes dans tout le domaine ecclésiastique, y compris l'ordination et la fonction sacerdotale. En s'inspirant de l'égalité des droits obtenus dans les états occidentaux, env. 30 dispositions discriminatoires du domaine administratif ont été supprimées dans le nouveau CIC. A présent, "laici" désigne les femmes tout comme les hommes. Il est important aussi qu'en principe, tous les laïcs aient le droit (CIC can. 229) d'étudier la théologie dans toutes les universités et facultés ecclésiastiques, ainsi que dans les institutions scientifiques conventuelles, d'obtenir des grades universitaires et d'enseigner les sciences théologiques. Selon l'ancien CIC can. 1363, les évêques devaient seulement accepter des "filii legitimi" (des fils légitimes) dans leurs séminaires. On doit attribuer le mérite aux facultés étatiques allemandes de théologie catholique d'avoir, dans les années après 1950, admis les femmes aux études théologiques et de leur avoir accordé le doctorat vers 1960. Le nouveau Codex consolide et généralise cet état juridique pour l'ensemble de l'Eglise.

L'affirmation faite au sujet du nouveau Codex, selon laquelle on ne pouvait plus constater de discriminations envers les femmes, ne correspond en aucun cas à la réalité. Les espoirs de nombreuses personnes qui pensaient qu'au cours de la réalisation des décisions de Vatican 2, il y aurait une revalorisation des femmes par la mise sur un pied d'égalité des laïcs masculins et féminins en tant que membres du "peuple de Dieu", ont été déçus depuis longtemps. Par force de loi, le nouveau CIC cimenter une pratique forcée par le Vatican et qui va à l'encontre de la sensibilité populaire: celle de la discrimination des laïques féminines dans les services liturgiques. Les "Viri laici" - expriment donc des laïcs masculins - peuvent selon CIC can. 230 §1 être chargés

à long terme, dans une célébration liturgique prévue à cet effet, du service de lecteur (lecture de l'épître et des prières universelles) et de ministre de la communion (service à l'autel et ministère de la communion). Les femmes ne peuvent être désignées en tant que lecteurs que pour une période limitée et sans service liturgique, mais ne sont pas admises en tant que ministres de la communion (acolytes). En cas de besoin certes, tous les laïcs peuvent se charger de la lecture et des prières universelles, ainsi que donner le baptême et la communion. Mais seule la nécessité rend les laïques féminines égales en droit. On peut constater avec satisfaction qu'en Suisse et en Allemagne, des filles ont au moins servis comme enfants de chœur (servants) et que des femmes prêchent occasionnellement. Les assistants pastoraux non-consacrés (laïcs) - des femmes et des hommes avec une formation théologique - ne sont même pas mentionnés dans le CIC, sans doute dans la crainte qui s'est manifestée depuis le synode pastoral hollandais, qu'avec l'évolution future, des laïcs non consacrés pourraient "noyauter" les prêtres et diacons consacrés. En appliquant littéralement le can. 764, dans le cas normal, ceux-ci ne pourraient même plus prêcher, seuls les prêtres et les diacons étant admis. Chez nous, le recours à ces assistants pastoraux dépendait et dépend encorment essentiellement de l'évêque et du curé concerné.

Mais ce ne sont pas les seules déceptions: Les femmes ne sont toujours pas admises au "ordo" organisé en trois niveaux - épiscopat, prêtrise et diaconat - seul l'homme baptisé pouvant recevoir le sacrement de l'ordination à tous les niveaux. Le nouveau can. 1024 a été repris textuellement d'après l'ancien can. 968 ("Sacram ordinationem valide recepit solus vir baptizatus").

Dans le cours du renouveau voulu par le pape Jean XXIII, l'ouverture du diaconat aux femmes semblait tout à fait possible; elle avait été prévue en Allemagne et en Suisse suite aux synodes organisés avec participation laïque. La décision du "Synode 72" de Coire qui demandait à la conférence épiscopale de s'engager, afin que les femmes puissent

également recevoir l'ordination au diaconat et être ainsi appelées dans le service ecclésiastique en tant que diacone, a été adoptée par le synode suisse du 12.-14.9.1975 et approuvée par la conférence épiscopale. Les synodes allemands et hollandais ont pris des décisions analogues.

L'urgence qui fait des femmes laïques les égales des hommes est un état permanent dans le Tiers Monde, avant tout au Brésil et dans les autres états d'Amérique du Sud et d'Amérique Centrale. Peu après la fin de Vatican 2, dans les années 1966/67 et en fonction du renouveau préconisé, l'évêque de Natal, Dom Eugenio Sales, a appelé pour la première fois une religieuse - Irany Vidal Bastos - en tant que vicaire pastoral de Nizia Floresta (60 km au sud de Natal). Cette expérience, faite avec l'accord du pape Paul VI, fut un tel succès que peu de temps après, lorsqu'il fut nommé à Salvador Bahia, Dom Eugenio installa d'autres femmes vicaire pastoral pour diriger des paroisses. Devenu évêque et cardinal de Rio de Janeiro, il a confié la direction de 25 paroisses de Rio à des religieuses, d'après l'expérience de Nizia Floresta. De plus, il a appelé une Espagnole, Soeur Maria Antonia Azcune Belderrain en tant que vicaire épiscopal pour coordonner l'activité pastorale des religieuses; celle-ci possède dans toutes les assemblées le même droit de vote que les évêques auxiliaires et les vicaires épiscopaux.

Cette promotion de facto des religieuses dans le domaine pastoral, effectuée malgré une situation juridique précaire, sur l'initiative de Dom Eugenio Sales, montre ce qu'un évêque bienveillant envers les femmes peut faire dans une situation d'urgence. On s'est depuis longtemps habitué à voir des religieuses (également d'origine nordaméricaine et européenne), diriger des paroisses, baptiser, présider la conclusion de mariages, grâce à des pleins pouvoirs épiscopaux pour le mariage, célébrer des enterrements à l'église ainsi que des services religieux avec sermon et se charger, comme les prêtres, du catéchisme et de la cure d'âme. Un prêtre ambulancier célèbre occasionnellement ou fréquemment, selon son horaire personnel, la messe (eucharistie)

dans ces paroisses souvent très éloignées et dirigées par des religieuses non-consacrées; il donne en confession l'absolution sacramentelle, les habitants (hommes et femmes) s'étant depuis longtemps confiés à leurs religieuses bien aimées lors d'entretiens pénitentiels. Cet exemple a eu des effets dépassant largement le cadre du Brésil. Cette évolution positive ne doit cependant pas masquer le fait que la religieuse non-consacrée ne peut faire que du travail préparatoire en vue de l'administration sacramentelle réservée aux hommes consacrés. L'étendue et la variété de cette activité missionnaire peut peut-être adoucir une amertume qui est ressentie chez nous dans toute son ampleur par les religieuses qui travaillent dans le catéchisme, les soins aux malades, les internats etc. Une pensée qui a été exprimée de façon éloquente par Soeur Raphaela Gasser, directrice des Dominicaines d'Ilanz, dans son article "Comprenez-vous ce que j'ai fait pour vous? (Jean 13, 12). Concernant la prêtrise de la femme" (1). Le fait qu'on prive la femme de la prêtrise est pour elle une restriction arbitraire de la mission de la femme dans l'église, oui de la femme en tant que telle. "Les femmes se sentent appelées à la prêtrise, et cela ne date certainement pas d'aujourd'hui. Je sais ce que l'église répond officiellement à cette demande. Mais la réponse n'est pas satisfaisante. Il reste le fait que l'engagement de la femme dans l'église reste limité."

La réponse de l'église a été donnée dans le sens d'une réaction totalement contraire à l'ambiance progressiste du Deuxième Concile du Vatican, dans une déclaration (declaratio) concernant l'admission des femmes à la prêtrise du 16.10.1976 et publiée le 27.1.1977 (2). Cette déclaration, rédigée par la Congrégation de la doctrine de la foi a été approuvée par le pape Paul VI afin d'être publiée, par le même pape donc qui connaissait le succès de l'évolution commencée par Dom Eugenio Sales au Brésil et qui, en tant que cardinal G.B. Montini déjà, s'était adressé aux religieuses dans son discours du 11.2.1961 en leur disant: "Vous êtes appelées aujourd'hui, à devenir les diaconesses, les ministres

de l'Eglise du Christ" (3).

Le même pape Paul VI d'ailleurs aurait dû tenir compte des réponses aux questions qu'il avait posées à la Commission biblique pontificale au sujet de la consécration des femmes, d'autant plus que le cardinal F. Seper présidait aussi bien la congrégation que la Commission biblique pontificale. Par 17 voix contre 0, celle-ci avait trouvé que le Nouveau Testament ne déterminait pas une fois pour toutes, si les femmes pouvaient devenir des prêtres consacrés, par 12 voix contre 5, que des raisons bibliques ne suffisaient pas pour exclure la consécration des femmes, par 12 voix contre 5 que le dessein salvifique du Christ ne serait pas dépassé par l'admission des femmes à la consécration (4).

Ces décisions prises pourtant par des théologiens connus ne se reflètent aucunement dans la "déclaration". La phrase centrale: "L'Eglise, par fidélité à l'exemple de son Seigneur, ne se sent pas en droit d'admettre les femmes à la prêtrise", est étayée d'une part par des arguments historiques très contestables, d'autre part par une typologie liée au sexe masculin du Christ historique qui apparemment ne permet la représentation (repraesentatio) dans l'eucharistie qu'à l'homme. L'affirmation: "Jamais l'Eglise catholique n'a été d'avis que les femmes pouvaient valablement recevoir la consécration pastorale ou épiscopale", est facilement réfutable par les résultats de la méthode de "l'histoire ecclésiastique historico-critique" qui est très répandue en Europe germanophone et aux Etats-Unis et qui est la seule qui travaille de façon scientifique. St. Paul qui en tant que témoin et en vertu de sa propre vocation (Gal. 1, 16) prêchait le Christ ressuscité aux païens - de façon indépendante et presque en contradiction "dogmatique" avec les premières paroisses judéo-chrétiennes et ses pères à Jerusalem - fonda parmi les peuplades non-juives de Syrie, d'Asie mineure et finalement d'Europe des paroisses judéo-chrétiennes indépendantes et aux structures différentes. L'évidence

du charisme que l'on peut constater chez les femmes comme chez les hommes les légitimait à des fonctions dans la paroisse. St. Paul ne reprit des judéo-chrétiens ni la circoncision ni le rite d'initiation rabbinique de l'imposition des mains. Les femmes en tant que prophétesses étaient reconnues de part leur charisme. D'après la Didachè doctrine des douze apôtres qui a ses origines en Egypte (différentes dates entre 100-150 après J.C.), la célébration de l'eucharistie n'était pas en premier lieu un sacrifice, mais littéralement une "action de grâces", la prière essentielle se résumant dans l'épiclese du Christ: "Vienne le Seigneur et passe le monde. Hosannah au fils de David. Maranatha". Les prophètes avaient le droit de prononcer l'action de grâces comme il l'entendait (Did. 10, 7). En conclusion donc, les femmes pouvaient, en tant que prophétesses, présider aux célébrations de l'eucharistie et prononcer les prières librement. De plus, on parlait dans l'Eglise primitive du pain et du vin en tant "qu'images" du Christ sacrifié, ainsi par ex. dans la Didascalia Apostolorum syrienne (200 après J.C.) (5). Il n'y avait pas de prêtre en tant que représentant juridique du Christ ressuscité et siégeant à la droite du Père, dans la personne duquel les paroles d'institution prononcées en représentation directe devaient se transformer en paroles de transsubstantiation. Cette évolution peut être saisie pour la première fois dans le serment que le pape Grégoire VII fit prononcer lors du synode de Rome de 1079 à Béranger de Tours; pour la terminologie, le dogme de la transsubstantiation se retrouve pour la première fois dans le 4e Concile du Latran de 1215 (6).

La "repraesentatio" elle-même est un produit de la typologie, procédure de conclusions basées sur des ressemblances arbitraires qui est contraire aux méthodes scientifiques reconnues aujourd'hui pour la recherche de la vérité. Le fait d'agir "in persona Christi", en tant que représentant juridique, doit donc exiger la "ressemblance naturelle" entre le Christ et son serviteur dans la représentation sacramentelle qui soi-disant n'existe pas, "si la place de Jésus n'est pas représentée par un homme: sinon, on ne

reconnaîtrait guère en lui l'image de Jésus Christ. Le Christ était et reste un homme".

Il n'y a pas de raisons scientifiques qui interdisent dans la procédure de conclusions typologiques arbitraires que la ressemblance soit établie par le visage humain et la parole prononcée, d'autant plus que par les paroles d'institution, la représentation directe du Christ historique et ressuscité se fait exclusivement par la parole (7). On se réfère dans la "déclaration" uniquement au paysage décisif Gal. 3, 28 dans le sens d'un rétablissement par Jésus Christ de l'unité détruite après la faute originelle; on ne parle pas de la transformation ontologique par le baptême, le "revêtir du Christ" qui seule a pour effet qu'il n'y a "ni juif, ni Grec, ni esclave, ni libre, ni homme, ni femme". Depuis toujours, les femmes et les hommes ont reçu le baptême de la même façon avec tous les effets. Selon can. 87 de l'ancien CIC, la personne est, par le baptême, instituée dans l'Eglise du Christ; en outre, d'après la nouvelle version du CIC can. 849 "les configurés d'après le Christ" sont incorporés dans l'Eglise (Christo configurati Ecclesiae incorporantur). La transsexualité en tant que réalité spirituelle commence donc de façon évidente au baptême. Si l'Eglise ne veut pas l'admettre pour l'eucharistie, elle est en partie responsable du fait que les féministes chrétiennes, depuis la "déclaration", ne peuvent que difficilement accepter un rédempteur masculin.

La déclaration du Vatican 1976/77 avait suscité chez les protagonistes de l'ordination des femmes une tempête d'indignation. Dans de nombreuses publications, petites et grandes, on a prononcé des critiques et d'innombrables arguments contraires. On considère généralement que la portée réelle obligatoire de la déclaration n'est que limitée. La visite du pape Jean Paul II aux Etats-Unis en automne 1979 fut l'occasion pour les féministes catholiques de manifester dans différentes villes progressistes et malgré d'importantes

mesures policières, contre le "sexisme" outrancier de l'Eglise. Leurs manifestations remportèrent le plus grand succès à Washington D.C., où le 7.10.1979 au "Shrine of the Immaculate Conception", les 56 religieuses présentes protestèrent en écoutant le discours du pape debout, et où la présidente des supérieures organisées, (Leadership Conference of Women Religious, OCWR), Soeur M. Theresa Kane RSM dans son discours d'accueil, confronta le pape directement avec les sentiments blessés et les pensées des femmes américaines: "Je prie instamment Votre Sainteté de penser à la douleur et aux graves peines qui font partie de la vie de beaucoup de femmes aux Etats-Unis. Je vous exhorte à écouter avec compassion l'appel des femmes qui constituent la moitié de l'humanité. En tant que femmes, nous avons entendu le puissant message de notre Eglise qui demande la dignité et la considération pour chaque être humain. Notre contemplation nous incite à déclarer que l'Eglise, pour être crédible dans son appel à protéger la considération et la dignité de chaque personne humaine, doit créer la possibilité d'inclure les femmes en tant que personnes, dans tous les ministères de l'Eglise". Le pape Jean Paul II, habitué aux discours improvisés, quitta le "Shrine of the Immaculate Conception" sans un mot de réplique. Devant le portail, il rencontra des manifestantes féministes avec des banderoles portant des slogans tels que "le sexisme est un péché, repens-toi" ou "sans ordination des femmes, pas de baptême". Les demandes d'audience chez le pape faites avant la visite du pape et à plusieurs reprises encore par le LCWR n'ont jamais été satisfaites. Le pape Jean Paul II s'est dérobé au dialogue - qui était pourtant souhaité à l'époque de Vatican 2.

Pour les femmes catholiques progressistes du monde entier, l'Amérique est le pays de l'espoir. Outre l'organisation mentionnée ci-dessus des supérieures, la NARW (National Assembly of Religious Women) est très active. Elle comprend des simples soeurs travaillant avant tout dans les services sociaux (ainsi que depuis 2 ans, des femmes laïques). "Priests of Equality", une organisation de prêtres et de religieux, s'engage depuis des années

pour l'ordination des femmes. La "Women's Ordination Conference" a organisé en 1975 à Detroit une première grande manifestation sur le plan national; l'organisation qui en est ressortie a réuni lors d'une importante manifestation internationale en novembre 1978, des participants de tout le continent américain ainsi que d'Europe. Son succès fut tel que les membres du comité ont mené de longues tractations avec les délégués de la conférence des évêques d'Amérique qui eurent au moins pour effet une modification du langage sexiste de l'Eglise. "Sisters against Sexism" et "WATER" (Women's Alliance for Theology, Ethics and Ritual) étudient et mettent sur pied les "Women's liturgies", des manifestations liturgiques conçues par des femmes pour les femmes, et dont les textes sont exclusivement rédigés par des femmes. En août 1976 déjà, le comité directeur de la "Catholic Biblical Association" a nommé parmi ses membres une commission de théologues connues qui a présenté et publié dans un "statement" aujourd'hui très répandu, les importants résultats de recherches entreprises selon la méthode historico-critique concernant les femmes dans l'Eglise primitive. Un sentiment de force collective provient en outre aussi des "Women's studies" entreprises sur une large échelle dans les universités et du travail de recherche entrepris par des professeurs en théologie très engagés.

La déclaration 1976/77 a également nuí au progressisme féministe aux Etats-Unis; les évêques sympathisants ne se sont plus guère, comme autre-fois, prononcés en faveur de l'ordination des femmes. (Le Vatican refuserait même depuis peu de temps tous les candidats à l'épiscopat qui ne suivent pas strictement la ligne fixée). La répression croissante se manifeste dans l'investigation sur la vie des religieux que le Vatican a exigé des évêques américains, en court-circuitant les supérieurs des ordres religieux. On a appris que l'investigation est dirigée contre les religieuses qui, dans le courant du "renouveau", se sont depuis vingt ans fortement engagées, du point de vue social, mais également en Amérique centrale, du point de vue politique. Lors du congrès de la NAWR du 14.8.1983,

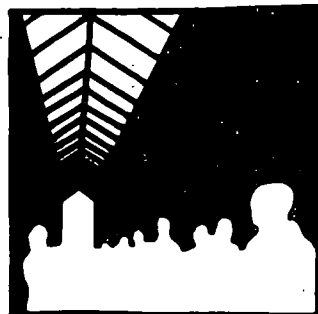
elles ont, sous la direction de leur présidente, Soeur Marjorie Tuite, exprimé leur profonde inquiétude et décidé de ne pas participer pour l'instant à l'investigation, d'être solidaires et de ne surtout pas se laisser diviser selon le principe "divide et impera". Elles ont été quelque peu réconfortées par l'évêque Michael McAuliffe de Jefferson City, Mo. qui était présent à leur congrès et qui aurait tenté, lors d'une audience de deux heures en juin 1983, d'expliquer au pape la situation et la mentalité des femmes en Amérique. 7 des 10 évêques américains alors présents au Vatican se seraient prononcés pour l'engagement social des religieuses, les hommes du Vatican n'ayant cependant aucune idée de la femme américaine, de ses qualités et de sa place dans la société (8).

Le nouveau Codex est riche en réminiscences de la théologie médiévale, le mot central "charisme" qui date de la première ère chrétienne ne s'y trouve cependant pas. Cet important élément constitutionnel des paroisses de St. Paul a apparemment été supprimé en 1982 à la fin des travaux préparatoires. C'est donc l'institution solide et juridique, l'Eglise officielle, qui prévaut; celle qui avait déjà repoussé les prophétesses de l'Eglise primitive et se retourne aujourd'hui contre les femmes religieuses engagées d'Amérique. Pour disposer de tous les moyens de pression, on a instauré dans le droit pénal une clause générale inadmissible pour la pensée juridique moderne dans le CIC can. 1399, qui permet également, en-dehors des actes punissables formulés, de façon générale une punition "des violations extérieures de lois divines ou canoniques, si la gravité de la faute exige une punition, si la nécessité l'exige, si des scandales doivent être empêchés ou réparés". Le charisme que beaucoup ressentent dans l'élan spirituel des femmes religieuses d'Amérique, est certes expressément reconnu dans la constitution Lumen Gentium chiffre 12 de Vatican 2. Ce sont cependant "ceux qui dirigent l'église et à qui il revient tout particulièrement de ne pas éteindre l'esprit", qui jugent de son authenticité et de son usage.

(Traduction: Lilliane Vindret-Meier)

Remarques voir p. 53.

Bibliographie voir p. 68s.



Es war anders, ganz anders. Ich hatte, zwölfjährig, beim Tode meiner Mutter geschworen, nie zu heiraten. Und warum das?

Ich hatte meine Mutter sehr geliebt, denn ich sah, dass sie litt. Sie war schön, und wenn Gäste kamen, dann zeigte er sie her voller Stolz, wie er sein bestes Pferd zeigte und den neuesten Alabasterkelch. Doch mitsprechen durfte sie nicht. Stehend hinter den Gästen musste sie bei Tisch bedienen. Das war so Sitte. Wer dachte sich etwas dabei? Sicher hat ihr Mann sie geliebt, auf seine Weise, wie er sein Haus liebte und seinen Balsamwald und seinen ganzen Besitz. Manchmal tätschelte er seine Frau, wie er sein Pferd tätschelte. In Mutters Blick las ich nichts, weder Liebe noch Verachtung noch Auflehnung. Sie starb früh, sie starb an ihrer Schwermut, sie erstickte in der Geistlosigkeit. Als sie tot war, tat ich den Schwur, niemals so ein Leben zu führen wie sie. Und ich hielt den Schwur.

Theologie

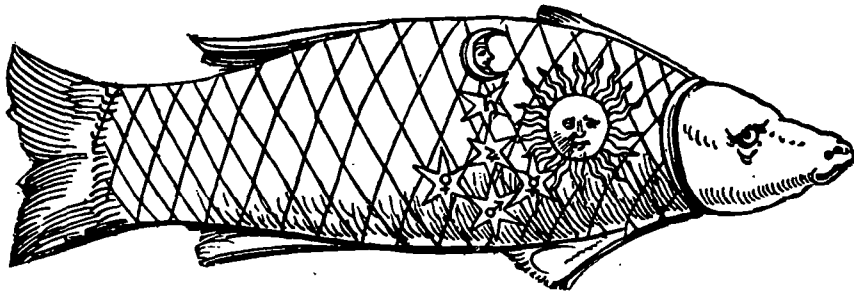
Kannst Du mit dem göttlichen Patriarchen (König, Feldherr, Richter, Sieger, Herrscher...) noch etwas anfangen? Bist Du noch gewillt, dem Bild der schweigenden, dienenden, dulden- den, untergeordneten, braven, keuschen, aufopfernden, "christlichen" Frau zu entsprechen? Wer hat diese Leitbilder geschaffen und zu welchen Zwecken?

Jesus wurde verraten und verleugnet von Männern; Frauen standen unter dem Kreuz, gingen zum Grab und sahen als erste den Auferstandenen. Die Jünger lehnten ihre Verkündigung ab (Markus); sie bezeichneten sie

als "Märlein" (Lukas). Aber ... aus den Männern wurden Apostel und Kirchenfürsten, aus den Frauen büssende Sünderinnen und Hilfspersonal.

Feministische Theologinnen haben die Evangelientexte unvoreingenommen gelesen: Frauen wirkten im Kreis der Jünger mit und spielten in den ersten Gemeinden eine wesentliche Rolle. Was kann uns das heute noch bedeuten? Wir suchen eine Grundorientierung, aus der wir leben und uns entfalten können, und die uns menschliche Massstäbe gibt für ein soziales und politisches Engagement.

Arbeitsgruppe feministische Theologie, Basel



Le patriarche de droit divin (roi, général, vainqueur, seigneur) que peux-tu encore en faire aujourd'hui? Veux-tu encore ressembler à la femme qui se tait, qui supporte, qui est soumise, chaste, sage et dévouée, à l'image de la femme "chrétienne"? Finalement qui a créé ces modèles et dans quels buts?

Jésus a été trahi par des hommes; des femmes se trouvaient sous la croix, elles sont allées vers la tombe et, les premières, virent le Ressuscité. Les disciples rejetèrent leurs révélations

(Marc), les qualifièrent de "petites histoires" (Luc). Mais... des hommes devinrent apôtres et princes de l'Eglise, les femmes des pécheresses pénitentes et des aides subordonnées.

Qu'est-ce que cela signifie encore pour nous, femmes d'aujourd'hui? Nous recherchons les orientations essentielles qui nous permettent de vivre une vie épanouissante et qui apporte à notre engagement social et politique une mesure humaine.

Groupe de travail sur la théologie féministe, Bâle

Il Vaticano e la donna -
Ciò che potrebbe interessare le femministe
nel nuovo diritto canonico

di Dr. iur. Gertrud Heinzelmann

Il 27 novembre 1983, prima domenica d'Avvento e inizio di un nuovo anno ecclesiale, entrava in vigore il nuovo Codex Iuris Canonici (CIC), il codice della Chiesa cattolica romana, promulgato dalla Costituzione apostolica "Sacrae disciplinae leges" di Papa Giovanni Paolo II, il 25 gennaio 1983. Questo codice sostituisce la precedente edizione (promulgata in occasione della Pentecoste 1917 da Papa Benedetto XV e in vigore dal 19.5.1918), la quale ha avuto il pregio di riunire, in un unico testo secondo il modello degli Stati occidentali, le leggi ecclesiastiche sparse in varie fonti. La revisione è frutto dell'iniziativa del papa del Concilio, Giovanni XXIII, che, il 28.3.1963, aveva creato la "Pontificia Commissione Codici Iuris Canonici recognoscendo", cui appartenevano, in un primo tempo, 30 cardinali. Il lavoro effettivo venne avviato solo al termine del Concilio Vaticano II, a seguito dell'allocuzione di Papa Paolo VI del 20.11.1965, che ne definiva gli indirizzi; fu pure questo papa a sollecitare la collaborazione di esperti del mondo intero quale consulenti.

Fra questi consulenti non c'era nessuna donna. La St. Joan's International Alliance (un'organizzazione femminile cattolica uscita dal movimento inglese per il suffragio femminile) esigeva regolarmente, nelle risoluzioni presentate in Vaticano in occasione delle proprie Concil Meetings (assemblee delle delegate), che le donne venissero fatte partecipare ai lavori, che la revisione portasse anche all'eliminazione delle discriminazioni esistenti contro le donne e all'eguaglianza tra donna e uomo in tutti gli aspetti della vita ecclesiastica, compresi l'

ordinazione e il sacerdozio. Sull'esempio della parità di diritti raggiunta negli Stati occidentali, nel nuovo CIC sono state abrogate una trentina di disposizioni amministrative discriminanti. Per "laici" si intendono donne e uomini. Importante è il diritto (CIC can. 229) riconosciuto per principio a tutti i laici, di studiare teologia, acquisire un titolo accademico e insegnare scienze religiose nelle università e facoltà legate alla Chiesa come pure negli istituti teologici dei conventi. A norma del CIC can. 1363, i vescovi dovevano lasciare accedere ai loro seminari i "filii legitimi". È merito delle facoltà statali di teologia cattolica della Germania di aver aperto le porte alle donne per lo studio della teologia negli anni 50 e di aver laureato le prime candidate attorno al 1960. Il nuovo codice consolida e generalizza questo stato di cose a tutta la Chiesa.

Ma sostenere che nel nuovo codice non vi siano più discriminazioni a danno delle donne non corrisponde per nulla ai fatti. La speranza di tante persone che, al momento di tradurre in pratica le risoluzioni del Concilio Vaticano II, si sarebbe vista una rivalorizzazione delle donne a seguito della parificazione tra laici di sesso maschile e femminile quali membri del "popolo di Dio", non si è avverata. A forza di legge, il nuovo CIC consolida la prassi della discriminazione dei laici di sesso femminile nei servizi liturgici, una prassi contraria alla sensibilità di larghe fasce della popolazione, ma da anni ormai promossa dal Vaticano. I "viri laici" - dunque espressamente i laici di sesso maschile - possono, secondo il CIC can. 230 §1, essere investiti durevolmente nell'ambito di una cerimonia liturgica particolare, dell'ufficio di lettorato (lettura delle epistole e delle intercessioni) o di accolito (servizio durante le funzioni e distribuzione della comunione). È vero che in caso di bisogno, qualora non vi

fossero né lettori né accolti, tutti i laici possono esercitare il servizio della parola e leggerle le orazioni, amministrare il battesimo e distribuire la comunione. Resta nondimeno che solo il bisogno consente ai laici di sesso femminile di fruire di uguali diritti. Possiamo rilevare con soddisfazione che, in Svizzera e in Germania, le ragazze hanno, perlomeno finora, potuto servir messa e le donne hanno, qualche volta, tenuto la predica. Gli assistenti laici non consacrati - donne e uomini con formazione teologica - non vengono neppure nominati nel CIC, e ciò presumibilmente a causa del timore, assai fondato dopo il sinodo pastorale olandese, che, un giorno, i laici non consacrati si sostituiranno ai sacerdoti e diaconi ordinati. Applicando alla lettera il disposto del can. 764, in caso normale, i primi non potrebbero neppure più tenere la predica, un ufficio riservato esclusivamente ai sacerdoti e ai diaconi. Qui da noi, le possibilità di intervento degli assistenti pastorali dipendevano e dipendono in larga misura dall'atteggiamento del vescovo e del parroco.

Ma queste non sono tutte le delusioni. Alle donne rimane tuttora precluso l'accesso ai tre ordini - episcopato, presbiteriato, e diaconato - dove il relativo sacramento può essere ricevuto validamente solo dall'uomo battezzato. Il nuovo can. 1024 è stato ripreso testualmente dal vecchio can. 968 ("Sacram ordinationem valide recepit solus vir baptizatus").

Con l'avvento del rinnovamento propugnato da Papa Giovanni XXIII anche l'apertura del diaconato alle donne sembrava possibile: una prospettiva che si ebbe in Germania e in Svizzera a seguito dei sinodi tenuti con la partecipazione dei laici. La risoluzione del "Sinodo 72" di Coira, con la richiesta che la Conferenza dei vescovi si impegni affinché le donne possano ricevere l'ordine del diaconato per poter essere chiamate a servire la Chiesa quali diaconesse, venne licenziata dal Sinodo svizzero il 12.-14.9.1975 e approvata dalla Conferenza dei vescovi. Analoghe furono pure le decisioni prese dai sinodi germanico e olandese.

La situazione di forza maggiore che trasforma le donne da laiche a persone aventi gli stessi diritti degli uomini è, nel Terzo Mondo e soprattutto nell'America Latina, uno stato permanente. Nell'ambito dell'auspicato rinnovamento, poco dopo il Concilio Vaticano II negli anni 1966/67, il vescovo di Natal, Dom Eugenio Sales, nominava per la prima volta una religiosa, sr. Irary Vidal Bastos, quale vicaria di Nizia Floresta (a 60km a sud di Natal). Il successo di questo esperimento, fatto con l'approvazione di Papa Paolo VI, fu tale che, poco dopo il suo trasferimento a Salvador Bahia, Dom Eugenio Sales insediava altre vicarie alla testa di varie comunità. E ora sono ben 25 le parrocchie che egli, nelle vesti di cardinale e arcivescovo di Rio de Janeiro, fa gestire dalle religiose sul modello di Nizia Floresta. Inoltre, egli ha chiamato la religiosa spagnola, sr. Maria Antonia Azcune Belderrain, in qualità di vicaria episcopale, a coordinare l'attività pastorale delle suore, concendendole in tutte le riunioni dei vescovi e dei vicari episcopali lo stesso diritto di voto dato a costoro.

Questa promozione de facto delle religiose in campo pastorale, realizzata grazie all'iniziativa presa da Dom Eugenio Sales, mostra cosa un vescovo ben disposto verso le donne possa fare in caso di forza maggiore. Fa ormai parte delle abitudini quotidiane, che siano le suore (magari anche di origine nordamericana o europea) a gestire la parrocchia, ad amministrare il battesimo, a celebrare i matrimoni in virtù di un mandato vescovile, a celebrare i funerali religiosi e la liturgia della parola, e ad assicurare l'assistenza pastorale e la catechesi proprio come un parroco. A seconda del piano di lavoro personale, un sacerdote ambulante visita poi queste comunità, spesso molto distanti, per celebrare l'eucaristia e conferire l'assoluzione sacramentale nella confessione, ai parrocchiani (uomini e donne) che si sono preventivamente confidati, in una conversazione informale a carattere di confessione, alle suore che stimano molto. L'esperimento brasiliano ha fatto scuola oltre i confini. Ma questo sviluppo positivo non deve farci dimenticare che le religiose non ordinate fanno in fondo

sempre solo un lavoro preliminare nell'attesa che gli uomini ordinati celebrino in seguito il sacramento. Lo spazio e la ricchezza dell'attività missionaria riescono forse a mitigare l'arezza risentita in tutto il suo acume alle nostre latitudini dalle religiose attive nella catechesi, nella cura dei malati, negli internati, ecc. Su questo punto si è espressa in modo eloquente sr. Raphaela Gasser, direttrice delle domenicane di Ilanz, nel suo articolo "Versteht ihr, was ich euch getan? (Joh. 13, 12) Zum Priestertum der Frau" (1). Privare la donna dell'accesso al sacerdozio non è altro, secondo sr. Raphaela, che un'arbitraria decurtazione del contributo che la donna è chiamata a dare alla Chiesa e alla comunità in genere. "Le donne si sentono chiamate al sacerdozio, e certo non solo da oggi. Conosco la risposta ufficiale della Chiesa a questa richiesta: una risposta che non soddisfa. Il fatto è, che all'impegno della donna nella Chiesa sono posto dei limiti".

La risposta della Chiesa è marcata dalla reazione diametralmente opposta alle aperitriche progressiste del Concilio Vaticano II ed è la risposta contenuta nella "declaratio" sulla questione dell'accesso al sacerdozio per le donne del 16.10.1976, pubblicata il 27.1.1977 (2). Redatta dalla Congregazione per la dottrina della fede, essa venne approvata, in vista della pubblicazione, da Papa Paolo VI - lo stesso papa che era a conoscenza del grande successo degli sviluppi avviati in Brasile da Dom Eugenio Sales e che, quando era ancora il cardinale G.B. Montini di Milano, nella sua allocuzione dell'11.2.1961 aveva incitato le religiose dicendo loro: "Siete oggi chiamate a diventare le diaconesse e le ministre della Chiesa di Cristo" (3).

Sarebbe inoltre stato compito di questo papa, Paolo VI, di tenere debito conto delle risposte alle domande che egli stesso aveva posto alla Pontificia Commissione biblica sul problema dell'ordinazione delle donne, tant'è più che il cardinale F. Seper presiedeva allora sia la Congregazione per la dottrina della fede sia la Commissione biblica. Con 17 voti contro 0, questa ha dunque stabilito che il Nuovo

Testamento non definisce in modo univoco una volta per tutte se le donne possano essere ordinate sacerdotesse, con 12 voti contro 5, che i motivi biblici non sono di per sé sufficienti a escudere l'ordinazione delle donne e, con 12 voti contro 5, che il piano di salvezza di Cristo non verrebbe trasgredito ammettendo le donne all'ordinazione (4).

Nella "dichiarazione" non si ritrova la minima traccia di queste decisioni prese da eminenti teologi. L'affermazione centrale - "La Chiesa, fedele all'immagine del suo Signore, non si sente autorizzata ad ammettere le donne all'ordinazione sacerdotale" - è sostenuta, in parte, da argomenti storici assai oppugnabili e, in parte, da una tipologia legata al sesso maschile del Cristo storico e per la quale si ritiene che solo l'uomo possa essere autorizzato alla sua "repraesentatio" nella celebrazione eucaristica. L'asserzione "mai la Chiesa cattolica ha sostenuto il parere che le donne possano ricevere validamente l'ordinazione sacerdotale ed episcopale" è facilmente confutabile in base ai risultati della ricerca storica praticata, nell'area europea di lingua tedesca e negli Stati Uniti, secondo il metodo dell'indagine critica, unico metodo scientifico per l'analisi storica della chiesa. L'apostolo Paolo che, nelle sue vesti di testimone, annunciava la risurrezione ai pagani in virtù della sua vocazione (Gal. 1, 16) - indipendentemente e in parziale contrasto "dogmatico" rispetto alla comunità giudeo-cristiana e ai suoi capi di Gerusalemme - fondò poi tra le popolazioni non ebraiche della Siria, dell'Asia Minore e infine, dell'Europa, delle comunità pagano-cristiane autonome e strutturate diversamente. La legittimazione a svolgere delle funzioni in seno alla comunità la si traeva dall'evidenza del carisma, presente tanto nelle donne quanto negli uomini. Dai giudeo-cristiani Paolo non riprese né la circoncisione né il rito rabbinico dell'imposizione delle mani. Le donne erano riconosciute come profetesse in virtù del loro carisma. Secondo la "Didachè", l'insegnamento dei dodici apostoli, che vide la luce in

Egitto (e datato tra gli anni 100 e 150 d.C.) la celebrazione eucaristica non era innanzitutto sacrificio bensì "Rendimento di Grazie" e l'orazione centrale consisteva nell'epiclesi di Cristo: "Venga il Signore e passi il mondo. Osanna al figlio di Davide. Maranatha". Ai profeti era concesso di recitare la preghiera di ringraziamento come meglio credevano (Did. 10, 7). Possiamo dunque dedurre che, alle donne nella loro funzione di profetessa, era consentito di presiedere alle celebrazioni eucaristiche e di recitare le corrispettive preghiere formulandole liberamente. Va inoltre ricordato che, nella Chiesa primitiva, il pane e il vino erano detti "immagini" del Cristo sacrificato, come lo si trova p. es. nella Didascalia Apostolorum siriana (200 d.C.) (5). Non vi era alcun sacerdote quale rappresentante oggettivo del Cristo, innalzato e seduto alla destra del Padre, nella cui persona potessero diventare operative le parole con cui egli istituì l'Eucarestia pronunciate a suo nome quali parole di trasformazione. Una simile evoluzione può essere rintracciata per la prima volta nel giuramento che Papa Gregorio VII chiede a Berengario di Tours di pronunciare in occasione del Sinodo di Roma del 1079; dal profilo terminologico, la dottrina della transustanziazione fa la sua apparizione durante il Concilio Laterano IV del 1215 (6).

La "repraesentatio" stessa è un prodotto della tipologia, un metodo di lettura dei fatti come prefigurazione di quanto avverrà in seguito, oggi rifiutato come metodo di ricerca scientifica. L'azione "in persona Christi", concepita come rappresentanza oggettiva richiederebbe dunque una "naturale somiglianza" tra Cristo e il suo servitore nella rappresentazione sacramentale, similitudine che non ci sarebbe "se il ruolo di Cristo non venisse rappresentato da un uomo, poiché allora difficilmente vi si riconoscerebbe l'immagine di Cristo. Cristo stesso era ed è un uomo".

Non vi sono motivi scientificamente fondati perché con l'arbitrario metodo tipologico si possa trovare una "similitudine" attraverso il volto umano e la parola, mentre è esclusivamente attraverso

la parola che si realizza la rappresentanza del Cristo storico e del Cristo innalzato (7). Al passaggio determinate in Gal. 3, 28 la "dichiarazione" accenna solo in riferimento a quanto Cristo fa per ristabilire l'unità perduta per il peccato originale; passata sotto silenzio è la trasformazione ontologica attraverso il battesimo, quel "rivestirsi di Cristo" che fa sì che "non vi sia più né ebreo né greco, né schiavo né libero, né uomo né donna". Da sempre donne e uomini ricevono il battesimo a tutti gli effetti nello stesso modo. Secondo il can. 87 del vecchio CIC, attraverso il battesimo la persona diventa membro effettivo della Chiesa di Cristo; inoltre, secondo la nuova versione del CIC can. 849 "coloro che vennero configurati secondo Cristo" sono poi incorporati nella Chiesa (Christo configurati Ecclesiae incorporantur). Come realtà spirituale, la transessualità inizia chiaramente al momento del battesimo. Se la Chiesa si rifiuta di realizzare ciò in sede eucaristica, allora ricade su di lei una parte della colpa se le femministe cristiane, da quando è stata pubblicata la "dichiarazione", fanno tanta fatica ad accettare un salvatore maschile.

La dichiarazione vaticana del 1976/77 ha scatenato una marea di proteste negli ambienti dei fautori dell'ordinazione delle donne. Innumerevoli grandi e piccole pubblicazioni esprimevano critiche su larga scala presentando un'infinità di argomenti contrari. Per motivi formali, la "declaratio" è ritenuta impegnativa non più di quel tanto. La visita negli Stati Uniti di Papa Giovanni Paolo II nell'autunno 1979 ha offerto alle femministe cattoliche lo spunto per manifestare contro il sessismo tabù della Chiesa in varie città progressiste e malgrado una forte pressione da parte della polizia. Fra le manifestazioni, il maggior successo lo ha avuto quella di Washington D.C., dove, il 7.10.1979 nel reliquario dell'Immacolata Concezione (Shrine of the Immaculate Conception), le 53 religiose presenti espressero il loro dissenso rimanendo in piedi

durante l'allocuzione papale e la presidente delle superiori organizzate (Leadership Conference of Women Religious, LCWR), sr. M. Theresa Kane RSM, rivolgendosi al suo messaggio di saluto al papa, lo mise a diretto confronto con i sentimenti offesi e il modo di pensare delle donne americane dicendo: "Prego insistentemente Sua Santità di pensare alle pene e agli affanni che rappresentano una parte della vita di tante donne negli Stati Uniti. Le chiedo di ascoltare con simpatia l'appello delle donne, le quali costituiscono la metà dell'umanità. Come donne abbiamo accolto il vigoroso messaggio della nostra Chiesa, che insiste sulla dignità e la valorizzazione di ogni persona. La nostra contemplazione ci porta a dichiarare che la Chiesa, per essere credibile nella sua vocazione di difesa della dignità e del valore di ogni persona umana, deve creare la possibilità di inserire le donne, come persone, in tutti gli uffici della Chiesa...". Papa Giovanni Paolo II, abituato a improvvisare repliche, abbandonava il luogo senza proferir parola. Davanti al portone lo attendevano manifestanti femministe con trasparenti recanti "il sessismo è peccato, pentiti" oppure "se non vi è l'ordinazione delle donne, non deve esservi neppure il battesimo". La richiesta di udienza presso il papa, presentata preventivamente e ripetuta in seguito dalla LCWR, non venne accolta. Papa Giovanni Paolo II si è così sottratto a un dialogo che, ai tempi del Concilio Vaticano II, si auspicava.

Per le donne cattoliche progressiste di tutto il mondo, l'America è la terra della speranza. Oltre all'organizzazione già menzionata delle superiori di ordini religiosi, molto attiva è pure la NARW (National Assembly of Religious Women), la quale raggruppa religiose, e da un paio d'anni anche donne laiche, che operano soprattutto nei servizi assistenziali. "Priests for equality" è un'organizzazione di sacerdoti che da anni si impegna a favore dell'ordinazione delle donne. La "Women's Ordination Conference" organizzava nel 1975 a Detroit la prima grande manifestazione a livello nazionale; in seguito venne mantenuta come organismo permanente e, nel novembre del 1978, riu-

niva a Baltimora, per un'impressionante manifestazione internazionale, partecipanti da tutto il continente americano e dall'Europa. Confortato dal successo, il comitato di quest'organizzazione è entrato in lunghe trattative con la Conferenza dei vescovi americani, trattative che sfociarono in seguito nella riduzione del linguaggio sessista nella Chiesa. "Sisters against sexism" e "WATER" (Women's Alliance for Theology, Ethics and Ritual) sono due organizzazioni che studiano e promuovono le "Women's Liturgies", delle funzioni religiose concepite dalle donne per le donne, e i cui testi vengono esclusivamente redatti da donne. Già nell'agosto del 1976 il comitato della "Catholic Biblical Association" riusciva a comporre, ricorrendo ai propri membri, un gruppo di note teologiche, alle quali affidò il compito di presentare in modo accessibile e pubblicare, in uno "statement" oggi molto diffuso, i più importanti risultati delle ricerche storiche condotte secondo il metodo critico sul ruolo delle donne nella Chiesa primitiva. Un sentimento di forza collettiva sta inoltre crescendo grazie agli "Women's studies", largamente diffusi nelle università, e grazie alle ricerche svolte dalle professoressi di teologia impegnate.

La "dichiarazione" del 1976/77 è stata, anche negli Stati Uniti, deleteria per il progressismo femminista. Da allora, i vescovi simpatizzanti non si sono pressoché più espressi in modo altrettanto disinvolto come prima a favore dell'ordinazione della donna. (Pare che recentemente il Vaticano rifiuti tutti i candidati all'episcopato che non seguono la linea stabilita). La crescente repressione si nota nell'indagine sulla vita degli ordini religiosi, richiesta dal Vaticano ai vescovi americani eludendo l'intervento dei superiori degli ordini interessati. Informalmente si è saputo che l'indagine era volta contro le suore, molte delle quali, sull'onda del "rinnovamento", da venti anni a questa parte, hanno fornito un grosso lavoro assistenziale e, in America Latina, anche politico. In occasione

del convegno della NAWR del 14.8.1983, esse esprimevano, sotto la guida della loro presidente, sr. Marjorie Tuite, la loro grande preoccupazione decidendo pure di non partecipare all'indagine, di essere solidali e di non permettere in alcun modo di essere separate secondo il principio del "divide et impera". Un piccolo sostegno lo dovevano ricevere dal vescovi Michael McAuliffe di Jefferson City, Mo., lì presente, il quale, in un'audienza del giugno 1983 durata due ore, aveva cercato di spiegare al papa quali fossero le posizioni e la mentalità delle donne d'America. Sette dei dieci vescovi americani presenti in Vaticano si erano espressi a favore dell'impegno sociale delle suore, benché questi stessi uomini del Vaticano non avessero alcun'idea né della donna americana, né delle sue doti, né del suo ruolo nella società (8).

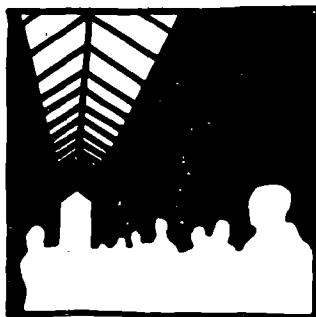
Benché nel nuovo codice siano frequenti i rimandi alla teologia medievale, la parola carisma, la più essenziale e originariamente cristiana, non vi appare mai. Questo concetto, uno dei più importanti elementi costitutivi delle comunità paoline, sembra sia stato stralciato nel 1982, quando i lavori preliminariolgevano ormai al termine. Nel CIC prevale così l'istituzione concreta, definibile giuridicamente, la Chiesa ufficiale, che già nell'età primitiva aveva soppiantato le profetesse e che oggi vuol mettere a tacere le donne impegnate d'America. Per non essere mai a corto di mezzi di potere, nel diritto penale venne introdotta, sotto CIC can. 1399, una clausola generale davvero madornale secondo l'odierna concezione giuridica: oltre alle fattispecie elencate è consentita la punizione "di trasgressioni esterne di leggi divine o canoniche, qualora l'importanza della trasgressione richieda una punizione, la necessità vi costringa, o si possano prevenire o riparare scandali". Il carisma, che per molti si manifesta proprio nel risveglio spirituale delle donne religiose americane, è riconosciuto espressamente dalla costituzione Lumen Gentium, cifra 12, del Concilio Vaticano II. Il giudizio sulla

genuinità e l'applicazione spetta però "a coloro che nella Chiesa assumono la direzione e cui compete in modo particolare di non spegnere lo spirito".

(Traduzione: Romana Camani-Pedrina)

Note p. 53.

Bibliografia p. 68s.



Ich war schön geworden wie meine Mutter. Die Männer verdrehten sich Hals und Kopf nach mir. Einmal sah ich, wie ein Gast meinem Vater ein Zeichen machte zu mir hin und wie beide nickten und lächelten. Nach Tisch musterte der Mann mich von oben bis unten. Schlechte Sitte. Ich aber hatte rasch begriffen: den sollte ich heiraten. Als er mir ins Gesicht schaute, bleckte ich ihm die Zähne. Was soll das? fragte er. Ich sagte: Schaut man nicht dem Pferd, das man kaufen will, ins Maul? Er lachte laut. Hiernach sah ich ihn lange mit meinem Vater verhandeln. Mich handelten sie aus. Meine Tante sagte: Du hast ein Glück, der Mann ist steinreich und sehr angesehen.

Ich rief: Der? Der wird mein Ehemann nicht, der nicht. Ich lasse mich nicht kaufen, auch nicht vom Meistbietenden.

Der Mann hörte es und lachte, auch mein Vater lachte. Der Fremde sagte laut und auch in drei Sprachen: Die gefällt mir! Dieses wilde Fohlen werde ich zureiten, das gibt eine prächtige Zuchtstute.

Bibliographie

AUBERT, Jean Marie:
La Femme. Antiféminisme et Christianisme.
Paris 1975.

CADY STANTON, Elizabeth:
The Original Feminist Attack on the
Bible (The Woman's Bible). New York
1974.

CHRIST, Carol P. & Judith PLASKOW (Ed.):
Womenspirit Rising. A Feminist Reader
in Religion. New York 1979.

CLARK, Elizabeth & Herbert RICHARDSON:
Women and Religion. A Feminist Source-
book of Christian Thought. New York
1977.

CRAIG FAXON, Alice:
Frauen im Neuen Testament. München
1979 (Women and Jesus 1973).

DALY, Mary:
Kirche Frau und Sexus. Olten/Freiburg
1970. (The Church and the Second Sex,
1968).

dies.:
Jenseits von Gottvater, Sohn & Co.
Aufbruch zu einer Philosophie der
Frauenbefreiung. München 1978 (Beyond
God the Father 1973).

GOËSSMANN, Elisabeth:
Die Frau als Priester? In: Concilium 4
(1968) S. 288-293.

HALKES, Catharina J.M.:
Frau, Welt, Kirche. Wandlungen und For-
derungen. Wien/Köln 1967.

dies.:
Gott hat nicht nur starke Söhne. Grund-
züge einer feministischen Theologie.
Gütersloh 1980.

HALKES, Catharina J.M. & Daan BUDDINGH
(Ed.):
Wenn Frauen ans Wort kommen. Gelnhausen/
Berlin/Stein 1979.

HARKNESS, Georgia:
Women in Church and Society. New York
1972.

HAUGHTON, Rosmary:
Ist Gott ein Mann? In: Concilium 16
(1980).

HEINZELMANN, Gertrud:
Wir schweigen nicht länger / We Won't
Keep Silence any longer. Zürich o.Jg.
(1965).

HEINZELMANN, Gertrud:
Die getrennten Schwestern, Zürich 1967.

JELSMA, Auke J.:
Heilige und Hexen. Die Stellung der
Frau im Christentum. Konstanz 1977.

KAHL, Susanne (Ed.):
Die Zeit des Schweigens ist vorbei. Zur
Lage der Frau in der Kirche. Gütersloh
1979.

MOLTMANN-WENDEL, Elisabeth (Ed.):
Menschenrechte für die Frau. München/
Mainz 1974.

dies. (Ed.):
Frauenbefreiung. Biblische und theolo-
gische Argumente. München/Mainz 1978.

dies.:
Freiheit, Gleichheit, Schwesterlichkeit.
Zur Emanzipation der Frau. Kaiser-
Traktate 25. München 1978.

dies. (Ed.):
Frau und Religion. Gotteserfahrung im
Patriarchat. Frankfurt a.M. 1983.

MULACK, Christa:
Die Weiblichkeit Gottes. Matriachale
Voraussetzungen des Gottesbildes.
Stuttgart/Berlin 1983.

PINTASILGO, Maria de Lourdes:
Les nouveaux féminismes: Question pour
les chrétiens? Paris 1980.

RADFORD RUETHER, Rosmary (Ed.):
Religion and Sexism. Images of Woman
in the Jewish and Christian Traditions.
New York 1974.

dies.:
Frau und kirchliches Amt in historischer
und gesellschaftlicher Sicht. In:
Concilium 12 (1976).

dies:
Maria. Kirche in weiblicher Gestalt.
München 1980 (Mary - The Feminine Face
of the Church 1977).

RADFORD RUETHER, Rosmary & Eleanor
McLAUGHIN (Ed.):
Women of Spirit. Female Leadership in
the Jewish and Christian Traditions.
New York 1979.

RAMING, Ida:
Der Ausschluss der Frau vom priesterli-
chen Amt. Gottgewollte Tradition oder
Diskriminierung? Köln/Wien 1973.

RAMING, Ida:

Die inferiore Stellung der Frau nach geltendem Kirchenrecht. In: Concilium 12 (1976).

SWINDLER, Leonhard & Arlene SWINDLER (Ed.):
Women Priests. A Catholic Commentary on the Vatican Declaration. New York 1977.

Weitere Literaturhinweise finden sich in

GOESSMANN, Elisabeth:
Die streitbaren Schwestern. Was will die feministische Theologie. Freiburg 1981.

* * *

Ausserdem sind in letzter Zeit neu
erschienen:-----

HELD, Thomas & René LEVY:
Die Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft. Eine soziologische Analyse am Beispiel der Schweiz. Diessenhofen 1983 (Neuaufgabe).

RIFFEL-GERICKE, Christiane:
Männer in Familie und Beruf. Eine empirische Untersuchung zur Situation Schweizer Ehemänner. Diessenhofen 1983.

ERLER, Gisela u.a.:
Mütter zwischen Beruf und Familie. Familienpolitik mit Mutterschaftsurlaub, Erziehungsurlaub oder Erziehungsgeld? Modelle und Meinungen aus fünf europ. Ländern. München 1983.



Problematische Familienbesteuerung

Bemerkungen zu den eidgenössischen Steuerharmonisierungsprojekten

von Dr. WERNER MOSER
Muri bei Bern

Die vor den eidgenössischen Räten liegenden Vorlagen über die Harmonisierung der direkten Steuern von Kantonen und Gemeinden sowie über die direkte Bundessteuer¹ dürften vielenorts nicht allein aufgrund ihres Harmonisierungseffekts, sondern auch durch ihren Systemscheid in Sachen Besteuerung von Ehepaaren und Familien Ernüchterung, Enttäuschung oder Verärgerung hervorgerufen haben. Darnach soll an der herkömmlichen Familienbesteuerung festgehalten werden², bei der die Einkünfte und Vermögenswerte der Ehegatten und ihrer minderjährigen Kinder für die Steuerbemessung zusammengerechnet³ und progressionsbedingte Mehrbelastungen gegenüber alleinstehenden Steuerpflichtigen durch

Abzugs- und Doppeltarifsysteme gemildert⁴ werden. Zwar stellen die Vorlagen weitergehende Steuerermäßigungen für verheiratete Personen⁵ und eine Verbesserung der verfahrensrechtlichen Stellung der Ehefrau⁶ in Aussicht. Diese Korrekturen vermögen aber die bisher deutlich in Erscheinung getretenen Nachteile dieses Systems, nämlich einerseits eine Schlechterstellung der ehelichen gegenüber andern Haushaltsgemeinschaften und andererseits die Ungleichbehandlung der Ehepartner, lediglich zu reduzieren, nicht zu beseitigen⁷. Mit die-

¹ Bei der direkten Bundessteuer nach geltendem Recht vor allem durch die Abzüge gemäß Art. 22 Abs. 1 lit. i und Art. 25 BdBSt; nach vorgesehenem Recht durch Sozialabzüge gemäß Art. 35. Zweitverdienerabzug nach Art. 33 Abs. 2 und ermäßigten Verheiratetentarif gemäß Art. 36 Abs. 2 Entwurf DBG. Über die Vielfalt der heutigen Entlastungssysteme in den Kantonen vermittelt die Botschaft, S. 22 (Ziff. 142, 13) und namentlich die Übersicht in Anhang 1, S. 249, eine gute Gesamtschau; der Entwurf StHG knüpft auch hier an Bestehendes an, indem er nach Art. 12 Abs. 2 fortan zwei Systeme - Prozentabzug vom Steuerbetrag und Doppeltarif - zur Verfügung stellt und nach Art. 10 Abs. 2 lit. k einen Zweitverdienerabzug vorsieht.

² Bezüglich der direkten Bundessteuer vgl. Botschaft, S. 75/76 und 176 sowie die Tabellen 2.2 bis 2.6 (S. 269-273) von Anhang 2; bezüglich der kantonalen und kommunalen Steuern bleibt es allerdings bei der Zuständigkeit der kantonalen Gesetzgeber, den Umfang der von Art. 12 Abs. 2 Entwurf StHG vorgeschriebenen Steuerermäßigung für Verheiratete festzusetzen, und bei einer Empfehlung der Koordinationskommission, diesen eine Entlastung von 20-30% des Steuerbetrags zu gewähren (vgl. Botschaft S. 33 und 97/98).

³ Bei der direkten Bundessteuer durch Art. 118 Entwurf DBG; bei den kantonalen Steuern durch Art. 43 Entwurf StHG; Kommentare dazu in Botschaft, S. 28/29, 130 und 206.

⁴ Bezüglich der direkten Bundessteuer vgl. Botschaft, S. 33 und 75/76 sowie besonders Tabelle 2.7 (S. 274) von Anhang 2. Nach den darin wiedergegebenen 8 Zahlenbeispielen würde sich der Abbau - soweit überhaupt einer resultiert - der Schlechterstellung ehelicher gegenüber nichtehelichen Doppelverdienerhaushalten in engen Grenzen halten (zwischen 12 und 2.7%); in 7 Rechenbeispielen ergäbe sich weiterhin eine Steuerersparnis der nichtehelichen Doppelverdienerhaushalte, und zwar in der Höhe von 27.8-55%, wobei sie in 3 Beispielen gar noch höher (0.9-2.3%) ausfielen als unter dem geltenden Recht. Lediglich in einem Beispiel (mit besonders niedrigen Einkommensannahmen), bei dem schon nach geltendem Recht eheliche Haushalte gegenüber nichtehelichen besser wegkommen, ergäbe sich eine beträchtlich höhere Steuerersparnis der ehelichen Haushalte.

Bei den kantonalen und kommunalen Steuern dürfte sich hinsichtlich der Belastungsrelationen zwischen ehelichen und andern Haushaltsgemeinschaften trotz der Unterschiede in den Korrekturverfahren nicht ein wesentlich anderes Bild ergeben als bei der direkten Bundessteuer.

Aufgrund der in Anm. 6 erwähnten Bestimmungen der beiden Gesetzesentwürfe fällt wohl die heutige verfahrensrechtliche Schlechterstellung der Ehefrau weg; dagegen bleibt die Chancengleichheit der Ehegatten bezüg-

¹ Botschaft über die Steuerharmonisierung, BBl 1983 III 1 ff. mit

- Anhängen betreffend
- Beispiele der Ehegattenbesteuerung aus dem Ausland (Anhang 1, S. 247 ff.)
- Belastungsvergleiche bei der direkten Bundessteuer der natürlichen und juristischen Personen (Anhang 2, S. 266 ff., insbes. Tabellen der Belastungsrelationen zwischen Ledigen und Verheirateten (Allein- und Doppelverdienern) (S. 267-275).
- Entwürfen zu Bundesgesetzen über
 - die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG, S. 288 ff.),
 - die direkte Bundessteuer (DBG, S. 316 ff.).

² Botschaft, S. 5 und 24 ff. (Ziff. 142.2).

³ Bei der direkten Bundessteuer nach den Artikeln 13 und 14 des geltenden Bundesratsbeschlusses vom 9. Dezember 1940 über die Erhebung einer direkten Bundessteuer (BdBSt, SR 642.11) bzw. nach Art. 9 Entwurf DBG; bei den direkten Steuern der Kantone und Gemeinden geht der Entwurf StHG von der Zusammenrechnung als in allen Kantonen gesetzlich normiertem Prinzip aus und knüpft daran in Art. 12 Abs. 2 die Forderung, für verheiratete Personen, die in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe leben, die Steuer tiefer anzusetzen.

sem Ziel im Ausland, beispielsweise in Österreich, Deutschland, Frankreich, Schweden und in den USA, eingeführte Alternativen zum hiesigen System, wie namentlich die Individualbesteuerung, das Splitting-Verfahren und die Besteuerung nach Konsumeinheiten, werden in der Botschaft zu den Harmonisierungsvorlagen wohl zur Diskussion gestellt⁸, aber als «radikale Abkehr vom heutigen System» bzw. Ursache untragbarer Einnahmefälle abgelehnt⁹. Dabei erscheint dieses System, das schon in vergangenen Jahrzehnten als ehe- und familienfeindlich empfunden worden ist und deswegen wissenschaftliche Kritik¹⁰ und parlamentarische Vorstöße¹¹ auf sich gezogen hat, im Licht der rechtlichen und gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre und der nächsten Zukunft problematischer denn je:

lich ihrer wirtschaftlichen Entfaltung als Folge der mit der Zusammenveranlagung weiterhin verbundenen Verschärfung des Steuerdrucks bestehen, vgl. hinten Ziff. 1.

⁸ Botschaft, S. 24 ff. (Ziffern 142.21 und 142.22) sowie Anhang 1 (S. 247 ff.) mit Belastungsvergleichen.

Die andersartigen ausländischen Ehegatten- und Familienbesteuersysteme haben auch immer wieder zu vergleichenden Analysen in der schweizerischen staats- und verwaltungsrechtlichen Literatur Anlaß gegeben; erwähnt seien lediglich: PETER J. MARTI, Ehegattenbesteuerung in der Schweiz und im Ausland, in: Archiv für Schweizerisches Abgaberecht, Bd. 41 (1973), S. 545 ff.; ELMAR REIZÉ, Die Ehegattenbesteuerung als verfassungsrechtliches und steuerrechtliches Problem, Bern 1976; SILVIA AESCHBACH, Die Besteuerung der Familie in Deutschland, Österreich und Frankreich im Vergleich zur Schweiz, Zürich 1980.

⁹ Anhang 1, S. 265; Botschaft, S. 27, 31–33.

¹⁰ U. a. von MAX IMBODEN, Die Einheit der Familie im Steuerrecht, in: Festgabe für August Egger «Der Schutz der Familie», Zürich 1945, S. 377; MORITZ CANDRIAN, Steuerrecht und Familiengemeinschaft, Zürich 1951; DERSELBE, Zur Frage der Einkommensbesteuerung pro Konsumeinheit, in: Steuerrevue 1958, S. 256 ff.; H. WEIDMANN, Um eine gerechtere Ehegattenbesteuerung, in: Steuerrevue 1958, S. 58 ff.; HERBERT SCHÖNLE, Ist Artikel 13 des Wehrsteuerbeschlusses verfassungswidrig?, in: Steuerrevue 1958, S. 250 ff.; YVES DE ROUGEMONT, L'imposition globale des époux, in: Steuerrevue 1963, S. 21 ff.; ERNST HÖHN, Fragen der Ehegattenbesteuerung, in: Archiv für Schweizerisches Abgaberecht, Bd. 33 (1964/65), S. 465 ff.; HENZ HALLER/WALTER BIEL, Zukunftsgerechte Finanzreform für die Schweiz (ein finanzwissenschaftliches Gutachten), Zürich 1971.

¹¹ Vorstöße auf Einführung der getrennten Ehegattenbesteuerung wurden in den letzten 15 Jahren u. a. in den Kantonen Basel-Land, Bern, St. Gallen und Schaffhausen sowie im Bund unternommen; andere Vorstöße, die eine der Individualbesteuerung oder dem Splitting vergleichbare Steuerentlastung für Verheiratete anstreben, sind u. a. in den Kantonen Zürich, Glarus, Thurgau und Waadt lanciert worden.

Rechtliche Veränderungen:

- Die Revision des Kindesverhältnisses durch Bundesgesetz vom 25. Juni 1976¹², in Kraft seit 1. Januar 1978;
- die Verankerung der Geschlechtergleichheit in der Bundesverfassung (Art. 4 Abs. 2) seit dem 14. Juni 1981 mit dem Auftrag an den Gesetzgeber, für die Gleichstellung von Mann und Frau zu sorgen¹³;
- die pendente Eherechtsrevision mit den Grundanliegen der rechtlichen Gleichstellung von Mann und Frau in der Ehe und der Partnerschaft als neuem Eheleitbild¹⁴.

Gesellschaftliche Veränderungen:

- Zunahme der Zweiverdienerhe infolge stärkerer Bereitschaft verheirateter Frauen zur (Wieder-)Eingliederung in den Erwerbsprozeß;
- stete Zunahme eheähnlicher und anderer nichtehelicher Lebensgemeinschaften.

Diese Veränderungen sind bei der Ausarbeitung der Steuerharmonisierungsvorlagen nicht übersehen¹⁵, aber – wie mir scheint – in ihrem Gewicht und ihrer Tragweite für die schweizerischen Steuergesetzgebungen unterschätzt worden. Ein fragwürdig gewordenes Ehe- und Familienverständnis¹⁶, ein ungenügend reflektiertes Prinzip der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit¹⁷ sowie staatshaushaltspolitische Rücksichten¹⁸ sind einstweilen die dominanten Gesichtspunkte für den Entscheid zugunsten eines «status quo amélioré» geblieben. Die Gefahr ist groß, daß das Ehegatten- und Familienbesteuerungssystem solcherart dogmatisch erstarrt, daß es in der stark veränderten rechtlichen und gesellschaftlichen Landschaft unserer Tage

¹² AS 1977 237 ff.

¹³ AS 1981 1243.

¹⁴ Botschaft vom 11. Juli 1979 über die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Wirkungen der Ehe im allgemeinen, Ehegüterrecht, Erbrecht), BBl 1979 II 1191 ff.

¹⁵ Botschaft, S. 24.

¹⁶ Botschaft zur Eherechtsrevision (Anm. 14), S. 1197 ff. (Ziff. 14).

¹⁷ Die konsequente Handhabung dieses Prinzips riefte beispielsweise einer allgemeinen Haushalt-, und nicht einer Ehegatten- bzw. Familienbesteuerung, bei der bloß die ehelichen Haushalte einem – zumal noch verschärften – Sonderregime unterworfen werden. In diesem Sinne schon ROUGEMONT, a. a. O. (Anm. 10), S. 29/30.

¹⁸ Botschaft, S. 27, 33 unten und 76.

zum erratischen Block wird, der nur dank seinem fiskalischen Gewicht¹⁹ und seiner Erosionsfestigkeit gegenüber dem Verfassungsrichter²⁰ den Tag überdauert.

Eine Überprüfung des Systems auf seine innere Übereinstimmung mit allen Teilen der in ständigem Wandel begriffenen rechtlichen und sozialen Ordnung, insbesondere nach folgenden Richtungen hin, erscheint daher im Rahmen der parlamentarischen Behandlung der Harmonisierungsvorlagen als angezeigt:

1. Vereinbarkeit mit den Leitgrundsätzen der Gleichberechtigung, der individuellen Selbstbestimmung und des partnerschaftlichen Zusammenwirkens der Ehegatten im vorgesehenen Ehe-recht

Das Prinzip der Familienbesteuerung hat seinen Ursprung und Anknüpfungspunkt im traditionellen Modell der Hausfrauenehe, die durch das Ehe-recht von 1907, namentlich durch die Artikel 160–163 und 167 ZGB und durch die Güterrechtsregelung der Artikel 178–251 ZGB rechtlich konstituiert und abgesichert ist. Schickt sich der Zivilgesetzgeber an, dieses Modell im Sinne der rechtlichen Gleichstellung, Selbstbestimmung und Partnerschaft der Ehegatten zu reformieren²¹, so gebietet die Maxime der Widerspruchslosigkeit der Rechtsordnung, diese Leitgedanken auch in «abgeleiteten» Gesetzgebungsbereichen, wie vor allem jenen des Steuer- und Sozialversicherungsrechts, zu berücksichtigen und durchzugestalten²². Verzichtet der

Zivilgesetzgeber künftig auf eine starre Rollen- und Aufgabenteilung zwischen den Ehegatten²³, so darf der Steuergesetzgeber nicht in dem Sinne gesellschaftspolitischen Druck – das deutsche Bundesverfassungsgericht sprach in seinem Grundsatzentscheid von 1957 von einem «Eduktionseffekt»²⁴ – aufrechterhalten, daß er einen erwerbswilligen Ehepartner (nach empirischen ehe- und familien-soziologischen Daten wohl in der Regel noch die Ehefrau) durch erhöhte Steuerbelastung in Form der Zusammenveranlagung an den häuslichen Herd zu binden sucht. Desgleichen kann der Steuergesetzgeber bei der Ausgestaltung der verfahrensrechtlichen Stellung der Ehegatten und namentlich bei der Festlegung der Belastungsrelationen zwischen ehelichen und andern Haushaltsgemeinschaften sowie zwischen Ein- und Zweiverdienererehen nicht mehr ohne weiteres an der Ehe bzw. Familie als «wirtschaftlicher Erwerbs- und Verbrauchergemeinschaft» anknüpfen, wenn der Zivilgesetzgeber den heutigen gewandelten Anschauungen durch einen neuen ordentlichen Güterstand Rechnung zu tragen gedenkt, der der Gleichberechtigung und Eigenständigkeit beider Ehegatten in vermögensrechtlichen Angelegenheiten besser gerecht wird²⁵.

2. Vereinbarkeit des Familienbesteuerungssystems mit dem neuen Kindesrecht, insbesondere mit den Artikeln 318–327 ZGB betreffend das Kindesvermögen

Im Vordergrund steht hier die Frage, ob sich die in den Gesetzesentwürfen vorgesehene Zurechnung von Einkommen und Vermögen minderjähriger Kinder zu den Steuerfaktoren der Inhaber der elterlichen Gewalt aufrechterhalten läßt, nachdem der Zivilgesetzgeber im Rahmen des neuen Kindesrechts eine weitgehende Verselbständigung und erhöhten Schutz des Kindesvermögens sowie eine freiere Stellung des Kindes herbeigeführt hat. Zweifellos war die frühere gesetzliche Nutzungsbe-

recht, in: Wirtschaftswissenschaft als Grundlage staatlichen Handelns, Festschrift für Heinz Haller, 1979, S. 307 ff., insbes. S. 330/31) zum Schluß, das neue Ehe-recht habe keine grundsätzliche Überprüfung des im Bundessteuerrecht und in den kantonalen Rechten verankerten Prinzips der Familienbesteuerung zur Folge.

¹⁹ Botschaft zur Eherechtsrevision (Anm. 14), S. 1247 ff. (Ziff. 213 bis 216).

²⁰ BVerfGE 6 (1957) 55 ff., insbes. S. 80 ff.

²¹ Botschaft zur Eherechtsrevision (Anm. 14), S. 1207 ff. (Ziff. 143 und 15).

¹⁹ Die mit jedem Systemwechsel verbundenen mehr oder weniger hohen Steuerausfälle dürften schon bisher der Hauptgrund gewesen sein, daß das Ehegatten- und Familienbesteuerungssystem die zahlreichen parlamentarischen und publizistischen Angriffe immer wieder unbeschadet oder geringfügig modifiziert überstand.

²⁰ Diese wäre aufgrund des Gesetzesprüfungsverbots von Art. 113 Abs. 3 und 114 bis Abs. 3 BV nach Inkrafttreten des DBG jedenfalls für die direkte Bundessteuer gegeben. Aufgrund der Systemhomogenität (Anm. 3) empfände aber das Bundesgericht wohl auch Hemmungen, das Ehegatten- und Familienbesteuerungssystem im Rahmen der – an sich möglichen (Art. 84 Abs. 1 OG) – Anfechtung einer kantonalen Steuergesetzgebung auf Verfassungsmäßigkeit zu überprüfen, würde sich diese Prüfung doch mittelbar auch auf das DBG erstrecken.

²¹ Botschaft zur Eherechtsrevision (Anm. 14), S. 1202 ff. (besonders Ziff. 142.1 und 142.2) und S. 1234 ff. (Ziff. 181 bis 184).

²² Der Widerspruch ist freilich nicht ein normlogischer, sondern ein solcher der ideellen Grundhaltung und legislativpolitischen Wertung. Wohl deswegen gelangt FERDINAND ZUPPINGER (Familienbesteuerung und neues Ehe-

rechti gung der Eltern am Kindesvermögen (alt Artikel 292 und 293 ZGB) ein sehr wesentlicher, wenn nicht gar bestimmender Kausalfaktor für die steuerliche Zusammenrechnung. Werden die Eltern aus der Stellung von Nutznießern am Kindesvermögen entlassen und in jene von Beauftragten eingewiesen²⁶, so dürfte sich die Familienbesteuerung aus der Sicht des Kindesrechts kaum mehr rechtfertigen lassen. Daß das Kind gegebenenfalls aus eigenen Mitteln einen Beitrag an den gemeinsamen Haushalt leisten muß, entspricht nur dem Gedanken, daß es im zumutbaren Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten selbst verantwortlich ist und die Eltern von der Unterhaltspflicht entlastet soll²⁷. Findet die Familienbesteuerung einerseits in der neuen zivilrechtlichen Ausgestaltung des Kindesverhältnisses kaum mehr Rückhalt und Rechtfertigung, so gibt sie andererseits zur heiklen Frage Anlaß, auf wen die durch die Zusammenveranlagung von Kindes- und Elternvermögen bewirkte zusätzliche Steuerlast überwälzt wird. Diese Frage dürfte kaum eine befriedigende Lösung finden.

3. Konsequenzen des neuen Geschlechtergleichheitsartikels 4 Absatz 2 auf die Steuergesetzgebung von Bund und Kantonen

Mit Artikel 4 Absatz 2 ist am 14. Juni 1981 eine wertentscheidende Grundsatznorm in die Bundesverfassung aufgenommen worden, die Anspruch darauf erhebt, in der gesamten Rechtsordnung und von den Organen aller staatlichen Ebenen beachtet und verwirklicht zu werden²⁸. Da das Steuerrecht von Bund und Kantonen zu den vom Bundesrat in der Botschaft über die Volksinitiative «Gleiche Rechte für Mann und Frau» ausdrücklich erwähnten Gebieten mit rechtlichen Differenzierungen in der Behandlung von Mann und Frau zählt²⁹, werden der eidgenössische und die kantonalen Steuergesetzgeber einer Auseinandersetzung mit dieser Verfassungsnorm nicht wohl ausweichen können^{29a}. Zwar knüpft das System der Ehegatten-

und Familienbesteuerung primär an den Zivilstand und nicht an das Geschlecht der Steuersubjekte an, weshalb das Differenzierungsverbot von Artikel 4 Absatz 2 BV als unberührt erscheinen könnte. Zweifel an der geschlechtsspezifischen Neutralität des Systems erweckt aber der bereits erwähnte, heute wohl zumeist noch die Ehefrau treffende «Eduktionseffekt»³⁰, einer steuerlichen Höherbelastung ehelicher gegenüber nichtehelichen Haushaltsgemeinschaften. Er veranlaßte jedenfalls das deutsche Bundesverfassungsgericht, die Zusammenrechnung der Steuerfaktoren der Ehegatten als unvereinbar mit dem Geschlechtergleichheitsgrundsatz des Bonner Grundgesetzes (Art. 3 Abs. 2) zu erklären, da es «zur Gleichberechtigung der Frau gehört, daß sie die Möglichkeit hat, mit gleichen rechtlichen Chancen marktwirtschaftliches Einkommen zu erzielen wie jeder männliche Staatsbürger»³¹.

4. Vereinbarkeit mit dem Familienschutzartikel 34 quinquies BV

Schon bevor der Familienschutzartikel 34 quinquies im November 1945 gültiges Verfassungsrecht geworden war, meldete MAX IMBODEN aus familienschutzpolitischer Sicht Bedenken gegen die damalige Form der Familienbesteuerung an³². Seine Kritik ungenügend familienfreundlicher Ausgestaltung des Steuerrechts fand seither in der Lehre und im zitierten deutschen Bundesverfassungsgerichtsentscheid vielfachen Widerhall³³. Sie wirkte insofern auch in den seitherigen schweizeri-

wertvolle Vorarbeit geleistet. Seine Darlegungen, denen ich freilich nicht durchwegs zu folgen vermag, verdienen eine eingehende Auseinandersetzung, die hier unterbleiben muß.

²⁶ Vorn Ziff. 1.

²⁷ BVerfGE 6 (1957) 82.

²⁸ Vorn Anm. 10.

²⁹ Vgl. die Literaturangaben in Anm. 10; es hat freilich auch an Rechtfertigungen des Familienbesteuerungssystems nicht gefehlt. Vgl. namentlich: AUGUST REIMANN, Die Besteuerung der Familie, in: Archiv für Schweizerisches Abgaberecht, Bd. 38 (1969/70), S. 66 ff.; FRANCIS CAGIANUT, Gerechte Besteuerung der Ehegatten, Bern 1971; H. NÄGELI, Zum Problem der selbständigen Besteuerung der Ehefrau, in: Steuerrevue 1971, S. 235 ff.; FERDINAND ZUPPINGER, Die Einkommens-, Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer unter dem Gesichtspunkt der Haushaltsgemeinschaft, in: Steuerrevue 1972, S. 294 ff.; DERSELBE, a. a. O. (Anm. 22), bes. S. 315 ff. Bemerkenswert ist der Umstand, daß das Ehegatten- und Familienbesteuerungssystem bisher hauptsächlich von der staatsrechtlichen Lehre und Rechtsprechung, seitens politisch interessierter Kreise und von den Medien

²⁶ Art. 327 ZGB.

²⁷ Art. 319 Abs. 1, 320 und 323 Abs. 2 ZGB.

²⁸ Botschaft vom 14. November 1979 über die Volksinitiative «Gleiche Rechte für Mann und Frau», BBl 1980 I, 69 ff., insbes. S. 141 (Ziff. 53).

²⁹ Botschaft «Gleiche Rechte für Mann und Frau» (Anm. 28), S. 75 und 77.

^{29a} ERNST HÖHN hat hierzu in einem mir erst nach der Drucklegung dieses Aufsatzes bekannt gewordenen, im Archiv für Schweizerisches Abgaberecht, Bd. 52 (Sept. 1983), S. 113 ff., unter dem Titel «Die Besteuerung der Ehepaare im Lichte des Gleichheitsgrundsatzes» veröffentlichten Vortrag

schen Steuerrechtsrevisionen nach, als die herkömmlichen Korrekturverfahren zur Milderung der Steuerbelastung von Ehepaaren und Familien systemkonform ausgebaut und verfeinert wurden. Eine Überprüfung der Steuergesetzgebungen in der heutigen Gestalt auf Vereinbarkeit mit Artikel 34^{quinqies} BV, die anhand ausreichenden Zahlenmaterials die Belastungsrelationen zwischen ehelichen und nichtehelichen Haushaltgemeinschaften sowie zwischen Ein- und Zweiverdieneren mit der Ratio des Familienschutzartikels konfrontiert, steht aber bis heute noch aus. Bedauerlicherweise glaubte auch die vom Eidgenössischen Departement des Innern 1979 eingesetzte «Arbeitsgruppe Familienbericht» für ihren Befund, grundsätzlich am Prinzip der Familienbesteuerung festzuhalten, ohne eine solche Untersuchung auskommen zu können³². Vieles deutet darauf hin, daß das System der Familienbesteuerung sowohl in seiner derzeit praktizierten als auch in der von den Steuerharmonisierungsvorlagen skizzierten Ausgestaltung dem Familienschutzartikel nicht die wünschbare Reverenz erweist³⁴. Für die «Berücksichtigung der Bedürfnisse der Fami-

(neuestens vom «Beobachter», Nr. 6 vom 31. März 1983, S. 8 ff.) unter Beschuß genommen worden ist, während es die Vertreter von Steuerrechtswissenschaft und -praxis – also gewissermaßen die Systemrepräsentanten – von einzelnen Ausnahmen abgesehen, kaum je in Frage gestellt, sondern gegenteils häufig gegen «Outsider»-Kritik verteidigt haben. Aufschlußreich die Beurteilung dieses Antagonismus in den Schlußbemerkungen von NÄGELI, a. a. O., S. 243.

³² «Familienpolitik in der Schweiz», Schlußbericht zuhanden des Vorstehers des Eidgenössischen Departements des Innern, Bern 1982, S. 107 ff. (Ziff. 5), insbes. S. 109 (Ziff. 513) und 113/14 (Ziff. 534 und 535).

Bericht trägt weit eher den Charakter einer Rechtfertigung als den einer kritischen Überprüfung des bestehenden Systems. Der Befund erscheint als Resultat eines dezisionistischen und nicht analytischen Denkvorgangs.

³⁴ Zu Abs. 1 von Art. 34^{quinqies} BV äußerte sich der Bundesrat im Bericht vom 10. Oktober 1944 über das Volksbegehren «Für die Familie» (dem er Art. 34^{quinqies} als Gegenentwurf gegenüberstellte, BBl 1944, S. 865 ff.) u. a. folgendermaßen: «Besondere Möglichkeiten, die Familie durch eine ökonomische Entlastung unmittelbar zu schützen, bieten sich dem Gesetzgeber auf dem Gebiete des Steuerrechts» (S. 960). Daß der Verfassungsgeber bei den Familienschutzmaßnahmen dieser Bestimmung essentiell auch an Steuererleichterungen dachte, wird vor dem Hintergrund des erwähnten Volksbegehrens besonders deutlich, dessen erster Absatz von der besonderen Berücksichtigung der Bedürfnisse der Familie «in der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik» sprach (S. 1087). Unter Bezugnahme darauf kommentierte der Bundesrat Absatz 1 des geltenden Artikels 34^{quinqies} im Bericht (S. 1083) wie folgt: «Da der Grundsatz der besonderen Berücksichtigung der Familie nicht nur auf jenen Gebieten Anwendung finden kann, die in Satz 2 des Volksbegehrens ausdrücklich erwähnt sind, sondern auch für andere

lie» kann hierzulande wohl kaum wesentlich anderes als in der Bundesrepublik Deutschland gelten, nämlich³⁵:

«Wenn im Einkommenssteuerrecht als Anknüpfungspunkt gelten soll, daß Ehe und Familie nicht nur als die Summierung zweier Ehepartner und ihrer Kinder, sondern als eine höhere Einheit anzuerkennen sind, so könnte man damit allenfalls eine steuerliche Besserstellung der Ehegatten begründen. Es ist nicht verständlich, wie eine steuerliche Schlechterstellung der Ehegatten mit der höheren sittlichen Bewertung ihres der Besteuerung zugrunde liegenden Status sollte gerechtfertigt werden können.»

5. Vereinbarkeit mit der Ehefreiheit, Artikel 54 BV

Selbst diese in ihrem ursprünglichen Anwendungsbereich stark eingeschränkte und weitgehend in Vergessenheit geratene Verfassungsbestimmung³⁶ könnte unverhofft neue Aktualität und

Gebiete maßgebend sein soll, wird auf die Erwähnung besonderer Gebiete verzichtet, so daß der Bund gehalten sein wird, bei aller Tätigkeit, bei der es in Frage kommt, die Familie zu berücksichtigen.» Entsprechend erklärte Bundesrat Stampfli im Nationalrat: «Das ist ein Auftrag an den Gesetzgeber des Bundes. Er muß ihn immer im Auge behalten und soll keine einzige Gelegenheit versäumen, um ihm nachzukommen» (StenBull NR 1944, S. 530). Zur Geschichte und Tragweite von Art. 34^{quinqies} BV: GIOVANNI VASELLA, Der Familienschutzartikel der Bundesverfassung, in: Wirtschaft und Recht, Bd. 12 (1960), S. 157 ff.

³⁵ BVerfGE 6 (1957) 79.

³⁶ Das «Recht zur Ehe» (Art. 54 Abs. 1 BV) wurde durch die Bundesverfassung von 1874 unter den Schutz des Bundes gestellt, um die ungerechtfertigten Ehehindernisse der kantonalen Gesetzgebungen aufzuheben und weil man nicht vorausah, daß der Bund die materiellrechtlichen Voraussetzungen der Eheschließung bald in ausschließlicher Kompetenz gesetzlich regeln würde. Bei den «ökonomischen Rücksichten» von Abs. 2 standen im letzten Jahrhundert beispielsweise noch im Vordergrund: Vermögenslosigkeit, Erschwerung des Eheschlusses durch Auferlegung von Vermögensleistungen an den Staat anläßlich der Verheiratung, Rückforderung von früher erhaltenen Unterstützungsleistungen durch den Staat. Vgl. zur Geschichte und (damaligen) Bedeutung von Art. 54 BV: WALTHER BURCKHARDT, Kommentar der Bundesverfassung, 1931, S. 496.

Dem Bundesgericht stellte sich die Frage einer Verletzung von Art. 54 BV nach publizierter Praxis seit 1955 nur zwei Mal. Das eine Mal im Zusammenhang mit einer Trennung von Ehegatten infolge fremdenpolizeilicher Ausweisung. Das Gesetzesprüfungsverbot von Art. 113 Abs. 3 BV (zu prüfen gewesen wäre eine Bestimmung des ANAG) stand hier einer Entscheidung entgegen: BGE 100 IV 246 E. 2. Das andere Mal im Zusammenhang mit der vormundschaftsbehördlichen Verweigerung der Einwilligung zum Eheschluß einer entmündigten Person. Das Statusproblem dieses Falles bot dem Bundesgericht Gelegenheit, etwas vom ursprünglichen Glanz von Art. 54 BV durch dessen altersbedingte Patina hindurchschim-

Wirkungskraft erlangen, wenn unter einem neuen Steuerrecht weitergelten sollte, was HANS HUBER 1981 in einem Referat über die Gleichberechtigung von Mann und Frau³⁷ zur heutigen Ehegattenbesteuerung ausführte:

«Vielleicht könnte aber weniger die Gleichberechtigung als die gegenwärtige Privilegierung von Konkubinatspartnern wie von Geschwister- und Freundschaftspartnern mit gemeinsamem Haushalt eine Abkehr (sc. von der heutigen Ehegattenbesteuerung) veranlassen. Die höhere Steuerbelastung scheint nicht wenige Personen abzuhalten, die Ehe miteinander einzugehen. Es sollen sogar mehr und mehr Fälle vorkommen, in denen Eheleute einen Scheidungsgrund konstruieren und die Ehe scheiden lassen, um nachher, fröhlich wegen der (mindestens vorübergehenden) Steuererleichterung, und unbeschwert, in ihrem Gewissen, weiter zusammenzuleben.»

6. Verhältnis zur Konjunktur- und Arbeitsmarktpolitik

An sich ist es möglich, mit einer Steuer außer der Erzielung von Einkünften auch andere dem Staat überbundene Zwecke zu verfolgen. Vorausgesetzt ist allerdings, daß diese Nebenzwecke selbständig verfassungsrechtlich abgestützt sind und nicht Grundrechtspositionen des einzelnen beeinträchtigen. Diese Voraussetzungen werden vom derzeit praktizierten Ehegattenbesteuerungssystem nicht zweifelsfrei erfüllt. Es ist arbeitsmarktpolitisch nicht neutral, weil die damit vor allem für die mittleren und höheren Einkommensklassen verbundene Verschärfung des Steuerdrucks tendenziell dem Doppelverdienertum entgegenwirkt und faktisch vor allem die Ehefrau vom Arbeitsmarkt fernhält. Dieser Nebeneffekt mag dem Staat in Zeiten ungünstiger Konjunktur- und Beschäftigungslage, wie

gerade heute, willkommen sein. Er läßt aber das heutige Ehegattenbesteuerungssystem infolge seiner Einwirkungen in die Sphäre privater Lebensgestaltung der Ehegatten im Licht der rechtlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zusätzlich problematisch erscheinen.

Das bestehende System der Ehegatten- und Familienbesteuerung hat sich in einer Zeit herausgebildet, als einerseits die Rechtsordnung allgemein und das Ehe- und Ehegüterrecht im besonderen weitgehend von der Vorherrschaft des Mannes geprägt waren und andererseits die Steuerprogression, wie die Steuerbelastung überhaupt, vergleichsweise gering war. Mit der schrittweisen Änderung dieser Voraussetzungen ist auch die Ehegatten- und Familienbesteuerung zunehmend problematisch geworden. Die Steuerharmonisierungsvorlagen stellen die eidgenössischen Räte vor die schwierige Aufgabe, das bestehende System auf seine Entwicklungspotenz in der veränderten gesellschaftlichen und rechtlichen Wirklichkeit von heute und morgen zu überprüfen und nach - nötigenfalls auch neuen - Lösungen zu suchen, die die Steuergesetzgebung mit den in der übrigen Rechtsordnung zum Ausdruck gelangenden Anschauungen über Ehe und Familie in Einklang bringen.

mern zu lassen: «(Die Einwilligung zum Eheschluß) darf nicht unter Berufung auf allfällige wirtschaftliche Interessen der Heimatgemeinde verweigert werden, wie es das Waisenamt getan hat. Ökonomische Interessen Dritter, namentlich der Heimatgemeinde, dürfen bei der Erteilung der Einwilligung zur Eheschließung keine Rolle spielen. Das ergibt sich unmittelbar aus Art. 54 Abs. 2 BV ...» (BGE 106 II 178 E. 2). In diesen Feststellungen drückt sich brennglasartig der allgemeine Grundsatz aus, daß ökonomische, namentlich auch fiskalische Interessen des Staates den Entscheid über die Eheschließung - wie immer er zustande kommt - nicht beeinflussen dürfen. Im Entscheid 104 Ia 175 E. erwähnte das Bundesgericht Art. 54 BV lediglich beiläufig mit der Feststellung, die Ehefreiheit gehöre zu den unverzichtbaren und unverjährenbaren Rechten.

³⁷ Publiziert in der Zeitschrift des bernischen Juristenvereins, Bd. 118 (1982), S. 161 ff., insbes. S. 183.

Aus: Zeitschrift für Schweizerisches Recht
Band 102, 1983 (I. Halbband, Heft 5)
Helbling & Lichtenhahn Verlag AG, Basel

Chronik der laufenden Ereignisse
September 1983 bis Mitte Januar 1984

von Elisabeth Kästli

Männer- und Frauenlöhne: grosse Unterschiede

(1.9.) Die Löhne von Frauen und Männern weisen in der Schweiz noch immer grosse Unterschiede auf. Männliche Angestellte zum Beispiel verdienten 1982 durchschnittlich 4'200 Franken, ihre Kolleginnen dagegen nur 2'821 Franken. Während die Stundenlöhne der Arbeiter bei 16.70 Franken lagen, kamen die Arbeiterinnen lediglich auf 11.24 Franken. Dies ist einer Statistik zu entnehmen, die in der Monatsschrift "Die Volkswirtschaft" des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement veröffentlicht wurde.

Gegen Sextourismus

(5.9.) Mit einer Aufklärungskampagne sagt die Entwicklungsorganisation Erklärung von Bern Prostitution, Sextourismus und Frauenhandel den Kampf an. Sie sieht im "Import" von Frauen aus Drittweltländern in Industrieländer nicht nur das Nord-Süd-Problem, sondern auch das machtbestimmte Verhältnis zwischen Arm und Reich und zwischen Mann und Frau. Sie weist darauf hin, dass das Problem der Armut in Drittweltländern durch Prostitution nicht zu lösen ist. Weder Sextourismus noch Go-go-Girl-"Import" könnten Frauen aus der Dritten Welt aus ihrer mehrfachen Abhängigkeit herausführen.

Immer mehr Mädchen machen die Matura

(6.9.) Rund 43 Prozent aller Maturitäten gingen 1982 an Frauen. Nach Angaben der Wirtschaftsförderung waren es 1972 erst 29 Prozent.

SVP-Frauen zu Vergewaltigung

(11.9.) Gewalt an Frauen sei ein Problem, das auch politisch angegangen werden müsse, befand die 10. Frauenkonferenz der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und appellierte mit einer Resolution an die Politiker, die Strafprozessordnung so abzuändern, dass vergewaltigte Frauen keine weiteren Demütigungen während des Strafverfahrens erleiden müssen. Ferner verlangen sie für geschlagene Frauen und Kinder Frauenhäuser. Im weiteren sei die Verherrlichung und Förderung von Gewalt durch die Unterhaltungsindustrie zu bekämpfen.

Lehrstellen: Mädchen benachteiligt

(7.10.) Zwar sank die Zahl der Tessiner Jugendlichen ohne Lehrstelle dank den vereinten Bemühungen von Kanton, Unternehmervereinigung und Gewerkschaften innert zwei Monaten von 700 auf 100. Doch von diesen 100 sind rund drei Viertel Mädchen. Wie Romano Rossi vom kantonalen Berufsberatungsamt erklärte, werden diese Mädchen kaum noch eine Lehrstelle finden, sondern mit dem sogenannten Berufswahljahr vorliebnehmen müssen.

Wegen Parteizugehörigkeit des Ehemannes entlassen

(13.10.) Eine langjährige Mitarbeiterin der Berner Kantonalbank wurde entlassen, weil sie ein im Zusammenhang mit der Nowosti-Affäre beschuldigtes Mitglied der kommunistischen Partei der Arbeit (PdA) geheiratet hatte. Der Schweizerische Bankpersonalverband (SBPV) bezeichnete die Kündigung in einem Brief an die Generaldirektion der Bank als "unüberlegt, unverhältnismässig und ungerecht". Die Bankbeamtin hatte zuvor während elf Jahren zur vollen Zufriedenheit von Kunden und Vorgesetzten für die Berner Bank gearbeitet.

Historikerinnen tagten

(24.10.) Rund 90 Wissenschaftlerinnen trafen sich an der Uni Bern, um ein Wochenende lang über die Aufarbeitung von Frauengeschichte zu diskutieren. "Die Geschichte der Schweizer wurde schon oft geschrieben - jetzt gilt es, die Geschichte der Schweizerinnen aufzuarbeiten", erklärten die Akademikerinnen. Zürcher Historikerinnen wollen jetzt eine "Quellensammlung zur Geschichte der Frauen in der Schweiz" zusammenstellen. Eine weitere Historikerinnentagung soll 1984 in Basel stattfinden.

Nicht mehr Frauen im Parlament als bisher

(25.10.) Die Zahl der Frauen im National- und Ständerat hat sich mit den jüngsten Wahlen nicht verändert. Lediglich die Lücke, welche die sieben zurückgetretenen Parlamentarierinnen hinterlassen hatten, wurde durch sieben neugewählte Frauen geschlossen. Im 200köpfigen Nationalrat sitzen künftig 22 Frauen (bisher 21), im 46köpfigen Ständerat 3 (bisher 4). Im Lauf der kurzen Geschichte der Schweizer Frauen im eidgenössischen Parlament hat sich ihre Präsenz von 6 Prozent anno 1971 auf 10 Prozent erhöht. In allen Kantonsparlamenten macht der Frauenanteil im Durchschnitt ebenfalls 10 Prozent aus.

"Gleicher Lohn": Sieg vor Bundesgericht

(12.11.) Mit 4:1 Stimmen hiess das Bundesgericht eine staatsrechtliche Beschwerde von sechs Zürcher Krankenschwestern gut. Das Verwaltungsgericht des Kantons Zürich habe "willkürlich" gehandelt, als es auf die Lohngleichheitsklage der Schwestern nicht eingetreten sei. Die Frauen hatten die Stadt Zürich als Arbeitgeberin eingeklagt und geltend gemacht, die Stadt verletze mit ihrer Besoldungsordnung für Pflegeberufe in Spitälern und Heimen den verfassungsrechtlichen Anspruch auf gleichen Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit. Als Vergleichsbasis wählten die Klägerinnen die allgemeine Besoldungsverordnung der städtischen Angestellten. Daraus geht hervor, dass eine diplomierte Krankenschwester weniger verdient als ungelernte männliche Arbeiter in Reinigungsberufen.

Es war das erste Mal seit Annahme des Gleichberechtigungsartikels vor drei Jahren, dass sich das oberste Gericht mit dem Passus "Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" auseinandersetzen musste.

Frauenstimmrecht in AR: Neue Anläufe

(14.11.) Im laufenden Jahr soll im Kanton Appenzell Ausserrhoden erneut über die Einführung des kantonalen Frauenstimm- und -wahlrechts entschieden werden. Anlass zu einer entsprechenden Beschlussfassung im Kantonsparlament bot ein von den Sozialdemokraten eingereichtes Volksbegehren, demzufolge eine einmalige Urnenabstimmung mit Frauenbeteiligung zu diesem Problem durchzuführen sei. Bereits dreimal hat die Ausserrhoder Landesgemeinde bisher die volle oder teilweise politische Gleichberechtigung der Frauen verworfen (1972, 1976 und 1979). Im Herbst 1983 verlangten 1'830 Ausserrhoderinnen und Ausserrhoder in einer Petition an die eidgenössischen Räte, dass das Frauenstimmrecht endlich eingeführt werde.

Kompromisse bei Familienname?

(14.11.) Ein Kompromiss zeichnet sich beim Eherecht in der Frage des Familiennamens ab. Nach Meinung der vorberatenden Kommission der Kleinen Kammer soll der Familienname grundsätzlich der Name des Mannes sein. Die Braut soll jedoch gegenüber dem Zivilstandsbeamten erklären können, sie wolle ihren bisherigen Namen dem Familiennamen voranstellen. Damit nahm die Ständeratskommission bei der Differenzbereinigung die Fassung der Kommissionsmehrheit des Nationalrats wieder auf, die in der Grossen Kammer unterlegen war. Dort hatte der Vorschlag der Zivilstandsbeamten gesiegt, wonach die Frau auch nach der Heirat ihren Familiennamen beibehalten kann, falls sie dies ausdrücklich wünscht.

Entwicklungshilfe: Frauen einbeziehen

(23.11.) Die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit muss der Lage und der Rolle der Frau in der Dritten Welt grösste Aufmerksamkeit schenken. Diese Ansicht vertritt der Bundesrat in einem Bericht,

den die Landesregierung im Anschluss an ein Postulat der Zürcher Nationalrätin Doris Morf verabschiedet hat. Eine Verbesserung, so der Bundesrat, sei allerdings eher bei der Qualität als bei der Quantität zu suchen.

Erste Frau verpasst Wahl in Bundesrat

(8.12.) Nach intensivem Ränkespiel ist es der Vereinigten Bundesversammlung gelungen, die erste Frau im Bundesrat zu verhindern. Statt der offiziellen SP-Kandidatin Lilian Uchtenhagen wurde mit 124 Stimmen Aussenseiter Otto Stich gewählt. Die Nichtwahl von Frau Uchtenhagen ruft in Frauenkreisen Entrüstung und Unbehagen hervor. Bei den Sozialdemokraten führt sie zu einer Grundsatzdiskussion über Rückzug oder Verbleib in der Landesregierung. Diese Diskussion dauert noch an.

Schwangerschaftsberatung in allen Kantonen

(12.12.) Seit Neujahr müssen alle Kantone Schwangerschafts-Beratungsstellen unterhalten, denen auch Aufgaben der Sexual-, Ehe- und Familienberatung übertragen werden können. Das entsprechende Gesetz wurde vom Bundesrat auf Anfang 1984 in Kraft gesetzt und eine Ausführungsverordnung dazu erlassen. Die Beratungsstellen sind bis heute das einzige Ergebnis der Debatte über den Schwangerschaftsabbruch in den siebziger Jahren.

Frauen als Priesterinnen?

(12.12.) Der Papst soll auch die Frauen zum katholischen Priesteramt zulassen. Dies fordert ein vom Pfarreirat der Luzerner Kirchgemeinde St. Anton/Matthof ausgearbeiteter offener Brief, den die Schweizer Katholiken bis spätestens am 15. Mai unterzeichnen können. Der Brief soll Papst Johannes Paul II. bei seinem Schweizer Besuch im kommenden Juni übergeben werden.

Frau und Gesamtverteidigung: Stellungnahmen

(13.12.) Anschliessend an eine Demonstration haben rund 100 Frauen der Zentralstelle für Gesamtverteidigung 850 Einzel- sowie 34 Gruppenvernehmlassungen zum

"Meyer-Bericht" sowie 1'602 "Verweigerungskarten" überbracht. Die Vertreterinnen verschiedener Frauenorganisationen hielten fest, dass sie in der Gesamtverteidigung kein neues Recht für die Frauen sehen. Gesamtverteidigung sei eine Vorbereitung auf den Krieg, das Einbeziehen der Frauen bedeute ihre Militarisierung.

(27.12.) Der Bund Schweizerischer Frauenorganisationen (BSF) spricht sich in seiner Vernehmlassung zum Thema "Frau und Gesamtverteidigung" für das Modell 5 aus, das eine obligatorische Grundausbildung mit Wiederholungstagen im Sinne eines Selbstschutzes vorsieht. Von einer obligatorischen Einteilung möchte die Mehrheit der dem Dachverband angeschlossenen Frauenverbände vorläufig absehen und zuerst die freiwilligen Möglichkeiten ausschöpfen.

Pruntrut mit drei Frauen an Parlamentspitze

(17.12.) Ein Novum im Schweizer Parlamentswesen: Das Stadtparlament von Pruntrut wird von drei Frauen angeführt. Als Präsidentin wurde Marie-Madeleine Prongué, Präsidentin der Christlich-demokratischen Volkspartei des Kantons Jura, gewählt, als erste Vizepräsidentin die Freisinnige Eliane Chytil und als zweite Vizepräsidentin die Sozialdemokratin Marie Pétignat.

10. AHV-Revision unter Beschuss

(29.12.) Als "nicht glücklich" bezeichnet der Bund Schweizerischer Frauenorganisationen (BSF) die Vorschläge der Vorbereitenden Kommission für die 10. AHV-Revision. Er empfiehlt dem Bundesrat, eine "Denkpause" einzuschalten. Das Kernstück der Forderungen seitens der Frauen - eigenständige Rente auch für die verheiratete Frau - bleibe unberücksichtigt hingegen würden den Frauen Opfer wie die Erhöhung des Rentenalters auf 63 Jahre zugemutet.

Auch der Evangelische Frauenbund (EFS) wirft der Kommission vor, die AHV-Revision zum grössten Teil auf Kosten der Frauen zu betreiben. Der Gleichberechtigung sei man höchstens auf der Beitrags-, nicht aber der Leistungsseite nähergekommen.

Gleiche Rechte in der Schule nicht überall gefragt

(9.1.) Nein zur Einführung der gleichen Grundausbildung für Knaben und Mädchen sagt der Luzerner Regierungsrat. Er lehnt eine entsprechende Initiative des Verbandes des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) mit dem Hinweis ab, dass Kinder "nicht geschlechtsneutrale Wesen" seien. Sie zeigten auch in der Schule in ihrer Entwicklung und ihren Bedürfnissen Unterschiede.

Auch im Kanton Zürich harzt es mit den gleichen Rechten in der Schule: Mädchen sitzen während der Volksschule wöchentlich zwei Stunden länger im Schulzimmer als Knaben, weil sie den Handarbeitsunterricht besuchen müssen. Anders in den kantonen Zug, Basel-Stadt, Bern und St. Gallen: Dort werden - teils in Versuchsklassen - Mädchen und Knaben gleiche Ausbildungsmöglichkeiten geboten. Mit bestem Erfolg, wie bestätigt wird.

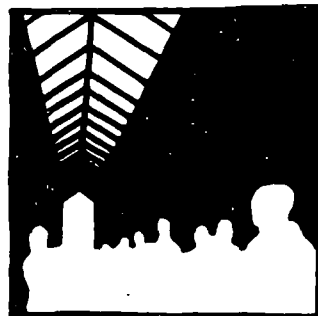
Nachtarbeit für Frauen?

(10.1.) Seit Krisenstimmung herrscht, wird der Ruf nach Gleichberechtigung vor allem dort laut, wo wirtschaftliche Interessen wirksam werden. Das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) sucht nach Möglichkeiten, das Verbot der Nachtarbeit für Frauen zu lockern. Gegenüber dem Uhrenkonzern ASUAG-SSIH habe man Bereitschaft zu einer Sondergenehmigung signalisiert, erklärte BIGA-Chef Jean-Pierre Bonny. Das Verbot der Nachtarbeit für Frauen sei nicht mehr zeitgemäss; es stehe in Konflikt sowohl mit betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten als auch mit dem Prinzip der Gleichberechtigung der Frau.

Koordinationsstelle für Familienfragen

(11.1.) Auf Mitte Jahr wird die Bundesverwaltung über eine Koordinationsstelle für Familienfragen verfügen. Laut Beschluss des Bundesrates soll die Sektion Familienschutz im Bundesamt für Sozialversicherung zu einer solchen Zentralstelle ausgebaut werden. Damit realisiert die Landesregierung ein Begehren, das in parlamentarischen Vorstössen und im 1982 erschienenen

Bericht zur "Familienpolitik in der Schweiz" gestellt worden war.



Mein Vater starb plötzlich, ehe er mir einen Verlobten hatte bestimmen können. Auch mein Bruder bestimmte mir keinen: er nahm sein Erbe und ging zu den Essenern in die Wüste. Er wurde Mönch, und ich sah ihn nie wieder.

So war ich allein in dem grossen Haus, das nun mir gehörte, jung und schön und reich und ohne Mann. Mit so einer stimmte etwas nicht. Sie ist eine Dämonin, sagte einer, der mich in einer Sackgasse bedrängte, bis ich ihn mit nichts als meinen Blicken in die Flucht schlug. Sie hat Schlangen statt Haare und glühende Kohlen statt Augen. Er meinte es so ernst nicht, doch sprach es sich herum, und einmal ausgesprochen, macht derlei die Runde. Die Dämonin.

L'actualité au féminin
Septembre 1983 - janvier 1984

par Martine Chaponnière

Travail, formation et retraite

La morosité du climat économique de ces six derniers mois s'est traduite par un regain d'intérêt pour les questions relatives au travail:

Plusieurs enquêtes statistiques ont été publiées, qui montrent que:
Selon une enquête de la SDES (Société pour le développement de l'économie suisse), les femmes constituent actuellement 35% de la population active.

Les salaires masculins et féminins demeurent inégaux. L'OFIAMI révèle que pour 1982, l'ouvrier gagnait en moyenne Fr. 16.70 de l'heure contre Fr. 11.24 pour l'ouvrière. Salaire mensuel moyen de l'employé: Fr. 4'200.- contre Fr. 2'821.- pour l'employée. Quant aux vendeurs, leur salaire moyen s'élevait à Fr. 3'328.- par mois contre Fr. 2'190.- pour les vendeuses.

De son côté, le Service cantonal genevois de statistiques montre qu'en 1982, Genève occupe le premier rang dans la catégorie des salaires des employées, le deuxième rang dans la catégorie des ouvrières, mais seulement le troisième rang pour les ouvriers et le septième pour les employés. Entre 1970 et 1979, la masse salariale féminine a plus que doublé. Elle a suivi une progression de 26,7% à 30,1% du total des salaires.

C'est l'orientation professionnelle qui a retenu l'attention de la section du Littoral de l'Association neuchâteloise pour les droits de la femme. L'enquête menée à propos des jeunes Neuchâteloises montre que près de 30% du nombre total des contrats conclus par les filles relèvent de la profession d'employées de

commerce. Les deux autres professions "typiquement féminines" (vendeuses et coiffeuses) constituent 13% des contrats. L'enquête a également porté sur les apprentis et montre que seules 23,1% de filles suivent une école professionnelle à plein temps, contre 76,9% de garçons.

Sur le plan de la formation universitaire l'Université de Neuchâtel a constaté que le nombre de femmes qui entreprennent des études s'est accru cette année de 15 à 40% suivant les sections.

A l'Université de Lausanne, ce sont près de 2'000 nouveaux étudiants qui se sont inscrits pour l'année 1983/84, dont 47% de filles.

Une première à l'Université de Zurich (première et seule université de Suisse à avoir pour recteur une femme): le thème central des cours généraux du semestre d'hiver est consacré à: "Femme réalité et utopie".

En matière de retraite, la Commission fédérale AVS/AI a exclu la retraite flexible du paquet de nouvelles propositions qu'elle fait aux autorités en vue de la 10e révision de l'AVS. Elle propose, par contre, la retraite à 63 ans pour les femmes (62 aujourd'hui) et le versement de la rente de couple en deux parts égales. Ajoutons que le sexe ne devrait plus être déterminant pour l'obligation de verser des cotisations.

En ville de Zurich, un projet de loi propose la possibilité pour les hommes de prendre une retraite anticipée dès l'âge de 62 ans.

Suite au dépôt d'une initiative contre les licenciements, le Conseil fédéral a décidé d'en proposer le rejet. Mais il retient le principe de l'interdiction de licenciement pendant la grossesse et les 16 semaines qui suivent l'accouchement. Le Message de cette initiative sera soumis aux Chambres en avril 1984.

Défense générale et pacifisme

La procédure de consultation ouverte en janvier 1983 à l'occasion de la publication du "Rapport Meyer" consacré à "La participation de la femme à la défense générale" s'est terminée le 31 décembre de la même année. La plupart des grandes associations féminines ont répondu aux questions posées et plusieurs débats publics ont été organisés sur le thème. Les avis vont du refus net de toute intégration obligatoire des femmes dans la défense générale à une intégration conditionnelle et limitée dans le temps.

Par ailleurs, une grande manifestation nationale pacifiste s'est déroulée à Berne le 5 novembre 1983.

*

Condition maternelle

Au mois de décembre, le Conseil des Etats a rejeté l'initiative populaire Pour le droit à la vie, de même que le contre-projet du Conseil fédéral. Rappelons que, suivant le Conseil national, le Conseil des Etats avait également rejeté l'initiative "Pour une protection efficace de la maternité", le 26 septembre.

A Zurich, la question posée par la députée Heidi Hofmann au Grand Conseil à propos de l'extension éventuelle de la protection de la maternité en faveur du personnel de l'administration cantonale a reçu une fin de non-recevoir de la part du Conseil d'Etat en septembre.

A Neuchâtel, les jardins d'enfants seront généralisés, facultatifs et gratuits dans tout le canton. Le peuple a en effet accepté, en votation les 3 et 4 décembre, l'initiative "Pour la généralisation des jardins d'enfants", avec une participation de 36,6%.

Le Conseil fédéral a publié, le 12 décembre, une réglementation-cadre des centres de consultation en matière de grossesse que les cantons seront obligés de créer dès 1984. L'ordonnance prescrit entre autres que les cantons ont jusqu'à fin 1984 pour dresser une liste de tous les centres reconnus officiellement, répertoire qui sera publié gratuitement par l'office fédé-

ral des assurances sociales. Les centres ne devront pas seulement faire de l'information sexuelle mais englober la question de la grossesse dans leurs activités.

*

Associations

Dans le canton de Neuchâtel, le Groupe d'Etude de la Condition Féminine a tenu sa première réunion à La Chaux-de-Fonds à la fin du mois d'août. Créé sous l'égide de l'Association neuchâteloise pour les droits de la femme, le Groupe est organisé en 5 sous-groupes: vie professionnelle, sécurité sociale, famille, formation et instruction, et vie politique, publique et culturelle.

Quant à la traditionnelle Journée annuelle des femmes neuchâteloises, elle a eu lieu à Neuchâtel le 19 novembre et fut consacrée au thème: "Vivre sa solitude".

Le Comité vaudois du 14 juin a tenu à Lausanne sa première assemblée générale en octobre. Le Comité s'est surtout employé, jusqu'à présent, à relever les inégalités contenues dans les conventions collectives de travail et à envisager les mesures d'action possibles (mais maigres) dans ce domaine.

L'Union des Femmes de Genève, après près d'un siècle d'activités (elle fut fondée en 1891) s'est dissoute, sur proposition unanime de son comité. Tristesse chez les membres de l'Union, mais espoir, aussi, puisque de nouvelles organisations ont été créées, assurant ainsi la relève.

Le Valais n'a pas encore son Centre de Liaison, mais cela ne saurait tarder. La date de la séance constitutive est d'ores et déjà fixée au 15 mars 1984. Un groupe de travail et un comité de coordination s'activent actuellement pour rédiger les statuts de la nouvelle organisations.

Organisé par lyceum-Club de la Chaux-de-Fonds, un "Concours national féminin des beaux-arts" a été organisé pour toutes les femmes peintres, sculpteurs et des-

sinatrices domiciliées en Suisse. Les œuvres primées seront exposées au Musée des beaux arts de la Chaux-de-Fonds du 18 mai au 1er juillet 1984.

Les associations féminines seront présentées lors de l'Exposition Nationale de 1991, qui célébrera le 700e anniversaire de la Confédération. Linette Stich, présidente de la Fédération suisse des Femmes protestantes, Margrit Camenzind, présidente de la Fédération suisse des Femmes catholiques, Christiane Langenberger, présidente de l'Association suisse pour les Droits de la Femme et Lore Schätti, représentante de l'Alliance de Sociétés féminines suisses ont fait savoir à la commission préparatoire CH 91, à laquelle elles participent, que la présence des femmes dans l'exposition devait se manifester "à tous les niveaux et dans tous les secteurs".

La 10e Conférence féminine de l'Union démocratique du centre, réunie à Berne le 10 septembre, a demandé, dans une résolution adoptée à l'unanimité, qu'on inscrive dans la loi le droit de la victime de violences à l'assistance judiciaire, une information dans les écoles pour garçons et filles et un soutien thérapeutique aux femmes violées et aux femmes battues.

C'est au chômage qu'a été consacrée à Lausanne, le 10 septembre 1983, la 52e Journée des femmes vaudoises.

*

Elections et personnalités

Les élections fédérales, qui se sont déroulées le 23 octobre 1983, ont consacré le statut quo de la représentation féminine aux Chambres. Au Conseil national, 22 femmes élues (21 en 1979), cela fait 11%. Aux Etats, 3 élues (pas de changement par rapport à 1979): Josi Meier (Lucerne) avec 85'024 suffrages, Monique Bauer-Lagier (Genève) avec 36'552 suffrages, et Esther Bühler (Shaffouse) avec 19'184 suffrages.

Pour la première fois dans l'histoire, une femme s'est présentée à l'élection au Conseil fédéral le 7 décembre: Lilian Uchtenhagen. Chaleureusement soutenue par la population, et, en particulier, par les

femmes, elle fut battue.

Un comité hors-partis "Pour une femme au Conseil fédéral" a été constitué à la suite de cet échec.

Gertrude Girard-Montet, ancienne Conseillère nationale vaudoise, a reçu le 5 novembre à Berne le prix Ida Somazzi, décerné une année sur deux par l'association "Femme et démocratie" en vue de récompenser une femme dont l'action pour la paix, la liberté, l'éducation et la démocratie a été marquante.

*

Egalité

La votation fédérale du 4 décembre a fait pas vers l'égalité. Dorénavant, femmes et hommes seront égaux en ce qui concerne l'acquisition, la transmission et la perte de la nationalité suisse. L'acquisition de la nationalité suisse n'est plus automatique pour l'étrangère qui épouse un Suisse, d'une part, et, d'autre part, père suisse ou mère suisse donneront automatiquement la nationalité suisse à leurs enfants, que le parent soit Suisse par filiation ou naturalisation, que le domicile conjugal au moment de la naissance de l'enfant soit en Suisse ou non.

Seuls les cantons du Valais, Schwytz et Obwald ont refusé cette mise sur un pied d'égalité entre les époux, acceptée par le peuple suisse à une majorité de 60,8%.

Le gouvernement d'Appenzell Rhodes-Extérieures, dans son Message du 28 octobre, a soumis à la Landsgemeinde un projet d'amendement constitutionnel favorisant le droit de vote pour les femmes. Le gouvernement rejette par la même occasion l'initiative socialiste qui avait suggéré un référendum au bulletin secret auquel les femmes auraient participé. Quant aux femmes elles-mêmes, elles ont remis le 20 septembre au Palais fédéral une pétition où elles déclarent que l'absence du suffrage féminin en matière cantonal est en contradiction avec les principes mêmes de notre Etat démocratique.

Le Parlement de Glaris a accepté, contrairement au désir du gouvernement, une motion déposée par une députée radicale demandant qu'une commission ad hoc examine si la législation cantonale ne contient pas de dispositions contraires à l'art. 4 al. 2 de la Constitution fédérale.

En été 1982, 6 infirmières déposaient plainte pour inégalité de salaire par rapport à des travaux équivalents exercés par des hommes dans la fonction publique de la ville de Zurich. Le Tribunal administratif ayant refusé leur plainte, les infirmières firent recours au Tribunal fédéral. Celui-ci a décidé, le 11 novembre, que le Tribunal administratif de la ville de Zurich se devait, étant donné l'art. 4, al. 2 de la Constitution fédérale, d'entrer en matière sur la plainte des infirmières.

*

Violences sexuelles et commerce du sexe

La répression de la violence sexuelle et du commerce du sexe s'est accrue.

En octobre, 2 motions ont été acceptées par le Conseil national en vue de limiter, voire d'interdire la vente et la distribution de vidéo-films brutaux et pervers.

A Zurich, une action de "nettoyage" dans le commerce du sexe a été entreprise.

En Argovie, le Grand Conseil a adopté le 25 octobre un postulat qui engage le Conseil d'Etat à prendre des mesures pour empêcher les sex shops et les clubs de détente de s'établir dans les encirons des écoles et des églises.

A Genève, deux jeunes femmes engagées soi-disant pour danser dans une boîte de nuit ont porté plainte contre les gérants pour proxénétisme, tentative de proxénétisme et tentative de contrainte.

A Bienne, des mesures de prévention et de protection pour les femmes victimes de violences ont été adoptées par le Conseil de ville (législatif) en décembre. Celui-ci a suivi le Conseil municipal qui ne recommandait l'adoption que de deux des six mesures

proposées dans une motion déposée en mars 1983. Il s'agit des cours d'autodéfense pour les adolescentes et les femmes et d'une information dans la feuille officielle à l'intention des femmes victimes de violences. Parmi les mesures refusées, citons: constitution d'un fonds permettant aux femmes battues ou violées de se défendre sur le plan juridique, financement par la commune d'une thérapie afin d'éviter d'éventuelles séquelles psychiques, subventionnement d'un service de taxi, utilisation dans les écoles de la journée du 8 mars (journée internationale des femmes) pour discuter du sexisme.

A Genève, suite à une motion déposée en 1982, le Conseil d'Etat a décidé, au mois de novembre, que 6 inspecteurs et 6 inspectrices de police seront formés spécialement pour répondre aux besoins des femmes victimes de violences sexuelles. Celles-ci pourront s'adresser directement aux inspecteurs et inspectrices, qui maintiendront une permanence 24 heures sur 24.

Toujours à Genève a eu lieu, en janvier, le premier cours d'autodéfense pour personnes âgées. Les candidats aux cours sont tellement nombreux qu'on songe à doubler les sessions.

Une initiative populaire fédérale, dont on peut se demander s'il ne s'agit pas d'une farce, a été lancée en vue de rouvrir les maisons closes. Son but est "d'offrir aux filles et aux clients un choix plus diversifié que le trottoir ou les rendez-vous par téléphone".

*

Nouvelles publications

Parmi les nouvelles publications, signalons:

- deux brochures éditées par la Commission fédérale pour les questions féminines, l'une relative aux Services de consultation pour femmes, et l'autre sous forme de petit dictionnaire, "d'Adaptation à Zèle"

- Une brochure éditée par l'Alliance de Sociétés féminines suisses relative à l'imposition des couples dans tous les cantons, comparée à celle des célibataires.
- La nouvelle revue francophone de l'OFRA, A tire d'elles, qui devrait paraître 6 fois par an.
- La nouvelle revue de l'Association "Femmes féminisme recherche" dont le Bulletin No 1 est paru. Deux autres numéros sont prévus pour mai et octobre 1984.
- Une brochure éditée par le Bureau de la Condition féminine du Jura intitulée "Pourquoi une formation professionnelle?"
- Un ouvrage édité par le Centre Social Protestant intitulé "Aspects juridiques de l'union libre".
- Un ouvrage édité par le Comité Droits Egaux intitulé "Histoire d'une initiative: L'égalité des droits entre hommes et femmes".

*

Divers

La commission du Conseil des Etats chargée d'examiner une proposition de taxation séparée des époux en a refusé le principe le 23 janvier 1984.

Dans le canton de Genève, une révision de la loi fiscale, entrée en vigueur le 1er janvier 1984, permet aux couples mariés de déduire 5'000 francs (au lieu de 3'500 jusqu'alors) sur le revenu de l'épouse si le revenu brut du ménage ne dépasse pas 50'000 francs.

Le 30 novembre à Genève, deux femmes ont été condamnées pour avoir "sprayé" des graffitis lors de la manifestation du 8 mars 1983: 250 francs d'amende et 48 heures de détention préventive pour chacune.



Warum aber Sünderin? Warum Hure? Von einer Hure ist in den Schriften jener Männer, die über Jeschua und mich schreiben, keine Rede. Wie aber kam die Hure ins Bild?

Eine alte Geschichte, viel viel älter als ich. Die Griechen nannten solche Geschichten Mythen. Geschichten, die sich einmal so oder so ereignet hatten und sich von Zeit zu Zeit wiederholten, wie ein Webmuster sich wiederholt, immer ein wenig anders und doch immer das gleiche. So gab es in unserer Zeit einen Mann namens Schimon, er war ein Magier, ein Erzzauberer, und er behauptete, Gott habe ihm befohlen, seine Gefährtin in einem Bordell zu suchen. Das tat er, und mit ihr zog er fortan durchs Land. Das Urmuster aber war dies: einem der hohen Götter war die Braut geraubt worden, Sophia, die Weisheit, und er musste sie suchen. Sie sei in der Unterwelt, bei den Schatten sei sie. Aus der Unterwelt wurde das Bordell. Der Gott suchte seine Sophia unter den Huren. Sie war selbst zur Hure geworden.

Der Gott und die Hure. Der Reinste und die Unreinste zusammen erst: das Hohe Paar.

Uebersicht über frauenrelevante Vorstösse in den kantonalen Parlamenten

GENEVE

Une motion de Mmes Berenstein et Calmy, déposée en septembre 1983, invite le Conseil d'Etat à étudier la possibilité de féminiser les noms de métier et de fonction des femmes actives dans les instances ou services publics, afin que ces femmes ne soient plus marginalisées et discriminées par l'utilisation de termes masculins et que les offres d'emploi de l'administration n'excluent plus formellement les femmes.

Dans son rapport sur la motion concernant la création d'un service spécialisé de police pour l'accueil des femmes victimes de violences, le Conseil d'Etat annonce la création d'un tel service composé de six inspectrices et six inspecteurs spécialement formé(e)s, dont quatre seront accessibles jour et nuit. L'ensemble du personnel policier ainsi que le public sera informé de l'existence de ce service permanent. La collaboration entre les policiers spécialisé(e)s et les associations féminines concernées par le problème de la violence contre les femmes est fort souhaitable.

GLARUS

Der Glarner Landrat überwies im November 1983, gegen den Willen der Regierung, eine Motion von Ursula Herren, welche eine Ueberprüfung des kantonalen Rechts bezüglich Gleichstellung von Frau und Mann verlangt. Der Regierungsrat hatte argumentiert, die wichtigsten Ungleichbehandlungen stammten aus dem Bundesrecht, die Kantone müssten die Gesetzesänderungen auf eidgenössischer Ebene abwarten. Ungleichheiten, die voll im kantonalen Regelbereich liegen, seien

meist sekundär und könnten von Fall zu Fall angeglichen werden.

LUZERN

Die Regierung beantragt dem Grossen Rat Ablehnung der vom VPOD eingereichten Initiative "Gleiche Grundausbildung für Mädchen und Knaben". In seiner Begründung schreibt der Regierungsrat, die Schule habe auf unterschiedliche Entwicklungen und Bedürfnisse der Geschlechter Rücksicht zu nehmen. Entscheidend sei die Gleichwertigkeit der Ausbildung und die Gewährleistung gleicher Bildungs- und Berufschancen. Dies geschieht nach seiner Ansicht mit einem Lehrplan, der zwar die gleiche Stundenzahl aber ein unterschiedliches Fächerangebot für Knaben und Mädchen enthält.

SCHAFFHAUSEN

In einer Eingabe an den Regierungsrat verlangen sämtliche Grossrätinnen, dass bei der Auswahl der Mitglieder des neu zu gründenden Berufsbildungsrates Frauen berücksichtigt werden.

SOLOTHURN

Im Oktober 1983 wurde im Kantonsrat ein Postulat eingereicht, welches verlangt, dass mit dem Einbezug der Knaben in den textilen Werkunterricht kein Qualitätsabfall verbunden sein dürfe. Dieser Unterricht müsse bis Ende der 6. Klasse für beide Geschlechter obligatorisch und systematisch aufgebaut sein.

Zeichenerklärung:

Erste Zahl = Ordnungsnummern
für die Session

Zweite Zahl = fortlaufende Kontroll-
nummern der Geschäfte

- N behandelt vom Nationalrat
S behandelt vom Ständerat
" Erstbehandlung beim Nationalrat
s Erstbehandlung beim Ständerat
D Dringlich
SV Schriftliches Verfahren
* neue Geschäfte
x erledigt

Übersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung

Herbstsession 1983

(18. Tagung der 41. Legislaturperiode)

vom Montag, 19. September bis Freitag, 7. Oktober 1983

Sitzungen des Nationalrates: 19., 20., 21., 22., 26., 27., 28. (II), 29. September, 3., 4., 5. (II), 6. und 7. Oktober (15 Sitzungen)

Sitzungen des Ständerates: 19., 20., 21., 22., 26., 27., 28., 29. September, 4., 5., 6. und 7. Oktober (12 Sitzungen)

Standesinitiativen

18/81.202 n Initiative Genf. Schutz der Mutterschaft,
vom 1. Juli 1981

Der Kanton Genf beantragt, die gesetzlichen Bestimmungen für einen wirksamen Mutterschaftsschutz zu verbessern.

N Eggli, Allenspach, Augsburg, Basler, Borel, Bratschi, Dirren, Dupont, Eisenring, Forel, Frey-Neuchâtel, Früh, Gautier, Gloor, Günter, Hösli, Jelmini, Landolt, Massy, Meier Kaspar, Müller-Balsthal, Müller-Bern, Ogi, Pini, Reimann, Ribí, Segmüller, Spiess, Tochon, Vannay, Zehnder (31)

18/81.202 n Initiative du canton de Genève. Protection efficace de la maternité, du 1^{er} juillet 1981

Le canton de Genève propose d'améliorer les dispositions légales visant à protéger efficacement la maternité.

N Eggli, Allenspach, Augsburg, Basler, Borel, Bratschi, Dirren, Dupont, Eisenring, Forel, Frey-Neuchâtel, Früh, Gautier, Gloor, Günter, Hösli, Jelmini, Landolt, Massy, Meier Kaspar, Müller-Balsthal, Müller-Berne, Ogi, Pini, Reimann, Ribí, Segmüller, Spiess, Tochon, Vannay, Zehnder (31)

Parlamentarische Initiativen

28/77.231 n Familienpolitik (Nanchen),
vom 13. Dezember 1977

Gemäss Artikel 21^{sexies} des Geschäftsverkehrsgesetzes und Artikel 27 des Geschäftsreglements des Nationalrats reiche ich folgende Initiative in der Form der allgemeinen Anregung ein:

In Anwendung von Artikel 34^{quinquies} und gestützt auf Artikel 34^{ter} Absatz 1 Buchstaben a und g, Artikel 34^{novies} Absatz 3 und Artikel 64 der Bundesverfassung erlässt der Bund gesetzliche Bestimmungen zur Schaffung eines wirklichen Familienschutzes.

Diese Bestimmungen sollen insbesondere die folgenden Massnahmen vorsehen:

1. Die Einrichtung einer obligatorischen Mutterschaftsversicherung, die nach dem Modell der AHV finanziert wird.
 - 1.1 Diese Versicherung deckt die durch Schwangerschaft und Niederkunft entstandenen Kosten für die Pflege durch den Arzt und medizinische Hilfspersonen sowie für Arzneimittel und Spitalaufenthalt.
 - 1.2 Sie gewährt während eines 16wöchigen Mutterschaftsurlaubs, von dem 10 Wochen auf die Zeit nach der Niederkunft entfallen, ein Taggeld. Dieses beträgt für Arbeitnehmerinnen mindestens 80 Prozent des entgangenen Lohns und für nichterwerbstätige Frauen gleich viel wie der Erwerbersatz für Nichterwerbstätige im Militärdienst.
 - 1.3 Ein solches Taggeld erhält auch die erwerbstätige Mutter oder der erwerbstätige Vater, wenn sie oder er zur Pflege eines kranken Kindes zu Hause bleiben muss.
 - 1.4 Ist der Mutterschaftsurlaub abgelaufen oder wird ein Kleinkind zur späteren Adoption in Pflege genommen, so kann, wenn beide Eltern erwerbstätig sind, der Mutter oder dem Vater ein Elternurlaub gewährt werden. Dieser Urlaub dauert höchstens neun Monate und gibt Anspruch auf eine Entschädigung, die grundsätzlich 80 Prozent des entgangenen Lohns ausmacht.
 2. Den Schutz der schwangeren Frau vor Kündigung des Arbeitsvertrags. Der Kündigungsschutz wird auch Frauen und Männern in den Fällen der Ziffern 1.2, 1.3 und 1.4 gewährt, und die aufgrund des Arbeitsvertrags erworbenen Rechte bleiben in diesen Fällen gewahrt.
 3. Die Förderung der beruflichen Wiedereingliederung und der Umschulung der Frauen, die aus familiären Gründen ihre Erwerbstätigkeit für mehrere Jahre unterbrochen haben.
 4. Die Einrichtung einer eidgenössischen Familienzulageordnung für die Erwerbstätigen, die insbesondere einen interkantonalen Ausgleich vorsieht.
- N Eggli, Allenspach, Ammann-St. Gallen, Barras, Dupont, Dürr, Fischer-Häggingen, Füeg, Gautier, Jung, Kühne, Morf, Nauer, Nef, Neukomm, Ogi, Schnyder-Bern, Segmüller, Spreng, Vannay, Vetsch, Zbinden, Zwygart (23)

1978 18. April: Die Kommission setzt ihre Beratungen aus bis zum Erscheinen der Botschaft über die Volksinitiative.

1983 16. März: Der Nationalrat beschliesst, die Punkte 1 und 2 abzuschreiben, den Punkten 3 und 4 jedoch Folge zu geben (siehe auch Geschäft Nr. 72/82.074).

28/77.231 n Politique familiale (Nanchen),
du 13 décembre 1977

Conformément à l'article 21^{sexies} de la loi sur les rapports entre les conseils et à l'article 27 du règlement du Conseil national, je dépose l'initiative parlementaire suivante sous la forme d'une proposition conçue en termes généraux.

En application de l'article 34^{quinquies} et sur la base des articles 34^{ter}, 1^{er} alinéa, lettres a et g, 34^{novies}, 3^e alinéa, et 64 de la constitution fédérale, des dispositions légales seront édictées en vue de la mise en œuvre d'une protection réelle de la famille.

Ces dispositions comprendront notamment les mesures suivantes:

1. La création d'une assurance-maternité obligatoire, qui sera financée selon le modèle de l'AVS.
 - 1.1 Cette assurance couvrira les frais médicaux, paramédicaux, pharmaceutiques et hospitaliers occasionnés par la grossesse et l'accouchement.
 - 1.2 Durant un congé de maternité de 16 semaines dont 10 après l'accouchement, elle garantira le versement d'une indemnité journalière qui correspondra, pour les travailleuses, au moins à 80% du salaire perdu, et, pour les femmes n'exerçant pas d'activité lucrative, qui sera égale au montant de l'allocation pour perte de gain revenant aux personnes non actives qui effectuent un service militaire.
 - 1.3 Une même indemnité sera également versée à l'un des parents salariés lorsque la présence de la mère ou du père est requise auprès d'un enfant malade.
 - 1.4 A l'échéance du congé de maternité ou lors de la prise en charge d'un enfant en bas âge en vue d'adoption, un congé parental pourra être accordé à la mère ou au père lorsque chacun d'eux est salarié. Ce congé pourra s'étendre au plus sur une durée de 9 mois et donnera droit à une indemnité correspondant en principe à 80% du salaire perdu.
2. La protection des femmes enceintes contre la résiliation du contrat de travail, la même protection étant accordée aux femmes et aux hommes dans les cas mentionnés sous chiffre 1.2, 1.3 et 1.4, ainsi que le maintien dans les mêmes cas des droits acquis découlant du contrat de travail.
3. L'encouragement de la réinsertion professionnelle et du recyclage des femmes ayant interrompu leur activité lucrative pendant plusieurs années pour des raisons familiales.
4. L'institution d'un régime fédéral d'allocations familiales aux salariés prévoyant notamment une compensation intercantonale.

N *Eggl*, Allenspach, Ammann-Saint-Gall, Barras, Dupont, Dürr, Fischer-Hägglingen, Füeg, Gautier, Jung, Kühne, Morf, Nauer, Nef, Neukomm, Ogi, Schnyder-Berne, Segmüller, Spreng, Vannay, Vetsch, Zbinden, Zwiggart (23)

1978 18 avril: La commission suspend ses travaux jusqu'au dépôt du message sur l'initiative populaire.

1983 16 mars: Le Conseil national décide de classer les points 1 et 2, mais de donner suite aux points 3 et 4 (voir objet n° 72/82.074).

33/79.230 n Bürgerrecht der Kinder mit Schweizer Mutter und ausländischem Vater (Christinat), vom 1. Oktober 1979

Gestützt auf Artikel 21^{bis} des Geschäftsverkehrsgesetzes beantrage ich, die Artikel 5 und 57 des Bundesgesetzes über Erwerb und Verlust des Schweizerbürgerrechts vom 29. September 1952 wie folgt zu ändern:

Art. 5 Abs. 1a

- a. wenn die Mutter Schweizer Bürgerin ist.

Art. 57 Abs. 6

« Hat das Kind eines ausländischen Vaters und einer schweizerischen Mutter im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1976 über die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches das 23. Altersjahr noch nicht zurückgelegt, so kann es vom 1. Januar 1980 an innert eines Jahres bei der zuständigen Behörde des Heimatkantons der Mutter die Anerkennung als Schweizer Bürger beantragen. Artikel 34 ist sinngemäss anzuwenden.

N *Zbinden*, Akeret, Aubry, Blunschy, Christinat, Deneys, Duboule, Kaufmann, Kopp, Leuenberger, Lüchinger, Morf, Müller-Aargau, Roth, Schüle, Segmüller, Weber-Arbon (17)

1980 18. September: Die Kommission setzt ihre Beratungen aus, bis zur Volksabstimmung über die Verfassungsrevision.

33/79.230 n Nationalité des enfants de mère suisse et de père étranger (Christinat), du 1^{er} octobre 1979

En vertu de l'article 21^{bis} de la loi sur les rapports entre les conseils, je propose que les articles 5 et 57 de la loi fédérale sur l'acquisition et la perte de la nationalité suisse, du 29 septembre 1952, soient modifiés comme suit:

Art. 5 1^{er} al., let. a

- a. lorsque la mère est citoyenne suisse

Art. 57, 6^e al.

« Si l'enfant d'un père étranger et d'une mère suisse n'a pas encore atteint l'âge de 23 ans révolus lors de l'entrée en vigueur de la loi fédérale du 25 juin 1976, modifiant le Code civil suisse, il peut, à partir du 1^{er} janvier 1980 et dans le délai d'une année, demander à l'autorité compétente du canton d'origine de sa mère, de reconnaître sa citoyenneté suisse.

L'article 34 est applicable par analogie.

N *Zbinden*, Akeret, Aubry, Blunschy, Christinat, Deneys, Duboule, Kaufmann, Kopp, Leuenberger, Lüchinger, Morf, Müller-Argovie, Roth, Schüle, Segmüller, Weber-Arbon (17)

1980 18 septembre: La commission suspend ses délibérations jusqu'à la votation populaire sur la révision de la constitution.

38/81.222 n Schwangerschaftsabbruch (Nationalrat), vom 10. März 1981 (siehe Geschäft Nr. 78.222).

Bericht und Anträge der Kommission des Nationalrates vom 27. August 1979 (BBl II, 1037) zu den parlamentarischen Initiativen und Ständesinitiativen zum Schwangerschaftsabbruch.

Stellungnahme und Gesetzesentwurf des Bundesrates vom 29. September 1980 (BBl III, 1047).

N *Christinat*, Barras, Blocher, Blunschy, Deneys, Frey-Neuenburg, Füeg, Gautier, Hösli, Jaggi, Jung, Kaufmann, Longet, Mauch, Meier Kaspar, Nef, Ribl, Roth, Segmüller, Spreng, Wagner, Weber Monika, Ziegler-Solothurn (23)

S *Bührer*, Andermatt, Bauer, Dobler, Donzè, Gadiant, Generali, Genoud, Lieberherr, Matossi, Munz, Schmid, Schönberger, Ulrich, Zumbühl (15)

A. Schweizerisches Strafgesetzbuch
Änderung vom

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,

gestützt auf Artikel 64^{bis} der Bundesverfassung, nach Prüfung verschiedener parlamentarischer Initiativen und Ständesinitiativen, nach Einsicht in den Bericht der Kommission des Nationalrates vom 27. August 1979¹⁾ und die Stellungnahme des Bundesrates vom 29. September 1980²⁾,

beschliesst:

I

Das Schweizerische Strafgesetzbuch³⁾ wird wie folgt geändert:

Art. 121^{bis} Abbruch der Schwangerschaft innert der ersten zwölf Wochen

¹⁾ Die Kantone können durch ein Gesetz bestimmen, dass der Abbruch der Schwangerschaft nicht strafbar ist, wenn er innerhalb der ersten zwölf Wochen nach der letzten Periode ausgeführt wird.

²⁾ Ausserdem müssen folgende Voraussetzungen gegeben sein:

- a. Der Eingriff muss durch einen diplomierten, in der Schweiz zur Ausübung seines Berufes zugelassenen Arzt ausgeführt werden;
- b. Die Schwangere muss dem Eingriff schriftlich zustimmen; ist sie nicht urteilsfähig, so ist die schriftliche Zustimmung ihres gesetzlichen Vertreters erforderlich;
- c. Die Schwangere hat sich mindestens eine Woche vor einem allfälligen Eingriff durch einen diplomierten, in der Schweiz zur Ausübung seines Berufes zugelassenen Arzt oder durch eine kantonal anerkannte Beratungsstelle beraten zu lassen.

³⁾ Der nach den Absätzen 1 und 2 straflose Schwangerschaftsabbruch bleibt auf dem ganzen Gebiet der Schweiz straflos.

Art. 121^{ter} Nichtbeachtung des Artikels 121^{bis}

1. Der Arzt, der aus einem der gesetzlich anerkannten Gründe die Schwangerschaft abbricht, ohne dass die Zustimmung der Schwangeren oder ihres gesetzlichen Vertreters schriftlich vorliegt, ohne diplomiert und in der Schweiz zur Ausübung des Berufes zugelassen zu sein, ohne die gesetzlichen Bestimmungen des Artikels 121^{bis} Absatz 2 Buchstabe c zu beachten, wird, wenn er vorsätzlich handelt, mit Haft oder Busse bestraft. Bei Rückfall kann er mit Gefängnis bestraft werden.
2. Der Arzt, der grob fahrlässig annimmt, es liege ein gesetzlich anerkannter Grund vor, und die Schwangerschaft zu Unrecht abbricht, wird mit Gefängnis oder Busse bestraft.

Art. 121^{quater} Meldung der Eingriffe

Der Bundesrat erlässt nach Anhören der Kantone Bestimmungen über die Meldung der Eingriffe an das Bundesamt für Statistik.

Art. 121^{quinqüies} Weigerung aus Gewissensgründen

Niemand ist verpflichtet, bei der Durchführung eines Schwangerschaftsabbruches mitzuwirken, wenn er dies aus Gewissensgründen nicht verantworten kann. Die Weigerung ist ohne Verzug bekanntzugeben.

Art. 211**Streichen**

II

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

¹¹ BBI 1979 II 1037

²¹ BBI 1980 III 1047

³¹ SR 311.0

1981 23. September: Der Ständerat beschliesst, auf dieses Bundesgesetz nicht einzutreten.

B. Bundesgesetz über die Schwangerschaftsberatungsstellen

Bundesblatt 1981 III, 242; Ablauf der Referendumsfrist: 18. Januar 1982

C. Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung

Bundesblatt 1981 III, 240; Ablauf der Referendumsfrist: 18. Januar 1982

1982 21. Juni: Die Kommission des Nationalrates beschliesst, ihre Beratungen vorläufig auszusetzen (s. Bericht der Kommission, Amtl. Bull. NR S. 1384).

38/81.222 n Interruption de la grossesse (Conseil national), du 10 mars 1981 (voir objet n° 78.222).

Rapport et propositions de la commission du Conseil national du 27 août 1979 (FF II, 1021) concernant les initiatives parlementaires et initiatives des cantons sur l'interruption de la grossesse.

Avis du Conseil fédéral et projet de loi du 29 septembre 1980 (FF III, 1050).

N *Christinat*, Barras, Blocher, Blunschy, Deneys, Frey-Neuchâtel, Füeg, Gautier, Hösli, Jaggi, Jung, Kaufmann, Longet, Mauch, Meier Kaspar, Nef, Ribl, Roth, Segmüller, Spreng, Wagner, Weber Monika, Ziegler-Soleure (23)

E *Bührer*, Andermatt, Bauer, Dobler, Donzé, Gadiant, Generali, Genoud, Lieberherr, Matossi, Munz, Schmid, Schönenberger, Ulrich, Zumbühl (15)

A. Code pénal suisse**Modification du****L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,**

vu l'article 64^{bis} de la constitution;

après examen de diverses initiatives parlementaires et cantonales;

vu le rapport du 27 août 1979 d'une commission du Conseil national¹⁾;

vu l'avis du Conseil fédéral du 29 septembre 1980²⁾,

arrête:

I

Le code pénal suisse³⁾ est modifié comme il suit:

¹⁾ FF 1979 II 1021

²⁾ FF 1980 III 1050

³⁾ RS 311.0

Art. 121^{bis} Interruption de la grossesse pendant les douze premières semaines

¹ Les cantons peuvent prévoir par une loi que l'interruption de la grossesse n'est pas punissable lorsqu'elle est pratiquée dans les douze semaines après le début des dernières règles.

² En outre, les conditions suivantes doivent être remplies:

- a. L'interruption doit être pratiquée par un médecin diplômé et autorisé à exercer sa profession en Suisse;
- b. La personne enceinte doit consentir par écrit à l'intervention; si elle est incapable de discernement, le consentement écrit de son représentant légal est requis;
- c. La personne enceinte doit consulter, au moins une semaine avant l'éventuelle intervention, un médecin diplômé et autorisé à exercer sa profession en Suisse ou un centre de consultation reconnu par un canton.

³ Une interruption de grossesse qui n'est pas punissable selon les alinéas 1 et 2 ne peut faire l'objet de poursuite en Suisse.

Art. 121^{ter} Inobservation de l'article 121^{bis}

1. Le médecin qui, dans l'un des cas prévus par la loi, aura interrompu une grossesse, sans que le consentement de la personne enceinte ou de son représentant légal n'ait été donné par écrit, sans être diplômé et autorisé à exercer sa profession en Suisse,

sans respecter les conditions prévues à l'article 121^{bis} alinéa 2 lettre c,

sera puni, s'il a agi intentionnellement, des arrêts ou de l'amende. En cas de récidive, il pourra être puni de l'emprisonnement.

2. Le médecin qui aura admis, par une négligence grave, qu'il existe un motif reconnu par la loi et aura indûment interrompu la grossesse sera puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

Art. 121^{quater} Communication des interventions

Après consultations des cantons, le Conseil fédéral édicte des dispositions concernant la communication des interventions à l'Office fédéral de la statistique.

Art. 121^{quinqüies} Refus pour des raisons de conscience

Nul n'a l'obligation de collaborer à l'exécution d'une interruption de grossesse lorsqu'il ne peut en prendre la responsabilité pour des raisons de conscience. Le refus doit être annoncé sans délai.

Art. 211**Biffer**

II

¹ La présente loi est soumise au référendum facultatif.

² Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur.

1981 23 septembre: Le Conseil des Etats décide de ne pas entrer en matière sur cette loi.

B. Loi fédérale sur les centres de consultation en matière de grossesse

Feuille fédérale 1981 III, 218; délai d'opposition: 18 janvier 1982

C. Loi fédérale sur l'assurance en cas de maladie et d'accidents

Feuille fédérale 1981 III, 216; délai d'opposition: 18 janvier 1982

1982 21 juin: La commission du Conseil national décide de suspendre provisoirement ses délibérations (v. Rapport de la commission, BO, CN p. 1384).

Eidg. Departement des Innern**x 67/82.074 n Schutz der Mutterschaft. Volksinitiative**

Botschaft und Beschlusentwurf vom 17. November 1982 (BBl III, 845) über die Volksinitiative «für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft».

N *Eggl*, Allenspach, Ammann-St. Gallen, Barras, Dupont, Dürr, Fischer-Hägglingen, Füeg, Gautier, Jung, Kühne, Morf, Nauer, Nef, Neukomm, Ogi, Schnyder-Bern, Segmüller, Spreng, Vannay, Vetsch, Zbinden, Zwygart (23)

S *Hophan*, Andermatt, Arnold, Bauer, Bühler, Donzé, Genoud, Gerber, Guntern, Hänsenberger, Hefli, Lieberherr, Zumbühl (13)

1983 16. März. Beschluss des Nationalrates nach Entwurf des Bundesrates.

1983 26. September. Beschluss des Ständerates: Zustimmung.

1983 7. Oktober. Beschluss des Nationalrates: Der Bundesbeschluss wird in der Schlussabstimmung angenommen.

1983 7. Oktober. Beschluss des Ständerates: Der Bundesbeschluss wird in der Schlussabstimmung angenommen.

Bundesblatt III 1028

x 67/82.074 n Protection de la maternité. Initiative populaire

Message et projet d'arrêté du 17 novembre 1982 (FF III, 805) sur l'initiative populaire «pour une protection efficace de la maternité».

N *Eggl*, Allenspach, Ammann-Saint-Gall, Barras, Dupont, Dürr, Fischer-Hägglingen, Füeg, Gautier, Jung, Kühne, Morf, Nauer, Nef, Neukomm, Ogi, Schnyder-Berne, Segmüller, Spreng, Vannay, Vetsch, Zbinden, Zwygart (23)

E *Hophan*, Andermatt, Arnold, Bauer, Bühler, Donzé, Genoud, Gerber, Guntern, Hänsenberger, Hefli, Lieberherr, Zumbühl (13)

1983 16 mars. Décision du conseil national conforme au projet du Conseil fédéral.

1983 26 septembre. Décision du Conseil des États: Adhésion.

1983 7 octobre. Décision du Conseil national: L'arrêté est adopté en votation finale.

1983 7 octobre. Décision du Conseil des États: L'arrêté est adopté en votation finale.

Feuille fédérale III, 1052

x 74/83.028 s AHV/IV für Ehefrauen von Schweizern im Ausland

Botschaft und Gesetzesentwurf vom 14. März 1983 (BBl II, 157) betreffend den nachträglichen Beitritt zur freiwilligen AHV/IV für Ehefrauen von obligatorisch versicherten Schweizern im Ausland.

N *Kommission für soziale Sicherheit*

S *Lieberherr*, Bauer, Bürgi, Gassmann, Hänsenberger, Kündig, Meier Josi, Muheim, Munz, Steiner, Ulrich (11)

1983 23. Juni. Beschluss des Ständerates nach Entwurf des Bundesrates.

1983 19. September. Beschluss des Nationalrates abweichend vom Beschluss des Ständerates.

1983 29. September. Beschluss des Ständerates: Zustimmung.

1983 7. Oktober. Beschluss des Ständerates: Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

1983 7. Oktober. Beschluss des Nationalrates: Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

Bundesblatt III, 1036; Ablauf der Referendumsfrist: 16. Januar 1984

x 74/83.028 é AVS/AI des épouses de ressortissants suisses à l'étranger

Message et projet de loi du 14 mars 1983 (FF II, 177) concernant l'adhésion tardive à l'assurance facultative AVS et AI des épouses de ressortissants suisses à l'étranger obligatoirement assurés.

N *Commission de la sécurité sociale*

E *Lieberherr*, Bauer, Bürgi, Gassmann, Hänsenberger, Kündig, Meier Josi, Muheim, Munz, Steiner, Ulrich (11)

1983 23 juin. Décision du Conseil des États conforme au projet du Conseil fédéral.

1983 19 septembre. Décision du Conseil national avec des divergences.

1983 29 septembre. Décision du Conseil des États: Adhésion.

1983 7 octobre. Décision du Conseil des États: La loi est adoptée en votation finale.

1983 7 octobre. Décision du Conseil national: La loi est adoptée en votation finale.

Feuille fédérale III, 1060; délai d'opposition: 16 janvier 1984

Eidg. Justiz- und PolizeidepartementPersönliche Vorstösse**82/79.043 s ZGB. Ehwirkungen und Güterrecht**

Botschaft und Gesetzesentwurf vom 11. Juli 1979 (BBl II, 1191) über die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Wirkungen der Ehe im allgemeinen, Ehegüterrecht und Erbrecht).

N Gerwig, Alder, Barchi, Blunschy, de Chastonay, Christinat, Deneys, Dürr, Egli, Eppenberger-Nesslau, Feigenwinter, Fischer-Hägglings, Füeg, Gehler, Girard, Humbel, Kopp, Linder, Lüchinger, Mascarin, Meier Kaspar, Merz, Muheim, Petitpierre, Reichling, Schalcher, Segmüller, Uchtenhagen, Weber-Arbon, Zbinden (*erweiterte Kommission*) (30)

S Cavely, Arnold, Bauer, Baumberger, Dobler, Genoud, Guntern, Hänsenberger, Hefti, Lieberherr, Meylan, Munz, Steiner (13)

1981 19. März. Beschluss des Ständerates abweichend vom Entwurf des Bundesrates.

1983 13. Juni. Beschluss des Nationalrates abweichend vom Beschluss des Ständerates.

82/79.043 é Code civil. Effets du mariage et régime matrimonial

Message et projet de loi du 11 juillet 1979 (FF II, 1179) concernant la revision du code civil suisse (Effets généraux du mariage, régimes matrimoniaux et successions).

N Gerwig, Alder, Barchi, Blunschy, de Chastonay, Christinat, Deneys, Dürr, Egli, Eppenberger-Nesslau, Feigenwinter, Fischer-Hägglings, Füeg, Gehler, Girard, Humbel, Kopp, Linder, Lüchinger, Mascarin, Meier Kaspar, Merz, Muheim, Petitpierre, Reichling, Schalcher, Segmüller, Uchtenhagen, Weber-Arbon, Zbinden (*commission élargie*) (30)

E Cavely, Arnold, Bauer, Baumberger, Dobler, Genoud, Guntern, Hänsenberger, Hefti, Lieberherr, Meylan, Munz, Steiner (13)

1981 19 mars. Décision du Conseil des Etats modifiant le projet du Conseil fédéral.

1983 13 juin. Décision du Conseil national avec des divergences.

91/83.019 s Recht auf Leben. Volksinitiative

Botschaft und Beschlussesentwurf vom 28. Februar 1983 (BBl II, 1) zur Volksinitiative «Recht auf Leben».

N Segmüller, Bäumlín, Blocher, Blunschy, Braunschweig, Cantieni, Christinat, Dafflon, Darbellay, Deneys, Duboule, Eppenberger-Nesslau, Euler, Früh, Gautier, Gerwig, Girard, Kunz, Lüchinger, Morf, Müller-Schamachtal, Nef, Oester, Petitpierre, Pitteloud, Roth, Schnider-Luzern, Tochon, Weber Monika (29)

S Meylan, Affolter, Aubert, Baumberger, Bühler, Genoud, Guntern, Hefti, Matossi, Piller, Schmid, Schönenberger, Zumbühl (13)

91/83.019 é Initiative populaire «pour le droit à la vie»

Message et projet d'arrêté du 28 février 1983 (FF II, 1) relatifs à l'initiative populaire «pour le droit à la vie».

N Segmüller, Bäumlín, Blocher, Blunschy, Braunschweig, Cantieni, Christinat, Dafflon, Darbellay, Deneys, Duboule, Eppenberger-Nesslau, Euler, Früh, Gautier, Gerwig, Girard, Kunz, Lüchinger, Morf, Müller-Schamachtal, Nef, Oester, Petitpierre, Pitteloud, Roth, Schnider-Luzern, Tochon, Weber Monika (29)

E Meylan, Affolter, Aubert, Baumberger, Bühler, Genoud, Guntern, Hefti, Matossi, Piller, Schmid, Schönenberger, Zumbühl (13)

Nationalrat

× 141/82.927 M Ständerat (Guntern) – Video-Filme. Vertrieb (9. März 1983)

Der Bundesrat wird beauftragt,

1. einen Entwurf vorzulegen, der den Verkauf, die Vermietung oder den Umtausch grausamer und perverser (Video-)Filme einschränkt oder verbietet;
2. Massnahmen zu treffen, die es ermöglichen, einen wirksamen Jugendschutz in diesem Bereiche durchzusetzen.

N Petitions- und Gewährleistungskommission

1983 5. Oktober. Beschluss des Nationalrates: Die Motion wird angenommen.

× 141/82.927 M Conseil des Etats (Guntern) – Films vidéo. Circulation (9 mars 1983)

Le Conseil fédéral est chargé:

1. de présenter un projet limitant ou interdisant la vente, la location ou l'échange de films vidéo cruels et pervers;
2. de prendre des mesures permettant une protection efficace de la jeunesse dans ce domaine.

N Commission des pétitions et de l'examen des constitutions cantonales

1983 5 octobre. Décision du Conseil national: La motion est adoptée.

248/83.378 M Christinat – Strafbare Handlungen gegen die Sittlichkeit. Revision des StGB (16. März 1983)

Der Bundesrat wird ersucht:

1. eine Änderung des Strafgesetzbuches vorzubereiten, die den Begriff der erschwerenden Umstände für die Fälle einführt, in denen Notzucht von einer Bande begangen wird;
2. die bandenmässige Begehung für alle Artikel vorzusehen, die strafbare Handlungen gegen die Sittlichkeit betreffen.

Mitunterzeichner: Akeret, Ammann-St. Gallen, Aregger, Aubry, Auer, Bacciarini, (Baechtold), Barchi, Barras, Biderbost, Biel, Blunschy, Borel, Bratschi, Brélaz, Bundi, de Capitani, Carobio, Cevey, Cotti, Couchepin, Coutau, Crevoisier, Dafflon, Darbellay, Delamuraz, Deneys, Dirren, Dupont, Eggenberg-Thun, Eppenberger-Nesslau, Flubacher, Forel, Füeg, Gautier, Gehler, Gerwig, Girard, Gloor, Herczog, Hofmann, Houmard, Hubacher, Huggenberger, Iten, Jaeger, Jaggi, Jeanneret, Jelmini, Jost, Kaufmann, Keller, Kloter, Kopp, Kunz, Linder, Loetscher, Longet, Magnin, Martignoni, Martin, Mascarin, Masy, Morel, Morf, Müller-Luzern, Müller-Aargau, Neukomm, Oehen, Oester, Ogi, Pedrazzini, Petitpierre, Pini, Ráz, Renschler, Ribl, Robbiani, Röthlin, Roy, Rubi, Ruffy, Rüttimman, Schalcher, Schmid, Schüle, Segmüller, Soldini, Spiess, Spreng, Steinegger, Teuscher, Thévoz, Tochon, Uchenhagen, Vannay, Wagner, Weber Monika, Wilhelm, Wyss, Ziegler-Genf (101)

248/83.378 M Christinat – Infractions contre les mœurs. Révision du code pénal (16 mars 1983)

Le Conseil fédéral est prié:

1. D'envisager la modification du code pénal afin d'introduire la notion de circonstances aggravantes pour les viols commis par des individus agissant en bande;
2. D'étendre cette notion de bande à tous les articles du titre cinquième qui se rapportent aux infractions contre les mœurs.

Cosignataires: Akeret, Ammann-Saint-Gall, Aregger, Aubry, Auer, Bacciarini, (Baechtold), Barchi, Barras, Biderbost, Biel, Blunsky, Borel, Bratschi, Brélatz, Bundi, de Capitani, Carobio, Cevey, Cotti, Couchepin, Coutau, Crevoisier, Dafflon, Darbellay, Delamuraz, Deneys, Dirren, Dupont, Eggenberg-Thoune, Eppenberger-Nesslau, Flubacher, Forel, Füeg, Gautier, Gehler, Gerwig, Girard, Gloor, Herczog, Hofmann, Houmard, Hubacher, Huggenberger, Iten, Jaeger, Jaggi, Jeanneret, Jelmini, Jost, Kaufmann, Keller, Kloter, Kopp, Kunz, Linder, Loetscher, Longet, Magnin, Martignoni, Martin, Mascarin, Massy, Morel, Morf, Müller-Lucerne, Müller-Argovie, Neukomm, Oehen, Oester, Ogi, Pedrazzini, Petitpierre, Pini, Rätz, Renschler, Ribl, Robbiani, Röthlin, Roy, Rubi, Ruffi, Rüttimann, Schalcher, Schmid, Schüle, Segmüller, Soldini, Spiess, Spreng, Steinegger, Teuscher, Thévoz, Tochon, Uchtenhagen, Vannay, Wagner, Weber Monika, Wilhelm, Wyss, Ziegler-Genève (101)

× 279/83.490 P Darbellay – Familienpolitik. Kaufkraftausgleich (22. Juni 1983)

Zur Förderung einer Steuer- und Sozialpolitik, die den Bedürfnissen der Familie angemessen Rechnung trägt, wird der Bundesrat eingeladen, eine Untersuchung über die Frage zu veranlassen, über wieviel Einkommen eine alleinstehende Person, ein Paar und eine Familie mit einem oder mehreren Kindern verfügen müssen, um die gleiche Kaufkraft zu haben.

Mitunterzeichner: Bacciarini, Blunsky, Bürer-Walenstadt, Butty, Cantieni, Cavadini, de Chastonay, Columberg, Cotti, Couchepin, Deneys, Dirren, Dupont, Gloor, Huggenberger, Iten, Jeanneret, Jelmini, Jung, Koller Arnold, Kühne, Landolt, Meier Werner, Meizoz, Morf, Müller-Luzern, Nef, Nussbaumer, Pedrazzini, Petitpierre, Risi-Schwyz, Robbiani, Röthlin, Ruffi, Schärli, Scherer, Schnider-Luzern, Schnyder-Bern, Segmüller, Spiess, Spreng, Thévoz, Tochon, Vannay, Weber-Arbon, Wellauer, Ziegler-Solothurn (47)

1983 7. Oktober. Beschluss des Nationalrates: Das Postulat wird angenommen.

× 279/83.490 P Darbellay – Politique familiale. Equivalence du pouvoir d'achat (22 juin 1983)

Afin de promouvoir une politique fiscale et sociale tenant compte d'une manière appropriée des besoins de la famille, le Conseil fédéral est invité à faire étudier le rapport entre les revenus nécessaires à une personne seule, à un couple, à une famille avec un ou plusieurs enfants pour disposer d'un pouvoir d'achat équivalent.

Cosignataires: Bacciarini, Blunsky, Bürer-Walenstadt, Butty, Cantieni, Cavadini, de Chastonay, Columberg, Cotti, Couchepin, Deneys, Dirren, Dupont, Gloor, Huggenberger, Iten, Jeanneret, Jelmini, Jung, Koller Arnold, Kühne, Landolt, Meier Werner, Meizoz, Morf, Müller-Lucerne, Nef, Nussbaumer, Pedrazzini, Petitpierre, Risi-Schwyz, Robbiani, Röthlin, Ruffi, Schärli, Scherer, Schnider-Lucerne, Schnyder-Berne, Segmüller, Spiess, Spreng, Thévoz, Tochon, Vannay, Weber-Arbon, Wellauer, Ziegler-Soleure (47)

1983 7 octobre. Décision du Conseil national: Le postulat est adopté.

× 318/81.542 M (Grobet)-Deneys – Krankenversicherung. Prämienungleichheit für Männer und Frauen (30. November 1981)

Aufgrund der Volksabstimmung über die Gleichberechtigung von Mann und Frau wird der Bundesrat ersucht, mit entsprechenden Massnahmen dafür zu sorgen, dass Frauen und Männer gleich hohe Krankenkassenprämien bezahlen.

Mitunterzeichner: Affolter, Ammann-St. Gallen, Bäumlín, Borel, Braunschweig, Deneys, Eggenberg-Thun, Egli, Ganz, Gloor, Hubacher, Loetscher, Meizoz, Morel, Morf, Muheim, Müller-Bern, Nauer, Neukomm, Ott, Robbiani, Stich, Vannay, Weber-Arbon, Ziegler-Genf (25)

1982 22. September: Die Motion wird durch Frau Deneys übernommen.

1983 19. September. Beschluss des Nationalrates: Die Motion wird in nachstehender Form eines Postulates angenommen:

... wird der Bundesrat ersucht zu prüfen, ob es nicht angezeigt wäre, mit entsprechenden Massnahmen ...

× 318/81.542 M (Grobet)-Deneys – Assurance-maladie. Egalité entre les hommes et les femmes (30 novembre 1981)

Pour faite suite au vote populaire sur l'égalité des droits entre les hommes et les femmes, le Conseil fédéral est invité à prendre les mesures nécessaires pour assurer une égalité du montant des cotisations aux caisses-maladie entre les hommes et les femmes.

Cosignataires: Affolter, Ammann-Saint-Gall, Bäumlín, Borel, Braunschweig, Deneys, Eggenberg-Thoune, Egli, Ganz, Gloor, Hubacher, Loetscher, Meizoz, Morel, Morf, Muheim, Müller-Berne, Nauer, Neukomm, Ott, Robbinai, Stich, Vannay, Weber-Arbon, Ziegler-Genève (25)

1982 22 septembre: La motion est reprise par M^{me} Deneys.

1983 19 septembre. Décision du Conseil national: La motion est adoptée sous la forme d'un postulat ainsi conçu:

..., le Conseil fédéral est invité à examiner s'il ne serait pas indiqué de prendre ...

479/83.408 M Segmüller – Familienpflichten. Absenz vom Arbeitsplatz (17. März 1983)

Der Bundesrat wird beauftragt, im Rahmen einer Vorlage über die Revision des Arbeitsvertragsrechts Artikel 324a OR dahin zu präzisieren, dass unter dem Titel «Erfüllung gesetzlicher Pflichten» auch die Pflege eines erkrankten oder verunfallten Familienmitgliedes während beschränkter Zeit zur Absenz vom Arbeitsplatz ohne Lohn einbusse berechtigt.

Mitunterzeichner: Bäumlín, Biderbost, Blunsky, Butty, Cantieni, de Chastonay, Christinat, Columberg, Darbellay, Dürr, Egli, Feigenwinter, Frei-Romanshorn, Früh, Gautier, Huggenberger, Iten, Jaggi, Kaufmann, Koller Arnold, Kühne, Landolt, (Lang), Morf, Muheim, Müller-Luzern, Müller-Aargau, Nussbaumer, Oehler, Reiniger, Rüttimann, Schärli, Scherer, Schmid, Spiess, Spreng, Tochon, Uchtenhagen, Vetsch, Weber Leo, Weber-Arbon, Zehnder, Ziegler-Solothurn (43)

479/83.408 M Segmüller – Obligations familiales. Absence du travailleur (17 mars 1983)

Le Conseil fédéral est chargé, dans le cadre d'une revision du droit sur le contrat du travail, de préciser, à l'article 324a du code des obligations, que l'octroi de soins à un membre de la famille malade ou victime d'un accident, doit être considéré comme l'accomplissement d'une obligation légale qui donne droit, temporairement, au travailleur de s'abstenir sans que son salaire ne soit réduit.

Cosignataires: Bäumlín, Biderbost, Blunsky, Butty, Cantieni, de Chastonay, Christinat, Columberg, Darbellay, Dürr, Egli, Feigenwinter, Frei-Romanshorn, Früh, Gautier, Huggenberger, Iten, Jaggi, Kaufmann, Koller Arnold, Kühne, Landolt, (Lang), Morf, Muheim, Müller-Lucerne, Müller-Argovie, Nussbaumer, Oehler, Reiniger, Rüttimann, Schärli, Scherer, Schmid, Spiess, Spreng, Tochon, Uchtenhagen, Vetsch, Weber Leo, Weber-Arbon, Zehnder, Ziegler-Soleure (43)

× 494/82.598 M Zbinden – Videofilm. Gewaltdarstellungen
(30. November 1982)

Der Bundesrat wird ersucht, den Räten eine Vorlage zur Revision des Strafgesetzbuches, des Zollgesetzes und eventuell weiterer Gesetze zu unterbreiten, die im Sinne des Jugendschutzes die Einfuhr, die Herstellung, den Handel und jegliche Verbreitung von Videokassetten mit verrohenden, jede Menschenwürde missachtenden Gewaltdarstellungen untersagt.

1983 5. Oktober. Beschluss des Nationalrates: Die Motion wird angenommen. – Mit der Annahme der Motion Guntern (Nr. 82.927) am 9. März 1983 hat der Ständerat auch dieser Motion zugestimmt.

× 494/82.598 M Zbinden – Vidéofilms. Scènes de violence
(30 novembre 1982)

Le Conseil fédéral est prié de présenter aux Chambres un projet de révision du Code pénal, de la loi sur les douanes et, le cas échéant, d'autres lois encore; ce projet, visant à protéger la jeunesse, interdira l'importation, la fabrication, le commerce et toute diffusion de vidéocassettes comportant des scènes de violence et de brutalité qui constituent un outrage à la dignité humaine.

1983 5 octobre. Décision du Conseil national: La motion est adoptée.

En adoptant, le 9 mars 1983, la motion Guntern (n° 82.927), le Conseil des Etats a également adopté la présente motion.

Ständerat

× 518/83.457 P Donzé – 10. AHV-Revision. Mindestrenten
(13. Juni 1983)

Unsere Alters- und Hinterlassenenversicherung ist eine hervorragende Einrichtung der Solidarität, die ständig verbessert werden konnte. Eine weitere Verbesserung soll die 10. Revision bringen.

Verschiedene Studien über die Lage der Rentner in unserem Land und insbesondere die ausgezeichnete Arbeit von Professor Pierre Gilliard haben gezeigt, dass sich eine erhebliche Zahl unserer Betagten und oft gerade die ältesten Mitbürger und Mitbürgerinnen in einer äusserst prekären finanziellen Situation befinden.

Während eine Minderheit unter den Rentnern in guten, ja sogar sehr guten wirtschaftlichen Verhältnissen lebt, müssen 25 Prozent der Rentner mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 10 000 Franken im Jahr auskommen, einige – wenn auch wenige – verfügen nicht einmal über 7500 Franken.

Eine solche materielle Armut ist schockierend, ja sie ist ein eigentlicher Skandal und muss um jeden Preis gelindert werden. Verursacht ist sie – insbesondere bei den alleinstehenden Frauen in sehr hohem Alter – dadurch, dass nur auf völlig ungenügenden Einkommen Beiträge geleistet werden konnten. Gerade diese Menschen waren ohnehin während ihres ganzen Lebens Einschränkungen, Entbehrungen und Leiden ausgesetzt. Wie kann man heute mit einer Rente von 7440 Franken leben?

Wohl ist zu sagen, dass die Bundesgesetzgebung die Personen in schwierigen finanziellen Verhältnissen nicht völlig vergessen und das System der Ergänzungsleistungen geschaffen hat. Es wurde im Laufe der Jahre ausgebaut und stockt heute die jährlichen Pro-Kopf-Einkommen bis zum Betrag von 10 000 Franken auf. Alle Kantone wirken an der Durchführung dieses Gesetzes mit und beteiligen sich mit 30–70 Prozent an der Finanzierung.

Einige Kantone, wie zum Beispiel Genf, haben ein soziales Mindesteinkommen eingeführt; jeder, der über keine anderen Einkünfte verfügt, erhält einen Mindestbetrag von 13 080 Franken und zusätzlich Leistungen für Miete, Versicherung, Transporte und Medizinalversorgung. Diese gesetzlichen Solidaritätsbeiträge werden durch das kantonale Budget finanziert.

Zwar kann man nicht verlangen, dass ab sofort in der AHV Mindestrenten geschaffen werden, die ungefähr dem sozialen Mindesteinkommen entsprechen, das mit den Ergänzungsleistungen erreicht wird, doch sollte dieses Ziel angestrebt und die Mindestrenten stufenweise angehoben werden, zumal es sich bei den Mindestrenten um einen vorbehaltlosen Anspruch handelt, während die Ergänzungsleistungen an bestimmte Voraussetzungen gebunden sind. Dies veranlasst gewisse Leute, auf ihren Anspruch zu verzichten, denn oft erhält man diese Leistungen erst nach komplizierten Formalitäten.

Man müsste also im ELG den Grenzbetrag hinaufsetzen. Er soll ein soziales Mindesteinkommen garantieren und automatisch an die Teuerung angepasst werden, damit die Armut, wie es sie in unserem Land zum Teil noch gibt, verschwindet.

Auch wenn dank der immer wieder angehobenen AHV-Renten der Betrag der Ergänzungsleistungen sinkt, wird der Vorschlag dem Bund neue Ausgaben bringen. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass die neu vorgesehene Aufgabenteilung im AHV-Bereich dem Bund einen positiven Saldo bringt. Ist es unter diesen Umständen in Ordnung, diese Armut weiterhin bestehen zu lassen?

Angesichts dieser Umstände wird der Bundesrat gebeten, die Eidgenössische AHV-Kommission zu ersuchen, vordringlich und unter Beachtung folgender Punkte, Lösungen für dieses Problem zu prüfen:

1. Erhöhung des Grenzbetrags bei den Ergänzungsleistungen durch Festlegung eines indexierten sozialen Mindesteinkommens und Prüfung der Frage, ob die Ergänzungsleistungen automatisch ausgerichtet werden können;
2. Erhöhung der Grundrenten mit einer neuen Abstufung bis hinauf zu den Höchstrenten.

Mitunterzeichner: Belsler, Gassmann, Lieberherr, Meylan, Miville, Piller, Weber (7)

1983 26. September. Beschluss des Ständerates: Das Postulat wird angenommen.

× 518/83.457 P Donzé – 10^e révision de l'AVS. Rentes minimales (13 juin 1983)

L'admirable institution de solidarité qu'est l'Assurance vieillesse et survivants a pu constamment être améliorée. Elle le sera une nouvelle fois avec la 10^e révision.

Des études de la situation des rentiers dans notre pays et en particulier l'excellent ouvrage du professeur Pierre Gilliard ont montré que celle-ci est encore pour un bon nombre de nos concitoyens et concitoyennes âgés, voire souvent très âgés, extrêmement précaire.

Si une minorité de rentiers est à l'aise économiquement, voire très à l'aise, 25 pour cent environ de ceux-ci vivent avec un revenu inférieur à 10 000 francs par an et par personne, certains certes peu nombreux n'en ont même que 7500 francs.

Cette situation de pauvreté matérielle est pour le moins choquante voire scandaleuse et doit être à tout prix corrigée. Elle s'explique, en particulier en ce qui concerne les femmes seules très âgées, par l'impossibilité de cotiser sur la base de revenus suffisants. Ce sont ces personnes qui, au cours de leur existence ont cumulé les gênes, les privations et les peines. Comment peut-on vivre aujourd'hui avec une rente de 7400 francs?

Certes, la législation fédérale n'a pas complètement oublié ces personnes en difficulté en instituant le système des prestations complémentaires. Celles-ci ont évolué au cours des ans et aujourd'hui elles complètent les ressources jusqu'à un montant de revenu de 10 000 francs annuellement par personne. Tous les cantons ont adhéré à cette loi et participent pour 30 à 70 pour cent au financement.

Certains cantons, et c'est le fait de Genève entre autres, ont institué le principe d'un revenu minimum social, permettant à chacun s'il n'a pas d'autres ressources, d'obtenir un montant de revenu minimal, s'élevant à 13 080 francs et recevant en outre des prestations de loyer, d'assurance, de transport et de frais médicaux. C'est le budget cantonal qui finance ces dispositions sociales de solidarité.

Si l'on ne peut pas demander d'instituer dès maintenant des rentes de l'AVS comportant le principe d'un minimum social de revenu comme devrait le représenter plus ou moins le barème des prestations complémentaires, il faudrait tendre vers ce but et remonter par paliers les rentes minimales qui sont un droit sans réserve, alors que les prestations complémentaires sont soumises à des conditions, ce qui conduit certaines personnes à se priver de ce droit, car il faut en demander le bénéfice après des formalités quelquefois compliquées.

Il faudrait aussi fixer un nouveau barème plafond dans la LPC, qui serait un minimum social fédéral et devrait être indexé afin que disparaissent dans notre pays les «poches de pauvreté» qui subsistent encore.

Certes, même si souvent l'AVS augmentée fait diminuer le montant des P.C, cette opération, si les rentes de base sont augmentées, conduira à des dépenses nouvelles pour la Confédération. N'oublions pas toutefois que la nouvelle répartition des tâches, telle qu'elle était prévue au plan de l'AVS laissait un solde positif en faveur de la Confédération. Est-ce normal alors que subsistent ces «poches de pauvreté»?

Dans ces conditions, le Conseil fédéral est prié de demander à la Commission fédérale de l'AVS de chercher à résoudre ce problème en priorité, en portant son attention sur les points suivants:

1. Hausse du barème des prestations complémentaires en fixant un minimum social qui serait indexé et examen de l'automatisme de l'octroi de ces prestations;
2. Augmentation des rentes de base avec un nouvel échelonnement jusqu'aux rentes maximales.

Cosignataires: Belser, Gassmann, Lieberherr, Meylan, Miville, Piller, Weber (7)

1983 26 septembre. Décision du Conseil des Etats: Le postulat est adopté.

Adressen der Autorinnen und Autoren:

Dr.iur. Gertrud Heinzelmann
Bodenacherstrasse 72, 8121 Benglen

Dr.iur. Werner Moser
Multengutstrasse 35, 3074 Muri

Elisabeth Kästli
Quart-Dessus 1, 2606 Corgémont

Martine Chaponnière
16, rue de l'Hôtel-de-Ville, 1204 Genève